



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

82. Sitzung

4. Wahlperiode

Freitag, 30. Juni 2006, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

	Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS	5049, 5054, 5056
	Minister Dr. Otto Ebnet	5053, 5054
	B e s c h l u s s	5056
Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V)		
– Drucksache 4/2339 –		5043
Berichtigung zu der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V)		
– Drucksache 4/2357 –		5043
B e s c h l u s s		5043
Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD: Trägerübergreifendes persönliches Budget nach SGB IX		
– Drucksache 4/2314 –		5056
	Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS ...	5056, 5059
	Harry Glawe, CDU	5057
	Ministerin Dr. Marianne Linke	5058
	Jörg Heydorn, SPD	5058
	Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos	5059
B e s c h l u s s		5060
Antrag der Fraktion der CDU: Beabsichtigte Nachmeldung von Vogelschutz- gebieten gemäß der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Europäische Vogelschutzrichtlinie)		
– Drucksache 4/2306 –		5060
	Renate Holznagel, CDU	5060
	Minister Dr. Wolfgang Methling	5061, 5067
	Hans-Heinrich Jarchow, SPD	5063
Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS: Wirtschaftliche Situation in Mecklenburg-Vorpommern		
– Drucksache 4/2315 –		5043
	Ute Schildt, SPD	5043, 5051, 5052
	Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	5043
	Dr. Ulrich Born, CDU	5046, 5051, 5052, 5054

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS	5064	Antrag der Fraktion der CDU:	
Andreas Petters, CDU	5065	Situation der beruflichen Schulen	
B e s c h l u s s	5068	in Mecklenburg-Vorpommern	
		– Drucksache 4/2303 –	5082
		Torsten Renz, CDU	5082, 5085, 5086, 5088
		Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann	5084,
		5085, 5086, 5090
		Mathias Brodkorb, SPD	5086
		Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS	5087
Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS:		B e s c h l u s s	5091
Mindestlohn			
– Drucksache 4/2309 –	5069		
Änderungsantrag der Fraktion der CDU			
– Drucksache 4/2352 –	5069		
Klaus Mohr, SPD	5069, 5075		
Karin Strenz, CDU	5070, 5077		
Regine Lück, Die Linkspartei.PDS	5072		
B e s c h l u s s	5077		
		Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS:	
		Verzahnung von Jugendhilfe	
		und Schule stärken	
		– Drucksache 4/2311 –	5091
		Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
		– Drucksache 4/2353 –	5091
		Angelika Voland, SPD	5091, 5097, 5099
		Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann	5092
		Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU	5093, 5099
		Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS	5095
		Ministerin Dr. Marianne Linke	5096
		B e s c h l u s s	5099, 5100
		Erklärung zur Abstimmung durch den	
		Abgeordneten Torsten Renz, CDU,	
		gemäß § 97 GO LT	5100
Antrag der Fraktion der CDU:			
Altenhilfeplanung für			
Mecklenburg-Vorpommern			
– Drucksache 4/2302 –	5078		
Harry Glawe, CDU	5078		
Ministerin Dr. Marianne Linke	5078		
Jörg Heydorn, SPD	5079		
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS	5080		
Torsten Renz, CDU	5081		
B e s c h l u s s	5082		

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 82. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gestatten Sie mir, nochmals auf den Beschluss des Landtages zur Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses gemäß Paragraf 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über die Bürgerbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/2339, zurückzukommen. Aufgrund eines technischen Versehens war in der in der Drucksache 4/2339 enthaltenen Sammelübersicht eine Petition nicht aufgelistet. Diese ist in der Ihnen vorliegenden Berichtigung auf Drucksache 4/2357 enthalten. Sind Sie damit einverstanden, dass wir insoweit einen ergänzenden Beschluss zu unserem einstimmig gefassten Beschluss vom 28. Juni 2006 zum Tagesordnungspunkt 19 fassen? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wer auch dieser Empfehlung des Petitionsausschusses zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Empfehlung des Petitionsausschusses einstimmig gefolgt worden.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 37:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS – Wirtschaftliche Situation in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/2315.

**Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS:
Wirtschaftliche Situation in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/2315 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Turnusmäßig alle zwei Jahre – und das betone ich – erstellt der Wirtschaftsminister mit seinem Haus den Wirtschaftsbericht für Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Renate Holznagel, CDU)

Darin enthalten sind die wirtschaftlichen Daten für die einzelnen Branchen unseres Landes und der Vergleich mit den Branchen in der Bundesrepublik sowie darüber hinaus. Wir erkennen in dem Bericht, wo unsere Stärken sind. Wir wissen, wo wir unsere Stärken, unsere Schwächen haben und wie wir auf diese Schwächen reagiert haben. Dieser Bericht 2006, meine Damen und Herren, ist seit der vergangenen Woche veröffentlicht. Er hat eine positive Bilanz. Das sage ich mit aller Deutlichkeit, denn die Arbeitslosenzahlen, die jetzt veröffentlicht sind für den Juni, sprechen ihre Sprache und finden sich in der Entwicklung, die in diesem Bericht dargestellt wird, wieder. Wir als Koalitionsfraktionen sind dankbar, dass dieser Bericht erarbeitet wurde, dass er so qualitativ hochwertig ist, und wir sind der Meinung, dass das Hohe Haus sich mit dem Inhalt dieses Berichtes heute intensiv befassen sollte. Deshalb haben wir ihn auf die Tagesordnung gesetzt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Detlef Müller, SPD: Sehr richtig.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schildt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Harald Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! „Das Glas ist mehr als halb voll.“ – so hat der Präsident der IHK Rostock vor Kurzem die wirtschaftliche Situation in Mecklenburg-Vorpommern beschrieben. Der Blick ist nach vorn gerichtet. Wir haben es mit einer guten Stimmung in der Wirtschaft zu tun. Die Stimmung ist so positiv wie lange nicht mehr. Das zeigen auch amtliche Statistiken und aktuelle Umfragen der Kammern und Verbände. In der Konjunkturanalyse der IHK in Mecklenburg-Vorpommern wird der Aufschwung bestätigt. „Hoffnung keimt in der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns“ ist der Zustandsbericht übertitelt. Aktuell spricht der Deutsche Industrie- und Handelskammertag von einem neuen Hoch, was das Wachstumstempo betrifft. Dass es aufwärtsgeht, dokumentiert auch der Wirtschaftsbericht 2006 für Mecklenburg-Vorpommern.

Statistiken und Berichte werden in ihren Aussagen aber um so eher akzeptiert, je mehr sie von der Erfahrung bestätigt werden. In Gesprächen und Begegnungen bejahen Unternehmer die getroffenen Einschätzungen. Das Investitionsgeschehen brummt. Die Unternehmen stellen Arbeitskräfte ein. Das Handwerk verweist auf gut gefüllte Auftragsbücher. Der vorhandene Optimismus ist ein Handlungsmotor ersten Ranges und er darf nicht kleingeredet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Mecklenburg-Vorpommern braucht ein gesundes Selbstbewusstsein mit der Einsicht, dass wir uns aus eigener Kraft voranarbeiten müssen und können. Der Stolz auf die eigene Heimat ist wichtig. Je mehr Menschen sich in unserem Land als Botschafter der Kampagne „MV tut gut.“ verstehen, umso stärker werden sie die Zukunft des Landes in seiner Entwicklung aktiv mitgestalten. Wir haben das Ziel, Mecklenburg-Vorpommern bis spätestens 2019 wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen zu lassen. Zu diesem Zeitpunkt läuft der Solidarpakt und damit die überdurchschnittliche Hilfe für die ostdeutschen Länder aus. Die finanzielle Hilfe vom Bund verstehen wir nach wie vor als Hilfe zur Selbsthilfe. Deshalb müssen wir sie einsetzen für die Investitionsförderung der gewerblichen Wirtschaft, für die Technologie- und Innovationsförderung, für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur sowie für Ausbildung und Bildung der künftigen Fachkräfte.

Meine Damen und Herren, der zweite Strukturwandel für Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 ist noch nicht abgeschlossen. Er hat mit Ende des Baubooms in Ostdeutschland Mitte der 90er Jahre eingesetzt. Die Bauwirtschaft verzeichnete seitdem Jahr für Jahr deutliche Rückgänge. Dieses Jahr läuft es erstmals seit zehn Jah-

ren wieder besser. Die Unternehmen in der Bauwirtschaft suchen inzwischen auch aktiv Marktlücken im Ausland. Anlässlich meiner Schwedenreise vor einem Monat haben sich Firmen aus dem Land vor Ort ein Bild vom beachtlichen Auftragspotenzial gemacht, das der schwedische Markt bietet. Es lohnt sich also, meine Damen und Herren, über den Tellerrand des eigenen Marktes hinauszuschauen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Der zweite Abbaubereich im Land ist der öffentliche Dienst, politisch gewollt, weil für die Zukunftsfähigkeit des Landes notwendig. Beide Bereiche, Bauwirtschaft und die notwendigen Einsparungen in den öffentlichen Haushalten, hinterlassen allerdings Brems Spuren. Meine Damen und Herren, diese Verluste an Wertschöpfung und Beschäftigung werden aber inzwischen mehr als ausgeglichen durch die Wachstumsbereiche des Landes wie das verarbeitende Gewerbe und die unternehmensnahen Dienstleistungen als Konjunkturmotor sowie den Tourismus. Gesunde und zukunftsfruchtige Wirtschaftsbereiche im Land wachsen, die Wirtschaftsstruktur im Land verbessert sich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vor allem das verarbeitende Gewerbe wächst mit beachtlicher Dynamik. Im Jahr 2004 gab es einen Zuwachs von 7,9 Prozent, für das Jahr 2005 liegt der Zuwachs nach vorläufigen Angaben bei 7,7 Prozent. Und das, meine Damen und Herren, sind Spitzenwerte im Ländervergleich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Dabei macht sich auch bemerkbar, dass sich die industrielle Basis besonders der mittelständischen Unternehmen in unserem Land entscheidend erweitert hat. Diese Erfolge zeigen sich mittlerweile auch bei der Beschäftigung. Hier gibt es Anzeichen für eine Trendwende: Im April gab es 1.600 oder plus 0,3 Prozent mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als vor einem Jahr. Wir helfen mit unserer Wirtschaftsförderung direkt und indirekt, dass jedes Jahr wie zuletzt unter anderem bei Liebherr, Rücker, HanseNet, Sweet Tec, LIDL, Kamps oder Torgelower Eisengießerei rund 10.000 neue Dauerarbeitsplätze entstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Weitere Unternehmen sind an Produktionsstandorten in Mecklenburg-Vorpommern interessiert oder wollen expandieren. Wachstumsbranchen wie die Ernährungswirtschaft, die maritime Industrie, Holz-, Metall- und Elektroindustrie, Maschinenbau, Biotechnologie, Medizintechnik, Informations- und Kommunikationstechnik oder die zahlreichen Callcenter brummen. Beharrlichkeit und Kontinuität zahlen sich aus. Die Saat unserer Wirtschaftspolitik geht auf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Unternehmen von außen sind uns herzlich willkommen. Wir brauchen und wir wollen sie, die Unternehmerinnen und Unternehmer, die anpacken und dazu beitragen, Mecklenburg-Vorpommern und den Aufbau Ost weiter voranzubrin-

gen. Denn für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern reicht es nicht aus, nur den Bestand einheimischer Unternehmen zu sichern. Auch das tun wir mit der Förderung von Erweiterungsinvestitionen, der Gewährung von Investitionszulagen – demnächst auch für das Beherbergungsgewerbe – und diversen Instrumenten der Unternehmensfinanzierung.

Gegenwärtig haben wir aber noch eine Wertschöpfungslücke von fast 10 Milliarden Euro. Wir erwirtschaften mit etwa 30 Milliarden Euro nur drei Viertel der 40 Milliarden Euro, die wir – Bürger, öffentliche Hand und Unternehmen – jährlich verbrauchen. Spätestens mit dem Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 müssen wir finanziell auf eigenen Beinen stehen, um eine Zukunft aus eigener Kraft zu haben. Wir konsolidieren unseren Haushalt, wir bauen Verwaltung ab und strukturieren sie effektiver und zugleich bürger- und wirtschaftsfreundlicher. Wir blicken über den Tellerrand

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Und sitzen in der Schüssel.)

und nutzen die Chancen im Ostseeraum und in Norddeutschland. Die Ostsee-Gaspipeline ist ein Beispiel. Sie dient der Versorgungssicherheit Europas mit Gas und sie wird aber auch unserer Energiewirtschaft und unserer Bauwirtschaft weiterhin wirtschaftliche Impulse geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS,
und Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Zusammen mit den erneuerbaren Energien setzen wir auf die GuD-Kraftwerke, die einen besonders hohen Wirkungsgrad haben. Dies wertet nicht nur den Energieknoten in Lubmin auf, sondern insgesamt die Bedeutung Mecklenburg-Vorpommerns als Energiestandort und es schafft zusätzliche Wertschöpfung und damit Wirtschaftswachstum im Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wir kooperieren zum Beispiel mit Schleswig-Holstein und mit Hamburg. Beim Besuch von Ole von Beust vergangene Woche in der Staatskanzlei wurde unter anderem vereinbart, für die Hamburger Logistikbranche Flächen in Mecklenburg-Vorpommern anzubieten und gemeinsam zu vermarkten. Durch die moderne Verkehrsinfrastruktur von der A 20 über die Ortsumgehungen bis hin zu den Häfen besteht hier großes Interesse.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dafür hat der
Koalitionspartner ja gekämpft, für die A 20.)

Die Bedeutung unseres Landes als eine der Logistikkreisläufe im Ostseeraum wird dadurch weiter zunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren! Wir brauchen auch deshalb zusätzliche Unternehmen von außen, weil mehr Wirtschaft im Land mehr Aufträge für hiesige Unternehmen und mehr Arbeit für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern bedeutet. Deshalb setzen wir auch in Zukunft auf ein aktives Standortmarketing, denn gerade dank der Standortinitiative der Landesregierung haben sich die Standortvorteile von Mecklenburg-Vorpommern herumgesprochen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Qualifizierte und flexible Arbeitskräfte, große und preisgünstige Grundstücke, eine leistungsfähige Infrastruktur, schnelle Genehmigungsverfahren, eine attraktive Wirtschafts- und Innovationsförderung und nicht zuletzt hervorragende Lebensbedingungen – davon, meine Damen und Herren, lassen sich Investoren überzeugen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dazu kommt eine exzellente Förderkulisse im Land. Allen Kritikern sage ich: Unsere Förderkulisse ist deshalb so attraktiv, weil wir im Standortwettbewerb auf Zuschüsse setzen. Eine Umstellung auf Darlehen würde uns, glaube ich, nicht entscheidend voranbringen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Schade.)

Meine Damen und Herren, die Entwicklung unserer Wirtschaft ist erfreulich.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ein „Weiter so!“ ist nicht akzeptabel.)

Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich langsam. Im Vergleich zum Mai letzten Jahres hat die Arbeitslosigkeit um rund 10 Prozent abgenommen, die der arbeitslosen jungen Menschen unter 25 sogar um rund 19 Prozent. Und dabei, meine Damen und Herren, handelt es sich um ehrliche Zahlen, einschließlich der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger und ohne Zigarettenwahlkampf-ABM.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich darf Sie nochmals an die potemkinsche Arbeitslosenstatistik der CDU von 1998 erinnern:

(Heiterkeit bei Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Unmittelbar vor der Landtagswahl wurden die Arbeitslosenzahlen damals mit Hilfe von rund 80.000 ABM-, SAM- und Weiterbildungsstellen künstlich heruntergerechnet. Beim Abbau der Arbeitslosigkeit liegen wir heute über dem deutschen und über dem ostdeutschen Durchschnitt. Für uns sind die Menschen entscheidend. Deshalb kann uns die Entwicklung auf unserem Arbeitsmarkt trotz aller Erfolge noch nicht zufriedenstellen, denn es sind nach wie vor zu viele Menschen ohne Arbeit in Deutschland, besonders in Ostdeutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern. Um die Arbeitslosigkeit nach und nach zu senken, werden wir auch in Zukunft die Ziele unserer Wirtschaftspolitik konsequent verfolgen und die Wirtschaft stärken, Wachstum fördern und so die Grundlage für neue Arbeitsplätze schaffen. Durch unsere Wirtschaftsförderung entstehen direkt und indirekt jedes Jahr viele Tausend neue Dauerarbeitsplätze. Wir werden das dem Land zur Verfügung stehende Geld deshalb auch weiterhin für die Investitionsförderung der gewerblichen Wirtschaft, für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und die Förderung von Technologie und Innovation einsetzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wie gut das Geld angelegt ist, lässt sich auch überregional nachlesen. Die „Welt“ berichtete letzten Donnerstag beispielsweise über die Gründungsintensität in Deutschland bei Spitzentechnik und technologieintensiven Dienstleistungen. Regionen im Land wie Rostock, Bad Doberan, Güstrow, Greifswald, Rügen und Schwerin

sind da ganz vorne mit dabei.

Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung ist praxis- und ergebnisorientiert. Wir hören uns die Bedürfnisse und Erwartungen der Unternehmen an und richten unser Handeln danach aus. Für unsere Wirtschaftspolitik erhalten wir von vielen Unternehmen Lob. Wir werden im Bundesrat auch das Thema Unternehmenssteuerreform zur Sprache bringen, denn so, wie es sich derzeit abzeichnet, würde die Reform vorrangig Großbetriebe entlasten.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

Das kann nicht in unserem Interesse sein,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

denn unser wirtschaftliches Rückgrat ist vor allem der Mittelstand

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

und eine unserer wirtschaftspolitischen Leitlinien ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der bestehenden Unternehmen. Zu den Leitlinien gehören auch die Stärkung des Tourismus und der Ausbau der Gesundheitswirtschaft. Wir haben uns das Ziel gesetzt, Gesundheitsland Nummer eins in Deutschland zu werden.

(Heiterkeit und Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Die natürlichen und bisher geschaffenen Voraussetzungen sind sehr gut. Nun gilt es, die Marke Mecklenburg-Vorpommern zum Symbol für Gesundheit in Deutschland zu machen, um so von diesem Wachstumsmarkt zu profitieren und weitere Beschäftigung im Land zu schaffen. Mit dem Slogan „MV tut gut.“ liegen wir da genau richtig. Der neue Masterplan Gesundheitswirtschaft ist die Zieldefinition. Die Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft im Dezember letzten Jahres in Warnemünde hat große Aufmerksamkeit gefunden. Von der 2. Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft erwarten wir weitere Impulse.

Wie gut unsere wirtschaftspolitischen Instrumente ineinandergreifen, zeigt sich aktuell am Beispiel Tourismus. Nach der Vogelgrippe hat das Land 1 Million Euro in diesem Jahr zusätzlich im Rahmen der Landesmarketinginitiative bereitgestellt und der Erfolg der Informations- und Werbekampagne hat sich erfreulicherweise schnell eingestellt. In den ersten vier Monaten haben die Übernachtungen im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Prozent zugenommen. Stärkung des Tourismus, Stärkung der bestehenden Betriebe, Standortmarketing – diese Ziele, meine Damen und Herren, ergänzen sich und bringen Synergien. Das ist Wirtschaftspolitik aus einem Guss!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Gegen Ende der 4. Legislaturperiode seit der Neugründung unseres Landes kann man feststellen: Die Wende in der wirtschaftlichen Entwicklung ist geschafft. Es geht stabil aufwärts. Die Stimmung in der Wirtschaft und die Erwartungen der Unternehmen sind optimistisch. In erster Linie ist das das Verdienst der Unternehmen mit ihren motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete: Lassen Sie uns gemeinsam mit der Wirtschaft und den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern dafür arbeiten, mit Mut und Beharrlichkeit, mit Herz und Verstand, dass sich die dynamische Entwicklung auch in Zukunft fortsetzen kann! Die Landesregierung wird mit ihrer Wirtschaftspolitik für die Zukunft ihren Beitrag dazu leisten, die positive Dynamik zu verstärken, denn das ist es, worauf es jetzt ankommt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine ehrliche wirtschaftspolitische Bilanz, das haben wir eben wieder einmal lernen können, erfordert immer einen Blick aufs Ganze. Und, Herr Ministerpräsident, völlig zu Recht haben Sie den Deutschen Industrie- und Handelskammertag zitiert, Sie haben mehrere Umfragen zu Rate gezogen. Und in der Tat, der Stimmungsumschwung in Deutschland ist unverkennbar: Die wirtschaftliche Entwicklung hat sich seit dem Regierungswechsel in Berlin in ganz erfreulicher Weise verbessert.

(Heiterkeit bei

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ach so! – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Es ist wirklich nicht nur ein Stimmungsumschwung zu verzeichnen, sondern wir können endlich auch von einem spürbaren Aufschwung reden. Und das ist gut so.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Heiterkeit bei
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Und, Herr Ministerpräsident, es ist völlig in Ordnung, wenn heute, und das hoffen wir alle und davon gehen wir aus, unsere Nationalmannschaft gewinnt,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heinz Müller, SPD: 2:0!)

dann haben wir gewonnen. Und das ist in Ordnung.

Und, Herr Ministerpräsident, das wird Sie am meisten überraschen – ich versuche auch immer noch zu lernen –, ich fange erst einmal mit positiven Entwicklungen im Land Mecklenburg-Vorpommern an.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Aber?)

Nein, nein, ich werde die jetzt nennen.

Also ausdrücklich positiv hat sich das verarbeitende Gewerbe entwickelt, wo wir allein in der maritimen Wirtschaft mit 28.000 Beschäftigten und circa 2.000 Betrieben einen der wichtigsten Wirtschaftszweige im Land haben. Auch die Ernährungswirtschaft ist ein sich prächtig entwickelnder Wirtschaftssektor. Und mit der Callcenterbranche trägt eine weitere Branche positiv zur Gesamtbilanz bei. Tourismus will ich an dieser Stelle ein wenig ausklammern, da er sich zwar grundsätzlich sehr gut entwickelt hat, aber in den letzten beiden Jahren – und das wissen wir alle – geringere Übernachtungszahlen verkraften musste. Das hat vielerlei Ursachen,

dafür mache ich weniger die Regierung verantwortlich.

Nach Lesart vor allen Dingen unseres verehrten Herrn Wirtschaftsministers wäre die Bilanz an dieser Stelle schon vollständig gezogen, aber – das habe ich ja schon gesagt – den Blick aufs Ganze, den müssen wir dann auch wirklich so vollziehen, dass wir alles im Blick haben, damit wir Konsequenzen daraus ziehen können, dass es noch das eine oder andere gibt in unserem Land, wo Verbesserungsbedarf besteht. Wenn man die Broschüre des Wirtschaftsministers liest, fällt einem das erst gar nicht so richtig auf. Und damit Sie mir nicht nachher wieder vorhalten, das Land schlechtzureden, Herr Ministerpräsident, habe ich mir jetzt auch etwas überlegt, wie ich es so mache, dass Sie das, was ich an Anregungen habe, richtig positiv aufnehmen können.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich werde also nicht nur bei meinen Ausführungen objektive Daten und Fakten sowie Untersuchungen, die von Externen in objektiver Art und Weise über unser Land verfasst worden sind, zitieren. Davon gibt es genug. Bereits gestern habe ich den Wirtschaftsminister im Rahmen der Fragestunde zur Studie der Bertelsmann-Stiftung befragt. Aber, Herr Ministerpräsident, ich habe mir überlegt, ich rede jetzt nicht von Schwachpunkten. Dann sagen Sie wieder, jetzt, bei dieser guten Stimmung, redet der wieder das Land schlecht. Nein, ich mache etwas anderes, ich rede, damit Sie eine richtige Motivation haben, das in Angriff zu nehmen, von Entwicklungspotenzialen, die es zu nutzen gilt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Oi! Na dann mal los! – Zuruf von
Reinhard Dankert, SPD)

Also noch mal ganz kurz, vor allen Dingen an den Wirtschaftsminister: Er hat ja gestern schon versucht, das hin und her zu wälzen.

(Reinhard Dankert, SPD: Heißt das
auch, dass wir die entwickeln sollen?)

Diese Studie der Bertelsmann-Stiftung hat festgestellt, im Gegensatz zu den mitteldeutschen Ländern Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt geht es bei uns weiter abwärts. Und im Erfolgs- und Aktivitätsindex, Herr Minister, das sage ich noch einmal, waren wir auf Platz 16 gelandet. Wir haben leider nur 16 Bundesländer.

(Reinhard Dankert, SPD:
Mallorca gibt es ja noch! –
Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD)

Also, was den Platz angeht, war das gar nicht so gut. Vor allen Dingen der Aktivitätsindex erlaubt eine Einschätzung der politischen Bemühungen, die eigene Position im Erfolgsindex zu verbessern. Und da sind wir ja nun auf dem letzten Platz. Damit das nicht immer so schmerzhaft ist mit dieser Bertelsmann-Stiftung, etwas anderes, ein Blick auf objektive Daten, und zwar solche, die in unserem Land erstellt worden sind. Druckfrisch ist der Statistische Jahresbericht 2005 erschienen. Und, verehrter Herr Wirtschaftsminister, hier steht extra in meinem Manuskript, bitte hochhalten. Deshalb will ich das jetzt tun, damit Sie sehen, dass es aus unserem eigenen Land ist. Also sagen Sie nicht, das sind wieder alte Zahlen. Das ist das Neueste und Aktuellste, was es gibt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wo sind denn nun die Entwicklungslinien von Ihnen?)

Statistischer Jahresbericht 2005, hier ist er. Und dieser Bericht beginnt mit einer Gesamtbewertung. In dieser Gesamtbewertung werden kurz und knapp auf drei Seiten die entscheidenden Entwicklungsparameter des Landes Mecklenburg-Vorpommern dargestellt. Schön übersichtlich gibt es eine Spalte am rechten Blattrand, in welcher zusätzlich die Kernaussagen schlaglichtartig dargestellt sind. Damit Sie nicht immer so viel lesen müssen, haben die das noch mal schön übersichtlich gemacht. Diese Schlaglichter möchte ich Ihnen in der gewählten Reihenfolge des Berichts einmal kurz vorlesen. Ich hoffe, damit doch etwas den Blick fürs Ganze schärfen zu können. Und, Herr Ministerpräsident, darin enthalten sind die Anregungen für Entwicklungspotenziale.

Die Schlaglichter lauten:

- Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,1 Prozent
- überdurchschnittliche Industrieentwicklung
- weitere Schrumpfung des Baugewerbes
- Exportrückgang
- Tourismus: 0,6 Prozent weniger Übernachtungen und Beherbergungsstätten
- Produktivitätsrückstand 26 Prozent gegenüber alten Bundesländern
- weniger Gewerbeanmeldungen, weniger Unternehmensinsolvenzen
- 7.700 weniger Arbeitsplätze per saldo im Land
- bundesweit höchste Arbeitslosenquote
- 0,7 Prozent weniger Einwohner durch Wanderungsverlust und Geburtendefizit
- weiter stagnierende Angleichung der Verdienste an das Westniveau
- Einzelhandelsumsatz stagnierte
- Bautätigkeit weiter rückläufig
- hohe Abhängigkeit von öffentlichen Auftraggebern und vom Eigenheimbau
- weiterer Abbau des Personalüberhangs im öffentlichen Dienst
- Patientenrückgang in Krankenhäusern und Rehakliniken
- Sozialleistungen weiter angestiegen

(Zuruf von Beate Mahr, SPD)

- anhaltender Schülerrückgang
- weniger neue Ausbildungsverträge
- 13 Prozent weniger Studienanfänger
- an den Gerichten deutlich weniger Verfahren in der ersten Instanz

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

- Verschuldung der öffentlichen Haushalte weiter gewachsen

Also, wenn Sie mitgezählt haben, Herr Minister, ...

(Heinz Müller, SPD: Alles wird weniger, sogar die Probleme.)

Herr Kollege Müller, Sie gestatten, ...

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Herr Kollege Müller, ich schlage vor, dass Sie das hier den Fachleuten auf der Regierungsbank überlassen, sich mit diesen Dingen auseinanderzusetzen,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sie reden hier im Landtag, im Parlament, zu den Abgeordneten.)

denn da ist eine gewisse Kompetenz nicht zu bestreiten.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wollen Sie unterstellen, dass die Abgeordneten aus Ihrer Fraktion keine Kompetenzen haben?! – Zuruf von Holger Friedrich, SPD)

Und ich habe ja ...

(Heinz Müller, SPD: Was haben Sie für ein Verständnis vom Parlament, Herr Born?! – Ministerin Sigrid Keler: Was soll denn das?!)

Ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass der Kollege Friedrich soeben gesagt hat, wir sind doch keine Laiendarsteller.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Sie sind doch Profi.)

Das ist doch eine sehr schöne Aussage.

(Heiterkeit bei Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Ansichtssache. – Heinz Müller, SPD: Was haben Sie für ein Verständnis vom Parlament?!)

Wenn Sie mitgezählt haben, verehrter Herr Wirtschaftsminister, dann geht es hier um 22 einzelne Punkte. Und wenn man das sehr positiv bewertet – 4 davon sind auch in die Kategorie positiv einzuordnen –, bleiben 18 übrig, die nicht dieser Kategorie angehören, wo Sie, Herr Ministerpräsident, Entwicklungspotenzial haben. Positiv sind zweifelsfrei die überdurchschnittliche Industrieentwicklung und die um 7,9 Prozent verringerte Zahl an Unternehmensinsolvenzen. Positiv ist sicherlich auch der Abbau des Personalüberhangs im öffentlichen Dienst und positiv ist sicherlich auch, dass unsere Rechtspfleger und Gerichte erstinstanzlich 2005 weniger zu tun bekommen haben.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können nicht ernsthaft so tun, als bestünde die wirtschaftliche Entwicklung auf dem tief basierten Aufbruch des verarbeitenden Gewerbes beziehungsweise auf der Ansiedlung der heute wieder zitierten Firma Liebherr. Sie haben der Presse selbst entnehmen können, dass, wenn man die Äußerungen des Unternehmens ernst nimmt, man sich wirklich fragen muss, ob hier die nötige Unterstützung der Landesregierung da war. Da wurde sehr heftige Kritik geäußert, das sollte man auch ernst nehmen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Aber nicht an der Landesregierung! – Jörg Heydorn, SPD: Das nimmt Herr Dr. Born nicht so genau.)

Wer sich ernsthaft mit den wirtschaftlichen Kennziffern und den daraus resultierenden Anforderungen an die Wirtschaftspolitik beschäftigt, wird feststellen, dass Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren den Anschluss an die Entwicklung anderer Länder verpasst hat – es kommt immer auf die Relation an –, weil im Gegensatz zu anderen Bundesländern bei uns das Wirtschaftswachstum immer noch das Adjektiv „negativ“ im Annex hatte. In insgesamt vier Jahren seit 1998 musste das Land ein negatives Wachstum, also Schrumpfung und damit realen Wohlstandsverlust, verkraften. Auch bei der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lässt es sich hin und her drehen. Im Ergebnis haben diese Zahlen nichts Positives. Bei Ihrem Amtsantritt, Herr

Ministerpräsident Ringstorff, haben Sie noch versprochen, die Zahl der Arbeitslosen in der Legislaturperiode um mindestens 20.000 zu senken.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist doch Vergleichen von Äpfeln mit Birnen. – Ute Schildt, SPD: Macht er immer.)

Diesem Versprechen steht die Realität des Verlustes von 100.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen seit 1998 gegenüber.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Die Zahl derer, die mit ihren Beiträgen als Stütze der Sozialversicherungen fungieren, sank im Zeitraum der Regierungsübernahme durch Rot-Rot im Jahr 1998 von 624.662 um rund 23 Prozent auf aktuell 480.500 im März 2006. Die von mir aufgezeigte Entwicklung hat Ursachen. Einige möchte ich an dieser Stelle nennen. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in diesem Land ziehen an einem Strang, häufig leider nur in verschiedene Richtungen. Seit 1998 wurden Aufgaben und Herausforderungen weder inhaltlich noch institutionell gebündelt angegangen. Vielmehr wurde dem Land sogar noch durch einen über die Medien ausgetragenen Kompetenz- und Zuständigkeitsstreit zwischen den Ministern Ebnet und Holter geschadet. Die höchste Arbeitslosigkeit von aktuell 18,9 Prozent im Mai 2006 lässt solches Kompetenzgerangel wirklich nicht zu.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Wollten Sie über Entwicklungslinien reden oder worüber? – Wolfgang Riemann, CDU: Das ist die Entwicklung, Frau Gramkow.)

Gepaart mit der vorhin bereits genannten fehlenden Aktivität zur Verbesserung der Situation durch politische Bemühungen ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass wir trotz einiger Versuche 1998 immer noch beim Thema „Bürokratieabbau“ kräftig zulegen müssen. Ich erinnere nur an die nach wie vor bestehenden vielfach auch überflüssigen Vorschriften im Bereich des Planungs-, Bau- und Umweltrechts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hunderttausende Euro an Steuergeldern für Programme wie die Internationalen Wandergesellen, die ihre Reise- und Lebenserfahrungen an Rügens Jugendliche vermitteln, die dadurch die arbeitsmarktpolitischen Vorteile von Welt-offenheit und Toleranz beigebracht bekommen sollen, auszugeben, können wir uns angesichts unserer finanziellen Situation im Lande wirklich nicht leisten. Dass da die Mittel für die investive Wirtschaftsförderung knapp werden, ist selbstverständlich. Das hindert den amtierenden Wirtschaftsminister aber nicht, die Förderbescheide über das Land zu streuen, obwohl die Auszahlung frühestens 2009 bis 2010 gewährleistet werden kann. Angesichts gleichzeitig sinkender Zuweisungen, unter anderem im Rahmen des Solidarpakts II, halte ich es nicht für sehr produktiv, alternative Denkansätze zu verteufeln. Wir haben in diesem Hohen Hause des Öfteren das Thema eines revolvingen Fonds diskutiert. Während wir aber über den Diskussionsstatus nicht hinausgekommen sind, handeln andere Länder, beispielsweise Thüringen, das mit einem Fonds 70 Millionen Euro auflegt, um die Eigenkapitalsituation der mittelständischen Wirtschaft zu verbessern. Und es kommt natürlich hinzu, Herr Minister, dass wir dadurch, weil es sich um einen revolvingen Fonds handelt, sehr viel mehr Unternehmen wirksam helfen und Mitnahmeeffekte vermeiden können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Leider ist es aber so, dass Sie entgegen dem Rat aller Fachleute hier offensichtlich Ihre Ohren fest verschlossen haben. Hier sollten Sie das tun, was der Ministerpräsident eben empfohlen hat, über den Tellerrand schauen, sich in anderen Ländern umsehen, und dann sehen Sie, wie man da erfolgreiche Wirtschaftspolitik macht.

Weil es für die wirtschaftliche Entwicklung nicht unbedeutend ist, gehe ich an dieser Stelle noch etwas auf den Zustand unserer Verkehrsinfrastruktur ein.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD: Oh!)

Und das versteht auch der Kollege Müller, der hier eben lautstark als Wirtschaftsexperte versucht hat, ...

(Heinz Müller, SPD: Ich verstehe relativ viel.)

Ja, das wissen wir.

... sich Gehör zu verschaffen,

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:

Das ist schön. – Heinz Müller, SPD: Aber bei Ihnen ist immer die Philosophie, wer nicht meiner Meinung ist, ist doof.)

Ich sage auch, das ist ein Vokabular, das mir fremd ist, aber ich lerne heute sehr viel, Herr Kollege Müller.

(Heinz Müller, SPD: Aber der Inhalt, der ist Ihnen permanent geläufig. – Harry Glawe, CDU: Drehen Sie heute Morgen durch, Herr Müller?!)

Also, Herr Kollege Müller, ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ...

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Müller, wenn Sie ...

(Zuruf von Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier vorn hat der Redner Herr Dr. Born das Wort und ich weise den Begriff „doof“ als unparlamentarisch zurück.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Besonders unparlamentarisch.)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Müller, ich weise es zurück, Sie als doof zu bezeichnen. Das will ich hier ausdrücklich sagen.

(Heinz Müller, SPD: Danke. – Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Also ich tue es nicht. Wenn Sie sich so bezeichnen wollen, ist das Ihre Sache.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie dürfen das Wort aber nicht in den Mund nehmen.)

Ich mache das nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Das habe ich auch so verstanden. – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das hat er so nicht gesagt. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Zur Verkehrsinfrastruktur: Die Landes- und Bundesstraßen sowie Brücken im Land sind mittlerweile in einem katastrophalen Zustand. 14 Prozent der Landes- und 25,5 Prozent der Bundesstraßen sind in der Zustandsklasse „schlecht“ eingeordnet. Insgesamt 119 ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das kann doch nicht wahr sein, die hier vorhandene Infrastruktur so schlechztureden!
Wir haben auch gute Brücken und neue. –
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:
Wer wohl hier das Land schlechttredet?! –
Ute Schildt, SPD: Er bleibt sich treu. –
Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Ich wiederhole: 14 Prozent der Landes- und 25,5 Prozent der Bundesstraßen sind in der Zustandsklasse „schlecht“ eingeordnet. Insgesamt 119 Brücken im Land weisen Schäden auf, dass die Tragfähigkeit beeinträchtigt ist. Ganze 27 Brücken sind gar in der schlechtesten Zustandskategorie eingeordnet. Dieses ist mit einer Teilerstörung gleichzusetzen. Hier hat nun wirklich die Politik unmittelbare Verantwortung.

(Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Ich rede die Brücken nicht schlecht, Frau Kollegin Gramkow, sie sind entwicklungsfähig und bedürftig. Hier besteht Handlungsbedarf. Ähnlich verhält es sich mit dem Schienenverkehr.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Heiterkeit bei Norbert Baunach, SPD)

Ich kann nur eindringlich an die Landesregierung appellieren, die letzten Monate ihrer Amtszeit dafür zu verwenden, die genannten Reformschritte, die dringend erforderlich sind, beherzt anzugehen, um eine reale Trendwende in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zu erreichen. Es ist keinem damit geholfen, aus der gesamtwirtschaftlichen Bilanz positive Entwicklungssplitter in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu ziehen und alle anderen Aspekte auszublenden.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Born, Ihre Redezeit ist jetzt schon eine Minute abgelaufen.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS: Oh!)

Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Dr. Ulrich Born, CDU: Ich komme zum abschließenden Satz.

An diesem Punkt kann ich mich der Kollegin Gramkow zu hundert Prozent ausnahmsweise anschließen, denn sie hatte zum Wirtschaftsbericht 2006 eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der es heißt, ich zitiere: „Es ist ... schade, dass in dieser Bilanz wesentliche Bereiche fehlen, ... Ein ‚Weiter so!‘ dürfe es ... nicht geben.“

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das stimmt.)

Damit hat sie völlig recht.

Und, Herr Ministerpräsident, nutzen Sie die Entwicklungspotenziale, die Sie sonst immer als Schwächen von mir so vorgeführt bekommen haben! Dann haben Sie noch viele Möglichkeiten, etwas Positives für das Land in den letzten Monaten Ihrer Regierungszeit zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Born.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Döring von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

(Wolfgang Riemann, CDU: Rügen ist prima. –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS: Rügen ist nicht nur prima, Rügen ist auch die größte und schönste Insel Deutschlands, Herr Riemann, das habe ich Ihnen doch schon einmal gesagt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nur die größte,
nur die größte. – Dr. Ulrich Born, CDU:
Stimmt das denn, Herr Ministerpräsident?)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte meine Ausführungen mit dem oft gebrauchten Wortspiel „Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts.“ beginnen, weil darin meiner Meinung nach die Dialektik von Gesellschaft im Allgemeinen und Wirtschaft als deren Teil im Besonderen abgebildet wird. Darauf möchte ich aber später noch einmal zurückkommen.

Meine Fraktion und ich freuen uns über die positiven Signale der wirtschaftlichen Entwicklung im Land. Wer wohlwollend – ich betone, Herr Kollege Born, wohlwollend – die gewiss nicht leichte Entwicklung der Wirtschaftsstruktur im Land beobachtet hat, der konnte in den vergangenen Wochen und Monaten einen positiven Wandel erkennen, der sich jetzt noch stärker bemerkbar macht. Verstärkte Technologieförderung, die Ansiedlung innovativer und moderner Unternehmen, ihre zunehmende Vernetzung mit vorhandenen Unternehmen, Hochschulen und Universitäten möchte ich dafür als Beispiel nennen. Wir haben gestern ausführlich über ein weiteres Beispiel gesprochen, die Gesundheitswirtschaft.

Meine Damen und Herren, bei aller positiven Entwicklung der Wirtschaft, insbesondere des verarbeitenden Bereiches, wollen wir bitte nicht übersehen, wer hinter den Leistungen steht. Das sind nicht nur die Unternehmer oder unser Wirtschaftsminister, das sind vor allem die Beschäftigten im Land,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

die Beschäftigten, die zumeist über Jahre keine Lohn-erhöhung hatten, zum Teil Urlaubs- und Weihnachtsgeld eingebüßt haben und unter enormem Druck der immer drohenden Arbeitslosigkeit und der, wie man heute vorsichtig sagt, ständig wachsenden Arbeitsdichte stehen. Auch dieses Thema gehört zur Betrachtung der wirtschaftlichen Situation im Land.

Außerdem haben wir es mit einer neuen Entwicklung zu tun. Wirtschaftswachstum ohne Beschäftigungswachstum ist ein Kennzeichen der aktuellen und zukünftigen Wirtschaftsentwicklung nicht nur in unserem Bundesland. Auch das Schließen der Wertschöpfungslücke im Land von circa 10 Milliarden Euro kann vieles zum Besseren stellen, aber niemals zur Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinne führen.

Ich möchte jetzt nicht nur auf die beschriebenen Tendenzen des Wirtschaftsberichtes eingehen, sondern auch unabhängige Gutachter in die Betrachtung einbeziehen. Die Prognos Arbeitsgruppe hat im Dezember 2005 den

Auftrag zur Aktualisierung der Halbzeitbewertung des operationellen Programms des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2000 bis 2006 abgearbeitet und den Endbericht für den Programmteil des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung vorgelegt. Auf über 100 Seiten sind Ergebnisse, aber auch Stärken und Schwächen sowie Empfehlungen für die neue Wirtschaftsförderperiode bis 2013 herausgearbeitet worden. In aller Kürze möchte ich auf einige Aspekte eingehen.

Zu den Stärken – und das ist richtig, Kollege Born, damit beginnt man – unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern zählen zweifellos die westlichen Landesteile wegen ihrer Standortvorteile und damit verbunden der besseren wirtschaftlichen Situation und der niedrigeren Arbeitslosigkeit, der guten Positionierung in einigen Branchen des verarbeitenden Gewerbes, dem Tourismussektor als wesentlicher Wachstumsträger des Landes, der Gesundheitswirtschaft, der Bio- und Medizintechnik, der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich, der maritimen Wirtschaft, der Ernährungswirtschaft, der Holzindustrie, der Elektrotechnik, der Nachrichtentechnik und der gesamte Bereich der erneuerbaren Energien. Dies sind zugleich die Bereiche mit hohem Wachstumspotenzial, die gezielt weiter zu unterstützen sind und deren Verflechtung mit anderen Branchen im Umfeld und der Wissenschaft eine ständige Aufgabe bleiben muss, denn Stärke ist immer nur relativ und nichts auf ewig Vorhandenes.

Die Risiken des Landes bestehen unter anderem in einer Spezialisierung auf Branchen, wie zum Beispiel das Ernährungsgewerbe, mit geringem Innovations- und Technologiegrad, Branchen mit unterdurchschnittlicher Exportquote, geringer Wertschöpfung sowie erhöhtem Verlagerungsdruck. Die Risiken liegen dabei besonders im drohenden Verlust der Arbeitsplätze.

Damit bin ich beim Kernpunkt der Wirtschaftspolitik aus unserer Sicht. Es geht um Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze. Es geht damit um Zukunft für unser Land und seine Bewohner. Der Wirtschaftsbericht verweist zu Recht auf 10.000 Dauerarbeitsplätze, die jedes Jahr direkt oder indirekt infolge der Wirtschaftsförderung im Land entstehen. In den ersten Monaten dieses Jahres konnte sogar ein geringer Absolutzuwachs an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen festgestellt werden. Das ist erfreulich und auch ein Ergebnis unseres Drängens, die Schaffung von Arbeitsplätzen an die Förderung zu koppeln. Die nächsten Schritte einer Wirtschaftsförderung, die die Menschen im Land im Blick hat, müssen aus unserer Sicht unbedingt sein: Von Arbeit muss man leben können, das heißt, der Arbeitslohn muss existenzsichernd sein.

(Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Dazu gehört für uns die Einführung des Mindestlohnes von 8 Euro, das heißt weiter Kopplung und Förderung an die Bereitschaft und Verpflichtung der Unternehmen, Nachwuchs auszubilden, und das heißt weiter, den Unternehmen Alternativen bei den Fördermitteln anzubieten, so, wie es zum Beispiel sehr gut im revolvingierenden Fonds der Existenzgründerunterstützung im Land funktioniert. Warum sollen Unternehmen nicht von einem Mix von sogenannten verlorenen Zuschüssen und Darlehen aus revolvingierenden Fonds profitieren, wenn sich dadurch beispielsweise Auflagen reduzieren beziehungsweise Kontrollen und damit verbundene Aufwände verringern?

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS,
und Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sehr richtig.)

Darüber muss man sich auseinandersetzen können,
Herr Ministerpräsident.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist egoistisch, darüber nicht zu diskutieren.)

Ich denke, darüber muss man sich auseinandersetzen können. Ich denke, da gibt es bestimmt noch mehr Anreize für Unternehmen. Deshalb halten wir es für dringend geboten, weiterhin mit Fachleuten Modelle zu erarbeiten, zu diskutieren und umzusetzen. Mecklenburg-Vorpommern muss und kann hier eine Vorreiterrolle in Deutschland spielen, schon aus dem Grund, weil wir noch am meisten aufzuholen haben.

Wenn ich hier noch einmal auf die Finanzierung der Gesundheitswirtschaft zurückkommen darf: Nicht nur in dieser Zukunftsbranche wird künftig mehr Geld zum Anstoß von innovativen Entwicklungen gebraucht, das sich bei einem intelligenteren Einsatz von Fördermitteln sicherlich freimachen ließe. Die Konversion von ehemaligen Bundeswehrstandorten zu Wirtschaftsfaktoren ist eine Erfolgsgeschichte des Landes, für die sich der Landtag nicht nur in dieser Legislatur intensiv eingesetzt hat. Der Wirtschaftsbericht weist leider nur kurz auf den Abschluss der Rahmenvereinbarung zur Konversion durch die Landesregierung, die Kommunen und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hin. In einem Wirtschaftsbericht, der alles umfassend und ausgewogen darstellen soll, gehören nach meiner Auffassung das erwähnte Gutachten, aber auch andere Dokumente, mit denen der Landtag sich befasste. Diese bieten Interessenten ausreichend Informationen und einen Ausblick auf zu lösende Fragen.

Es sind im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Entwicklung viele Dinge anzusprechen, die den Zeitrahmen sprengen würden. Ich möchte aber auf meine Eingangsformulierung „Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts.“ zurückkommen. Wir leben von den Ergebnissen der Wirtschaft. Deshalb ist sie zentrales Element der Gesellschaft. Aber die Wirtschaft ist heute und zukünftig nicht mehr in der Lage, für Vollbeschäftigung zu sorgen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle könnte man über VW, DaimlerChrysler, Opel, die Deutsche Bank oder die Allianz reden, die trotz oder vielleicht wegen hoher Gewinne 10.000 gut bezahlte Arbeitsplätze abbauen. Ich habe aber in der „Ostsee-Zeitung“ des vergangenen Wochenendes einen Kronzeugen gefunden, den ich hier gern wiedergeben möchte. Bundesminister Wolfgang Tiefensee sagte: „Wir brauchen neue Arbeitsplätze im Bereich der gesellschaftlichen Arbeit.“ Das soll heißen im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

In diesem Sinne stimme ich auch Minister Ebnet in seinem Wirtschaftsbericht zu, wenn er neue Chancen aus der großen Koalition in Berlin erwachsen sieht. Ich hoffe aber nicht, dass nächste Wirtschaftsberichte einen konjunkturellen Einbruch vermelden müssen, weil zum Beispiel die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozent die aufkeimende Entwicklung in Handwerk, Handel und Gewerbe sowie die Kaufkraft erstickt hat.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sehr richtig.)

Wirtschaft, meine Damen und Herren, ist in meinen Augen mehr, als bisher hier angesprochen wurde.

(Beifall Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Ich möchte den wichtigen Bereich der Existenzgründung hinzufügen. Mecklenburg-Vorpommern hat nicht nur die geringste Einwohnerdichte in Deutschland, sondern auch eine geringe Selbstständigenquote,

(Harry Glawe, CDU: Und darüber müssen wir heute noch mal sprechen.)

die aber seit Ende der 90er Jahre von 7 auf 9,7 Prozent stieg, eine positive und notwendige Entwicklung, die nicht von allein zustande kommt. Die Initiative „Einfach anfangen“, Förderung von Existenzgründungen im Arbeitsmarktstrukturprogramm, das Programm „Jugend-Arbeit-Zukunft“ und nicht zuletzt das Mikrodarlehenprogramm und die Einrichtung des Existenzgründertelefons sowie das ebenfalls erfolgreiche Mentorenprogramm möchte ich hier der Vollständigkeit halber erwähnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Mit dem Mikrodarlehenprogramm wurde bekanntlich förder technisch Neuland betreten. Erstmals ist ein Kreditprogramm aufgelegt worden, das aus dem Europäischen Sozialfonds und aus Landesmitteln in Form eines revolvierenden Fonds funktioniert. Im Herbst 2005 wurde der Fonds der großen Akzeptanz wegen um weitere 1,5 Millionen Euro aufgestockt. Der erwähnte Evaluationsbericht geht von der Notwendigkeit aus, Wirtschafts- und Förderfragen im Land als eine integrierte Gesamtaufgabe zu betrachten. Die bereits angesprochene Gesundheitspolitik ist ein gutes Beispiel für eine integrierte Aufgabenstellung und einen guten Ansatz in der Durchführung.

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes zeigt ihre erfolgreichen Züge. Wir sind prinzipiell auf dem richtigen Weg.

(Beifall Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS)

Und wir können mit der weiteren Modernisierung der Wirtschafts- und Förderpolitik und dem gesamtheitlichen oder wie man auch sagt dem integrierten Ansatz der Politik eine hervorragende Grundlage für die nächste Legislaturperiode schaffen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Döring.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte meine Ausführungen mit einem Bild beginnen. Wir haben am Mittwoch unser Fest gefeiert, unser Landtagsfest, und wir haben mit einem Wettkampf begonnen.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Drachenboot.)

Als wir ins Drachenboot stiegen als Mannschaft, hatten wir einen erfahrenen Trainer an Bord. Und dieser hat gesagt: „Wenn ihr siegen wollt, dann geht es nicht darum, dass ihr hier eure Kraft verschenkt am Anfang,

weil ihr losballert, sondern die Kontinuität wird zeigen, ob ihr gut seid.“

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Die hatten wir.)

„Die Kontinuität wird euch die Kraft geben, am Ende vorn zu sein. Die Technik muss stimmen und ihr müsst Ausdauer haben.“ Das haben wir umgesetzt. Und wir haben noch nie so einen guten Platz belegt wie am Mittwoch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ja, weil ihr mitgerudert seid.)

Und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, dieser Grundsatz gilt auch für viele Bereiche unseres Lebens,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: So kann man auch zweite Plätze schönreden.)

gilt auch für die Wirtschaftsentwicklung in unserem Land.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Den Kurs bestimmen, die Technik festlegen, die Strategien müssen stimmen, dann müssen wir Ausdauer haben und die Menschen mitnehmen in diesem Prozess.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Anfrage

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:
Nicht doch dazu! –

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Nicht dazu!)

des Abgeordneten Herrn Dr. Born?

Ute Schildt, SPD: Herr Dr. Born, kann ich erst ...?

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Na bitte.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Kollegin Schildt, ich wollte nur fragen, ob Sie das Drachenbootrennen in Relation zum Wahlergebnis setzen wollen.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Oh!)

Das letzte Mal, glaube ich, war es so, Frau Schildt, da hatten Sie,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Bezüglich der CDU würden wir das gerne tun. – Heiterkeit bei
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

wenn ich das richtig weiß, den letzten Platz belegt und haben den ersten beim Wahlergebnis gehabt. Diesmal ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Born, stellen Sie bitte Ihre Frage.

Dr. Ulrich Born, CDU: ... wollten Sie das in Relation setzen.

Ute Schildt, SPD: Also ich kann in Relation setzen, dass wir deutlich vor der CDU waren,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

und das war für mich maßgebend.

Dr. Ulrich Born, CDU: Beim Drachenbootrennen, ja.

Ute Schildt, SPD: Ja, meine Damen und Herren, die Strategie ist festgelegt und sie setzt sich in unserem Land, das findet sich auch im Wirtschaftsbericht wieder, zusammen mit der Neuansiedlung von Unternehmen, eine Sache, in der wir sehr große Aktivitäten eingeleitet haben mit der Pflege der bestehenden Unternehmen und ihrer Erweiterung. Herr Dr. Born, Sie hatten ja dazwischengerufen, da passiert etwas. Ich kann das an konkreten Beispielen sagen, wie bei der Neugründung im ganzen Bereich der Existenzgründung. Und wenn es Ich-AG sind oder die Ausgründung aus Universitäten, das sind Bereiche, die in unserem Lande stattfinden. Wir haben übereinstimmend festgestellt, dass es Branchen gibt, bei denen es gar kein Diskutieren gibt, die im Wachstum begriffen sind. Auch Herr Dr. Born hat bestätigt, dass das verarbeitende Gewerbe, das maritime Gewerbe, die Callcenter, die touristischen Gewerbe ganz deutlich im Wachsen sind.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr erfreulich.)

Das sind die Bereiche, auf die wir deutlich setzen. Ich ergänze noch die Biotechnologie, den gesamten Bereich der Gesundheitswirtschaft und ich setze auch die Nahrungsgüterwirtschaft ganz deutlich dazu. Die Menschen, die da die Macher sind, haben sich wirklich auf die Fahnen geschrieben: Ärmel hochkrempeln, neue Produkte entwickeln, die Menschen mitnehmen, qualifizieren für diesen Bereich. Und es passiert etwas.

Wir haben, das habe ich einleitend gesagt, Branchen in unserem Bereich, die sich konsolidieren müssen. Sie müssen sich hin zu einem Niveau, das bundesweit vertretbar ist, entwickeln. Das wissen die Vertreter dieser Branchen und sie haben sich darauf eingestellt. Wir haben auch am Dienstag schon einmal darüber diskutiert, dass zum Beispiel im Baugewerbe viele Jahre Arbeitsplätze verloren gegangen sind, weil wir deutlich überstrukturiert waren. Aber wenn Sie heute in Baubetriebe gehen, nehmen Sie eine positive Stimmung auf. Es ist eine deutlich positivere Stimmung als in den Jahren zuvor. Es ist noch keine Euphorie, aber es ist ein Auftragsvolumen da, das auf der Basis, die heute besteht, wieder zu Optimismus Anlass gibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Herr Dr. Born, Sie sind in dem heutigen Bericht wieder auf statistische Zahlen zurückgefallen. Sie haben die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse benannt. Wir haben es am Dienstag negativ diskutiert, dass Statistik manches verfälscht. Es ist eine Frage der Erfassung. Und wir dürfen doch nicht an wirklichen Zahlen vorbeidiskutieren.

(Harry Glawe, CDU: Fragen Sie mal die Krankenkassen, was die für Beitragsverluste hinzunehmen haben bei dieser Politik!)

Wir haben das Thema ABM, SAM und in Ausbildung befindliche Bürger unseres Landes diskutiert. Es waren im Jahr 1998 etwa 80.000.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Davon haben wir heute noch 5.000. Das sind 75.000 weniger, die statistisch erfasst werden. Wir haben gerade davon gesprochen, dass das Baugewerbe eine deutliche Veränderung gefunden hat, dass sich das aber gegenwärtig auf einem anderen Niveau stabilisiert. Diese Zah-

len muss man natürlich erfassen. Wir haben kw-Vermerke umgesetzt im öffentlichen Dienst. Das sind doch aber Entwicklungen, die wir zum Teil gemeinsam mittragen müssen oder auch in der Entwicklung unserer Verwaltungslandschaft ganz einfach steuern. Das sind Zahlen, die statistisch erfasst werden, und da müssen wir doch so ehrlich sein, diese nicht in einer Entwicklungstendenz auszuweisen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir haben – und ich habe es in der Einleitung gesagt – gerade die neuen Arbeitsmarktzahlen auf dem Tisch. Der Ministerpräsident hat gesagt, rund 20 Prozent weniger Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr. Ja, wir sind noch auf einem hohen Niveau und es ist unsere Aufgabe, alles dafür zu tun, dass nachhaltig wirkende Arbeitsplätze geschaffen werden. Und das ist passiert. Das kann nur durch Kontinuität in der Fortsetzung der eingeschlagenen Wege umgesetzt werden.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Eine 18,1-Prozent-Quote ist zu viel. Aber wir haben unsere Förderinstrumente ganz bewusst auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze ausgerichtet, wenn die Frage der GA-Mittel, die Einsetzung von Förderung, hier angesprochen worden ist und Thüringen wieder als enormes Beispiel gekennzeichnet wird. In unserem Land ist es gelungen, die GA-Mittel für die Angliederung neuer Unternehmen und für die Stabilisierung bestehender Unternehmen wirklich in jedem Jahr vollständig zum Einsatz zu bringen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wir haben sogar noch mehr Mittel abgerufen.)

Wir haben zusätzliche Mittel abgerufen, wir haben KfW-Kredite, die wir über unser Landesförderinstitut den Betrieben als Darlehen zur Verfügung stellen, das heißt, wir haben Instrumente geschaffen, die hier mit Effekten genutzt werden. Fragen Sie bitte in Thüringen nach, wie diese Mittel dort zum Einsatz gekommen sind. Da gibt es in Größenordnungen Mittel, die nicht genutzt werden, und dann frage ich, wo da die Effizienz ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das haben mir die Brandenburger und Thüringer Kollegen bestätigt.

Zur Darlehensfinanzierung: Wir haben hier eine Strukturfondsperiode, die in diesem Jahr ausläuft. Und wir sind, denke ich, dabei, die Kriterien der nächsten Periode gemeinsam zu diskutieren und auf den Weg zu bringen. Es gibt inzwischen Klarheit, in welcher Größenordnung Mittel zur Verfügung stehen. Und es kann nicht sein, dass wir nur in Einzelfonds denken. Wir müssen ganz einfach die drei Fonds, ob es der ELER, der EFRE oder der ESF ist, deutlich aneinander anschließen und konkret festlegen, was hier und dort passieren soll und welche Wege wir mit welchem Fonds gehen, wo sind die Schnittstellen, damit es nicht zu Überlappungen kommt, dass ganz konkret jeder Aufgabenbereich effizient durch die einzelnen Fonds in der Zusammenarbeit ausgeschöpft wird. Das muss uns mit der neuen Förderperiode gelingen und dann prüfen wir an dieser Stelle, welches Instrument wofür das richtige ist. Aber die bisher eingesetzten Mittel sind absolut richtig eingesetzt. Dafür stehe ich.

(Beifall Klaus Mohr, SPD,
und Heinz Müller, SPD)

Und der Bericht, meine Damen und Herren, beweist auch, dass es so ist. Ich möchte jetzt gar nicht mehr auf die Details eingehen. Ich möchte diesen Moment eigentlich nutzen, um all denen herzlich zu danken, all denen in der Wirtschaft, die den Mut zum Risiko hatten, neue Wege zu gehen, all denen, die diese Menschen unterstützen, seien es die Kammern, die Vereine, die Verbände, denen, die wirklich Handreichungen tun dabei, den Mitarbeitern in den Ministerien, die auf diesem Weg Hilfeleistung geben. Ich denke, wir werden alle mit der Kontinuität, so wie im Drachenboot, diesen Weg weitergehen. Und wir werden immer wieder diskutieren, wie sich diese Kontinuität erneut niederschlägt in zwei Jahren in einem Wirtschaftsbericht. Ich bedanke mich für den Bericht, der uns vorgelegt worden ist, und ich beantrage, mit der Berichterstattung den Antrag für erledigt zu erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schildt.

Ums Wort gebeten hat der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Otto Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Dr. Born, ein paar Richtigstellungen muss man machen dürfen. Ich habe zuerst gedacht, als Sie die Rede angefangen haben, Sie hätten sich zum lernfähigen Wesen entwickelt,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

aber dann kamen leider wieder Ihre uralten Schallplatten, die wir zur Genüge kennen.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Sie legen sie der Reihe nach auf und dann werden sie abgespult.

(Heinz Müller, SPD: Schellack! –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Bei welcher Gelegenheit auch immer, zu welchem Zeitpunkt auch immer, der Inhalt Ihrer Rede ist derselbe.

(Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS: Der Transrapid. – Dr. Ulrich Born, CDU: Das unterscheidet sich ein wenig voneinander. Sie stellen das nicht realistisch dar, das ist der Unterschied.)

Sie haben ein Land beschrieben, ...

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Herr Dr. Born, Sie haben ein Land beschrieben, das mit Mecklenburg-Vorpommern, so, wie es sich darstellt, wenig zu tun hat.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

So, wie Sie es beschrieben haben, würde Mecklenburg-Vorpommern aussehen, wenn Sie an der Regierung wären, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sie halten uns immer das Beispiel Thüringen vor, das haben Sie heute auch wieder getan.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Gerade am Beispiel Thüringen zeigt sich, dass keine

Landesregierung fehlerfrei handelt. Aber wenn Sie die Summe aller Fehler, die man machen kann, suchen und finden wollen, dann gehen Sie nach Thüringen und schauen Sie sich dort einmal die Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung an.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Die Konsequenzen zeigen sich in aller Deutlichkeit. Nehmen Sie doch einmal die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze,

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

aktueller Stand, letzte Statistik, April,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

im Jahresvergleich 2006 mit 2005, da hat Mecklenburg-Vorpommern mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, und zwar plus 0,3 Prozent und Thüringen minus 0,5 Prozent.

(Harry Glawe, CDU: Ich kann Ihnen die Zahlen genau sagen, Herr Wirtschaftsminister.)

Herr Glawe, Sie können es auch nicht einfach wegschreiben.

(Harry Glawe, CDU: Das ist negativ. Und Sie sagen wieder negativ und negativ und dann wird daraus positiv. Das ist Dialektik. –

Klaus Mohr, SPD: Hören Sie doch einmal zu, Herr Glawe!)

Herr Dr. Born, nehmen Sie doch einmal die Entwicklung in diesem Land zur Kenntnis! Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass wir das tun, was Sie auch wollen, was wir alle wollen, und zwar den öffentlichen Dienst zurückfahren.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Es ist klar, das hinterlässt Bremsspuren. Beim Wirtschaftswachstum des letzten Jahres hat das eine Absenkung um 0,6 Prozent zur Konsequenz gehabt. 0,6 Prozent weniger Wachstum durch das, was hier gemeinsam gewollt wird im öffentlichen Dienst. Das kann man aber keiner Landesregierung vorhalten, dass das Bremsspuren hinterlässt, wenn sie das macht, was alle wollen.

(Ministerin Sigrid Keler: Was auch nötig ist. –
Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Sie haben hier aus dem statistischen Jahresbericht vorgelesen, dort steht eine weitere Schrumpfung des Baugewerbes drin. Das ist die Vergangenheit, dieses Jahr schaut es ganz anders aus. Wir haben am Anfang des Jahres ein Auftragsplus im Baugewerbe gehabt von sage und schreibe 50 Prozent.

(Dr. Ulrich Born, CDU: An die Regierungszahlen glaube ich wirklich nicht mehr. –
Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Die Entwicklung im Baubereich hat sich dieses Jahr umgedreht. Nach zehn Jahren Schrumpfen, und das ist hier beschrieben, ist sie inzwischen erstmalig wieder positiv.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Das Baugewerbe ist positiv gestimmt und die Entwicklung auf dem Bau geht aufwärts. Sie sprechen von Abwärtsbewegung und schauen immer die letzten zehn Jahre an.

Zum Exportrückgang: Der Export außerhalb des Schiffbaues, ich behandle ihn einmal gesondert, hat im industriellen Bereich der Auftragseingänge aus dem Ausland um 70 Prozent zugenommen. Das ist doch was. Beim Schiffbau, es verzerrt das Bild, je nachdem ob das ein ausländischer Auftraggeber ist oder ein inländischer, schaut es beim Export mal so und mal so aus. Unsere Reedereien werden im Moment ganz gut mit Aufträgen von inländischen Auftraggebern beschäftigt.

(Andreas Petters, CDU: Sprechen Sie doch mal vom Entwicklungspotenzial!)

Beim Tourismus, Sie haben es vorgelesen, sind es 0,6 Prozent weniger Übernachtungen. Dieses Jahr ist der Tourismus trotz Vogelgrippe im Plus gewesen. Ich erhoffe mir auch bis zum Jahresende eine positive Entwicklung.

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU)

Weniger Unternehmensinsolvenzen, das klang bei Ihnen fast schon negativ. Ich hoffe, Sie haben es anders gemeint, dass es eher ein Missverständnis von meiner Seite war. Sie haben weiter vorgelesen, 7.700 Arbeitsplätze weniger per saldo im Land. Jetzt vermeldet das Statistische Landesamt aber einen Zuwachs um 0,2 Prozent. Das verschweigen Sie natürlich, denn das passt nicht in Ihr Bild hinein.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Die Bautätigkeit ist weiter rückläufig, steht hier, die haben wir schon abgehandelt. Sie entwickelt sich jetzt erstmalig seit zehn Jahren – runter ging es ja schon zu Ihrer Regierungszeit – positiv. Das ist erfreulich. Für die Abwärtsentwicklung mache ich niemanden verantwortlich, aber die Aufwärtsentwicklung nehmen Sie bitte schön auch einmal zur Kenntnis!

(Andreas Petters, CDU: Auf welcher Basis? Auf welcher Basis?)

Und weiter steht hier, weniger neue Ausbildungsplätze. Die Unternehmen stellten bisher in diesem Jahr mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung als im vergangenen Jahr. Das sind doch alles positive Entwicklungen, die Sie schlicht und einfach leugnen, verdrängen und nicht sehen wollen, weil es Ihnen nicht passt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS, und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Noch eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Döring. Sie haben einen Satz gesagt, zu dem ich doch noch etwas ausführen muss. Sie sagten, die Wirtschaft ist heutzutage nicht mehr in der Lage, für Vollbeschäftigung zu sorgen. Das war einer Ihrer Sätze. Ich würde diese Auffassung nicht teilen wollen und ich teile sie auch nicht. Es muss Aufgabe der Wirtschaft sein, dass wir alle Menschen, die arbeiten können, die arbeiten wollen, in Arbeit bringen. Das klang jetzt so resignativ, was Sie gesagt haben.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Na, Herr Dr. Ebnet, jetzt überziehen Sie aber eine Menge. Das ist aber ganz neu. – Zuruf von Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Ich würde von dem Ziel nicht ablassen wollen, dass wir Vollbeschäftigung, soweit sie möglich ist, in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland anstreben sollten und auch anstreben müssen, denn dieses ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ja, das steht auch bei uns im Programm, bei Ihnen nicht.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Döring?

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Ist das abgesprochen?)

Minister Dr. Otto Ebnet: Bitte.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Döring, fragen Sie.

Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass der Club of Rome bereits in den 70er Jahren eingeschätzt hat, dass 20 Prozent der Arbeitnehmer ausreichen, um die Wirtschaftsproduktion sicherzustellen?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Döring, ich habe jetzt diese Frage nicht parat. Aber der Club of Rome hat ja damals alles Mögliche eingeschätzt, was in der Zwischenzeit nicht eingetreten ist. Ich will ihn jetzt nicht als Bibel verwenden, denn seine Aussagen waren sicher nicht in Stein gemeißelt. Hier geht es darum, welche Zielsetzungen hat man sich vorgenommen. Resigniert man vor dem Problem oder sagt man, nein, wir stellen uns dem Problem,

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Wir resignieren nicht!)

denn wir wollen möglichst viele Menschen – das heißt möglichst alle, man muss ja nicht jedes Ziel zu 100 Prozent erreichen – in Arbeit bringen, möglichst vielen Menschen ermöglichen, dass sie mit ihrer eigenen Hände Arbeit oder mit ihrem eigenen Kopf ihr Erwerbseinkommen verdienen. Das ist ein Ziel und es ist ein ehrgeiziges Ziel, aber ehrgeizige Ziele muss man haben, damit man große Fortschritte macht. Ich würde dieses Ziel nicht gerne aufgeben wollen.

Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS: Danke schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit den Aussagen des Ministerpräsidenten kann man sich ja in der Tat differenzieren auseinandersetzen. Beim Wirtschaftsminister ist es deshalb schwierig, weil er Statistiken nur dann zur Kenntnis nimmt, wenn er sie selbst erstellt. Gestern haben wir erlebt, dass er eines der renommiertesten Institute pauschal bezichtigte, nicht auf dem neuesten Stand zu sein. Er hat dann ständig das Jahr 2001 angeführt.

(Jörg Heydorn, SPD: Nicht pauschal.)

Bei einem Bericht ...

(Jörg Heydorn, SPD: Konkret, Herr Dr. Born, nicht pauschal!)

Kollege Heydorn, ich versuche Sie zu hören, aber es ist etwas schwierig, wenn ich rede.

(Jörg Heydorn, SPD: Ich spreche doch laut genug.)

Sie müssen bitte etwas lauter rufen, damit ich das hören und vor allen Dingen aufnehmen kann.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Also gestern, das war sehr beeindruckend – ich bemühe mich, dass wir das Protokoll so schnell wie möglich haben –, das sollten die Bürger zur Kenntnis nehmen, wie mit solchen Untersuchungen umgegangen wird, die dazu da sind, einer Regierung Handlungshinweise zu geben. Wenn Sie aber nicht einmal bereit sind, Fakten zur Kenntnis zu nehmen, dann kann so etwas nicht funktionieren. Das zeigt einfach, dass Sie beratungsresistent sind. Heute haben Sie das fortgesetzt.

Herr Minister, ich billige Ihnen ja zu, dass, wenn der Ministerpräsident mit Ihnen spricht, es auch für Sie schwierig ist, wirklich zu hören, was hier der Redner vom Pult sagt. Hätten Sie das getan, hätten Sie zugehört, dann hätten Sie natürlich gemerkt, dass ich mir im Gegensatz zu Ihnen nicht irgendwelche Zahlen herausgenommen habe, sondern ich habe vollständig die amtlichen Angaben des Statistischen Landesamtes vorgelesen. Und das ist eine Landesbehörde, keine Opposition, verehrter Herr Minister. Ich habe diese Bemerkungen vollständig vorgelesen und das, was Sie meinten, was ich verschweigen würde, habe ich sogar ausdrücklich gesagt. Ich habe gesagt, dass es positiv ist. Ich habe die Relation dargestellt. Und nun stellt sich heraus, dass diese 22 Anmerkungen für Sie bewusst, weil Sie ja Probleme mit den Statistiken haben, auch noch schön an den Rand geschrieben sind. Damit auch Sie das zur Kenntnis nehmen, habe ich Ihnen vorgerechnet, und das können Sie auch nachlesen, dass es leider 18 Bereiche gibt, die ausgesprochen negativ sind. Und da habe ich Ihnen gesagt, hier sind Entwicklungspotenziale. Der Ministerpräsident nimmt das auch so auf, Sie wollen offensichtlich daran nicht arbeiten. Das ist das dramatische Problem dabei.

Herr Wirtschaftsminister, es hilft doch nun nichts, wenn selbst Ihre eigenen Wirtschaftspolitiker des Landtages Ihnen das immer wieder sagen, mit dieser sturen Förderpraxis. Das ist ja schön für Sie, das verstehe ich auch. Ich sehe jeden Tag, wenn ich in die Zeitung gucke, Minister Ebnet übergibt da einen Förderbescheid und da einen Förderbescheid. Zwischenfinanzierungen müssen die Leute sich besorgen, weil vielleicht in drei oder vier Jahren Geld kommt. Aber es ändert doch nichts daran, dass die Mittel so knapp sind, dass man sie sinnvoll einsetzen und optimieren muss.

(Ute Schildt, SPD: Sie sind sinnvoll eingesetzt, Herr Dr. Born.)

Deshalb müssen Sie hier teilweise umsteuern, so, wie das in anderen Bundesländern längst erfolgreich getan wird. Von daher brauchen wir einen revolvierenden Fonds. Sie wollen das alles nicht zur Kenntnis nehmen. Nun sage ich, wenn Sie schon die Zahlen des Statistischen Landesamtes – meines Wissens trägt der Innenminister die Verantwortung im Wege der Aufsicht über das Statistische Landesamt, und ich habe bisher immer nur vernehmen können, dass das sehr sorgfältig arbeitet – in Zweifel ziehen wollen, dann muss ich Ihre eigenen Antworten nehmen. Vielleicht, Herr Minister, unterschreiben Sie das nicht nur, sondern nehmen das zur Kenntnis!

Wenn Frau Kollegin Gramkow mir eben vorgeworfen hat, ich rede das Land schlecht, weil ich auf den dramatischen Zustand von Landesstraßen und Brückenbauwerken hinweise, dann, verehrte Frau Kollegin Gramkow,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das macht es auch nicht wieder gut.)

empfehle ich Ihnen, die Antwort auf eine Kleine Anfrage

der Abgeordneten zu lesen. Ich lese das so, wie es hier steht: Dr. Ulrich Born und Andreas Petters, Fraktion der CDU, das ist vom 28.09.2005, und eine weitere Anfrage vom gleichen Tag, ebenfalls der genannten Abgeordneten, die der Wirtschaftsminister für die Regierung federführend beantwortet hat. Ich habe nichts anderes getan, als genau diese amtlichen Zahlen, die er selbst zur Verfügung stellt, hier wiederzugeben.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sie haben nur vergessen, das Positive zu erwähnen bei der Infrastrukturentwicklung.)

Das Entscheidende ist, Frau Gramkow, dass Sie immer meinen, wenn man auf Entwicklungspotenziale hinweist – ich habe ja versucht, Ihnen einmal die Möglichkeit zu geben, doch wenigstens Hinweise aufzunehmen –, dass Sie sofort sagen: Der will mir hier nur wieder sagen, wie schlecht ich gearbeitet habe.

(Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD,
und Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Eine Regierung darf sich nicht wie eine Primadonna darstellen, die nicht mehr richtig singt, wenn sie eine negative Kritik bekommt und dann erst einmal drei Tage krank ist, sondern die Regierung ist dazu da,

(Beifall Andreas Petters, CDU)

die Entwicklungspotenziale des Landes zu nutzen und dafür zu arbeiten, dass die Wirtschaft vernünftige Rahmenbedingungen hat.

(Ute Schildt, SPD: Die wirkliche Entwicklung sehen Sie ja nicht.)

Und die Wirtschaft, das hat Frau Kollegin Schildt sehr schön dargestellt, arbeitet in einigen Bereichen ganz außergewöhnlich erfolgreich. Sie arbeitet trotz schwieriger Rahmenbedingungen. Der Stimmungsumschwung ist da seit dem Regierungswechsel in Berlin und das müssen wir jetzt nutzen. Ich freue mich besonders, Kollege Döring, ich bin Ihnen dankbar, dass sogar Sie sagen, Sie haben die Hoffnung, dass es durch diesen Regierungswechsel, Sie haben das deutlich gesagt, besser wird.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Das war eine Entgleisung. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Das war eine Entgleisung? Nein, das war eine weise Einsicht. Sie sollten manchmal auch von jungen Kollegen lernen, die sich nicht in diesen festgefahrenen Bahnen bewegen,

(Zuruf von Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS)

dass nicht alles, was von der anderen Seite kommt, schlecht ist.

(Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS:
Man muss ja auch ehrgeizige Ziele haben.)

Der Kollege Döring ist offensichtlich jemand, der nochinhört,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

sich umschaute und wahrnimmt, dass es seit dem Regierungswechsel in Berlin aufwärts geht in diesem Land. Das ist gut so.

(Ute Schildt, SPD: Aber den blockieren Sie.)

Nur diese Regierung hat das noch nicht richtig verstanden, sich diesen Schwung auch zu eigen zu machen.

(Torsten Renz, CDU: Augen zu und durch!)

Herr Wirtschaftsminister, Sie machen es offensichtlich nicht. Ich habe die Hoffnung, dass der Ministerpräsident die letzten Monate seiner Amtszeit tatsächlich die Entwicklungspotenziale nutzt, die ich hier aufgezeigt habe. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Döring von der Linkspartei.PDS.

Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Born, Sie fordern mich geradezu heraus, etwas richtigzustellen.

(Torsten Renz, CDU: Nein, das haben Sie falsch verstanden. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Minister Dr. Wolfgang Methling)

Ich glaube nicht, Herr Renz, ich glaube nicht.

Wenn Sie meinen Ausführungen gefolgt sind, und davon gehe ich aus,

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

dann habe ich zum Ausdruck gebracht, dass ich hoffe, dass wir in einem folgenden Wirtschaftsbericht nicht zum Ausdruck bringen müssen, dass gerade die von Ihnen aufgezeigte Veränderung in Berlin dazu führt, dass es Abstriche bei dem gibt, was wir bisher erreicht haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Das ist ein himmelweiter Unterschied, auf den ich hingewiesen habe.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einen Satz sagen, den ich vorhin nicht mehr geschafft habe. Sie sprechen ja so gerne von Sümpfen, ich spreche von Teichen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ich habe doch gar nicht von Sümpfen gesprochen.)

Ich hatte Sie nicht persönlich angesprochen, mit Sie meinte ich Ihre Fraktion, Herr Kollege Born.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Karin Strenz, CDU: Nee, nee!)

Sie sprechen so gerne von Sümpfen, ich spreche von Teichen. Sie kennen das Sprichwort: Der Teich ist im Durchschnitt 1,50 Meter tief. Aber ich sage Ihnen, die Kuh muss nicht ertrinken, wenn man mehrere gute Wege kennt und nicht durch die Mitte marschieren muss. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Döring.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist vonseiten der Antragsteller beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/2315 aufgrund des von der Landesregierung in der laufenden Debatte gegebenen Berichtes für erledigt zu erklären.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Aber nicht den Wirtschaftsminister für erledigt erklären!)

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön.

(Harry Glawe, CDU: Warum stimmen wir denn das jetzt wieder ab?)

Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/2315 für erledigt erklärt.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, nach Paragraph 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die heutige Sitzung die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert zur stellvertretenden Schriftführerin.

Ich rufe nun auf den **Tagesordnungspunkt 39:** Beratung des Antrages der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD – Trägerübergreifendes persönliches Budget nach SGB IX, Drucksache 4/2314.

Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD: Trägerübergreifendes persönliches Budget nach SGB IX – Drucksache 4/2314 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplín von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die sozialistische Tageszeitung „Neues Deutschland“ hat wie alle oder die meisten überregionalen Tageszeitungen einen Feuilletonteil und am 13. und 14. Mai diesen Jahres gab es darin ein bemerkenswertes Porträt über Matthias Vernaldi, einem an Muskelschwund erkrankten jungen Mann. Dort hieß es in diesem Porträt von ihm beziehungsweise über ihn, ich zitiere: „Ich bin assistenzsüchtig“, sagt er und lacht etwas schief. Ob in der Nase bohren oder den Hintern abwischen, Rad fahren, Blumen pflücken, mit der Faust auf den Tisch hauen, jemanden umarmen, alles, was mit Bewegung zu tun hat, ist Vernaldi versagt. Seine Droge ist fremde Muskelkraft. Eine Sucht per Definition, eine Krankheit, die stets zum Tode führt, ermöglicht sein Leben. Ein Leben in totaler Abhängigkeit. Entzug führt zum Tod. Kann einer, der sich nicht allein bewegen kann, etwas bewegen, ein bewegtes Leben haben?“ Ich gehe hier einmal aus dem Text und bejahe diese Frage.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Landtag hat bereits oft bewiesen, dass er alles ihm Mögliche tun will, um Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben zu gewährleisten. Mit einem Ja zu diesem Antrag „Trägerübergreifendes persönliches Budget“ fördern wir einmal mehr die Selbstautonomie von chronisch Kranken und Menschen mit Behinderungen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Worum geht es bei diesem Antrag, sehr geehrte Damen und Herren? Bis vor einiger Zeit wurden jegliche Hilfen für die Betroffenen als Sachleistungen gewährt. Diese Sachleistungen erfolgten auf der Grundlage der

jeweiligen Pflegestufe und umfassten bis zu 21 Verrichtungen, so, wie sie im Paragraphen 14 SGB XI niedergelegt oder fixiert sind. Insofern bestand für die Betroffenen eine Angebotsabhängigkeit. Mit der Einführung eines persönlichen Budgets in der Behindertenhilfe im Jahre 2001 erfolgte ein erster Schritt für einen Wandel von der versorgenden Fürsorge hin zu einer selbstbestimmten Versorgung. Ein persönliches Budget ermöglicht hilfebedürftigen Menschen, unmittelbar finanzielle Mittel zu erhalten. Sie können so selbst entscheiden, welcher Dienst oder welche Person die Hilfe erbringen soll, da sie die Leistungen oder die Hilfsmittel unmittelbar bezahlen können, also auch über den Leistungskatalog hinaus Leistungen anfordern können. So können sie zum Beispiel Nachbarn beauftragen, hauswirtschaftliche Aufgaben zu übernehmen. Vielleicht braucht der oder die Pflegebedürftige aber auch jemanden, der vorliest, der sie oder ihn auf einem Spaziergang begleitet. Die Leistungen können, und das ist die Besonderheit, auch von Personen und Diensten erbracht werden, die mit den Pflegekassen keinen Versorgungsvertrag abgeschlossen haben. Auf dieser Grundlage können Lebensumstände eigenverantwortlicher und selbstbestimmter gestaltet werden.

Das persönliche Budget wurde zwar neu in das Sozialrecht aufgenommen, ist jedoch lediglich eine neue Form der Leistungsgewährung, also eine alternative Form. Die Hilfebedürftigen können wählen, ob sie weiterhin Sachleistungen erhalten oder alternativ über ein Finanzbudget verfügen wollen. Das trägerübergreifende Budget ist eine besondere Form des persönlichen Budgets. Zuerst stellt der behinderte Mensch einen Antrag bei einem Leistungserbringer seiner Wahl, vorzugsweise bei dem, bei dem er den größten Hilfebedarf hat. Dieser Leistungsträger wird somit sein Beauftragter. Der Beauftragte wiederum setzt sich mit allen weiteren in Betracht kommenden Leistungsträgern in Verbindung. Dafür hat er zwei Wochen Zeit, dann muss de facto das Leistungspaket geschnürt sein. Zum Abschluss, wenn aufgrund der Höhe des persönlichen Budgets und des Umfangs der Hilfeleistungen eine Zielvereinbarung abgeschlossen ist, erlässt der Beauftragte den Verwaltungsakt und das Budget wird ausgezahlt.

Alles, was ich jetzt zum trägerübergreifenden Budget gesagt habe, befindet sich bundesweit in einer Erprobungsphase. Sie wird in 14 Modellregionen durchgeführt, leider nicht in Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb hat sich der Sozialausschuss Ende 2004 auf seiner Ausschussreise über Erfahrungen in Rheinland-Pfalz kundig gemacht. Derzeit gibt es einen Ermessensanspruch für die betroffenen Personen, ob man einem Hilfebedürftigen Leistungen in Form eines persönlichen Budgets gewährt oder nicht. Ab dem 1. Januar 2008 hat jeder Leistungsberechtigte einen Rechtsanspruch auf das persönliche Budget, darauf müssen wir uns im Land vorbereiten. Betroffene benötigen Beratung und Leistungserbringer müssen koordiniert werden. Landespolitisch haben wir insofern hierbei eine Fürsorgepflicht, deshalb dieser Antrag. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplín.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Ich dachte, Frau Ministerin redet.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Glawe, Sie haben das Wort.

Harry Glawe, CDU: Ich bin etwas irritiert. Das letzte Mal war es so, dass die Ministerin vor mir geredet hat. Diesmal wieder nicht oder nach mir?

(Heiterkeit bei

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Vielleicht muss sie ja gar nicht mehr reden.)

Nach mir, gut, okay.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das trägerübergreifende persönliche Budget steht auf der Tagesordnung. Und wie Herr Koplín richtig ausgeführt hat, hat der Bundesgesetzgeber den 01.01.2008 als Marschroute festgelegt. Die Eckdaten sind bekannt. Leider ist in unserem Land kein Modellprojekt in dieser Angelegenheit angelaufen. Nichtsdestotrotz müssen wir uns darauf vorbereiten, insbesondere im Interesse der behinderten Menschen und der chronisch Kranken.

Die entscheidende Frage, die zu den Ausführungen von Herrn Koplín zu nennen ist, ist doch, wir müssen Betreuer darauf vorbereiten. Die Landkreise, Städte- und Gemeindetage, Behinderte, Kassen, Reha, alle müssen in ein Boot, um die Debatte zu führen. Auch viele Einrichtungen haben in dieser Frage noch erheblichen Beratungsbedarf, um die Dinge vorzubereiten.

Was mich heute ein bisschen überrascht, Frau Ministerin, ist, dass Sie nicht zur Gesundheitsministerkonferenz gefahren sind, sondern dass Sie hier sind. Eigentlich hätte ich gedacht, dass Sie die Interessen des Landes Mecklenburg-Vorpommern gestern und heute in Dessau vertreten, da Sie ja in besonderer Weise immer angekündigt haben, dass Sie sehr aktiv sind und sich immer wieder für dieses Land einbringen wollen.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Das macht sie auch.)

Aber dieses Mal scheint das Thema für Sie nicht so spannend zu sein.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Da ist der Staatssekretär gefahren, weil es notwendig ist, dass die Ministerin zu ihren Themen im Landtag anwesend ist. Sonst hätten Sie sie zitiert.)

Ja.

Meine Damen und Herren, zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse muss auch in unserem Land für Behinderte eine Verantwortung wahrgenommen werden und die Vorbereitungen müssen intensiviert werden. Das ist auch der Antrag, den Sie hier gestellt haben. Allerdings ist dieser Antrag wenig wert, da die Wahlperiode ausläuft und unsere Nachfolger das alles erneut aufrollen müssen. Deswegen ist es ganz gut, dass Sie zu Ihrer eigenen Beruhigung solche Anträge stellen und die Ministerin und alle anderen zum Handeln aufrufen wollen, denn am Ende geht es ja um die Rahmenbedingungen, die durch das Land festzulegen sind. Und da muss man natürlich noch einige Hausaufgaben leisten. Wir stehen dieser Geschichte nicht ablehnend gegenüber. Ich hoffe, dass wir in einer relativ schnellen Debatte zu einem guten Ergebnis kommen, und zwar noch vor dem Jahre 2008. Andererseits wissen wir aber auch, dass viele Ängste und

Unsicherheiten im Land bei den Behinderten vorhanden sind. – Vielen Dank.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Karin Strenz, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt die Sozialministerin Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es ist tatsächlich mit der Einführung des IX. Buches Sozialgesetzbuch im Jahr 2001 in Deutschland die rechtliche Grundlage dafür geschaffen worden, dass Menschen mit Behinderungen anstelle von Sachleistungen ein persönliches Budget in Anspruch nehmen können und damit ein bedeutsamer Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik erfolgt. Menschen mit Behinderungen erhalten auf diese Weise zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten und vor allem Steuerungschancen in Bezug auf ihre Lebensgestaltung. Die Leistungserbringer können wirtschaftlicher und effektiver arbeiten. Ihre Leistung wird aus einer Hand erbracht. Budgetnehmern bleibt, Herr Koplín hat es geschildert, der nicht unerhebliche Aufwand erspart, jeden der verschiedenen Leistungsträger einzeln in Anspruch nehmen zu müssen.

Schon heute informieren Servicestellen im Rahmen ihrer Aufgaben über die Leistungsvoraussetzungen. Leistungen der Rehabilitationsträger klären den persönlichen Bedarf ab und helfen so bei der Inanspruchnahme des persönlichen Budgets. Ob tatsächlich ein persönliches Budget gewährt wird, entscheiden die Leistungsträger derzeit nach Ermessen im Einzelfall. Erst ab 2008 besteht ein Rechtsanspruch, Leistungen verschiedener Träger auch in der Leistungsform des persönlichen Budgets zu erhalten. Und da es gegenwärtig in Deutschland noch keine flächendeckenden Erfahrungen mit der Ausgestaltung persönlicher Budgets gibt, besteht also im Zeitraum vom 1. Juli 2004 bis zum 31. Dezember 2007 die sogenannte Modellerprobungsphase zum trägerübergreifenden persönlichen Budget.

Es wurde schon gesagt, dass Mecklenburg-Vorpommern in dieses Modellprojekt nicht eingebunden ist, aber es ist selbstverständlich, dass hier im Land Leistungsträger erste Erfahrungen sammeln. Wir haben gute Erfahrungen in der Hansestadt Rostock. Dort wird in der Selbstverwaltung mit dem persönlichen Budget bereits gearbeitet. Die Landesregierung wird die entsprechenden Ergebnisse auswerten. Sie wissen, sie werden ja wissenschaftlich begleitet, so, wie es sich auch gehört, um entsprechende Erfahrungen verallgemeinert im Lande umzusetzen. Der Antrag legt hier für dieses Handeln die Grundlage. Ich plädiere für die Annahme. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS,
Rudolf Borchert, SPD, und Detlef Müller, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Frau Ministerin, ich muss Sie korrigieren, denn der Antrag legt hier keine Grundlage. Die Grundlage für das, was kommt, steht im Gesetz.

(Ministerin Dr. Marianne Linke: Ja, okay, gut.)

Und ich sage an dieser Stelle ganz ehrlich, als uns der Antrag vorgelegt wurde, haben wir uns schon ein bisschen gefragt,

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:

Nun hau uns nicht in die Pfanne, du! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

was damit beabsichtigt wird.

(Torsten Renz, CDU: Nicht, dass Sie am Ende den Antrag ablehnen wollen, Herr Heydorn?)

Die gesetzliche Grundlage ist geschaffen worden und zum 01.01.2008 ist das persönliche Budget umzusetzen, das besagt Paragraph 17 Absatz 2 SGB XI. Wir haben uns mit dem Antrag etwas näher beschäftigt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass man dem zustimmen sollte.

An dieser Stelle möchte ich einfach noch einmal darauf eingehen, welche fortschrittliche Sozialpolitik mit dem SGB IX durch Rot-Grün auf der Bundesebene umgesetzt worden ist. Also hier ist nur ein Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik vorgenommen worden, der, denke ich, in der Öffentlichkeit noch gar nicht so richtig wahrgenommen worden ist.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der ist noch gar nicht so richtig wahrgenommen worden und der hat im Grunde für die betroffenen Menschen in erheblichem Umfang mit Verbesserungen zu tun.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Ich denke, man kann das an dieser Stelle tun, man muss das würdigen, man muss darauf aufmerksam machen.

Ab dem 01.01.2008 kommen auch in Mecklenburg-Vorpommern Veränderungen in der Behindertenhilfe auf uns zu, die, denke ich, das System ziemlich umkrepeln werden. Und Herr Koplín hat gerade schon darauf hingewiesen, dass der Sozialausschuss eine Fahrt nach Rheinland-Pfalz gemacht hat, um in Rheinland-Pfalz auch mal über das Thema „Persönliches Budget“ zu reden. In Rheinland-Pfalz ist bekanntermaßen die SPD in Regierungsverantwortung. Die Sozialministerin heißt Malu Dreyer und die macht das ganz hervorragend. „Persönliches Budget“ läuft modellhaft in Rheinland-Pfalz seit 1998. Seit Mitte 2004 ist das persönliche Budget in Rheinland-Pfalz flächendeckend eingeführt worden. Anfang 2004 nahmen in Rheinland-Pfalz 771 Bezieher am persönlichen Budget teil. Davon waren 52,5 Prozent psychisch, 27,6 Prozent geistig und 17,9 Prozent körperlich behindert. Rheinland-Pfalz hat die flächendeckende Umsetzung bereits heute.

Es ist hier von dem Kollegen Koplín schon sehr gut dargelegt worden, wofür es eigentlich geht bei dem persönlichen Budget. Das persönliche Budget verfolgt mehrere Ziele. Es geht auf der einen Seite darum, die Autonomie und Selbstbestimmung der Betroffenen zu verbessern. Der von Ihnen erwähnte Matthias Vernaldi, den habe ich mal persönlich in einem Vortrag erlebt, sagte, dass er selbst entscheiden möchte, wen er an seinen Körper heranlässt, dass es für ihn eine Vertrauensgeschichte ist und er beispielsweise auch selbst darüber entscheiden möchte, ob er morgens um halb vier sich auf den Weg macht irgendwo ins Grüne, um großen Brachvögeln zuzuhören. Ich denke, die Dinge werden dadurch

zum Ausdruck gebracht. Der nimmt heute schon an einem derartigen Modellprojekt teil. Das sind immer so Dinge, die hier auf breiter Basis kommen werden.

Aber Autonomie und Selbstbestimmung sind nur ein Bereich. Es geht bei der Einführung des persönlichen Budgets auch um eine höhere Effizienz in der Leistungserbringung, dass man den Menschen die Verantwortung für das Geld gibt, die dann ihren Hilfebedarf selbst bestimmen und selbst realisieren können, selbst aushandeln können mit Leistungsanbietern. Deswegen sind nicht alle Leistungsanbieter begeistert bei dem Thema „Persönliches Budget“. Und man verbindet damit auch die Hoffnung von Kosteneinsparungen.

(Harry Glawe, CDU: Wettbewerb! Wettbewerb!)

Das sind die Dinge, die der Gesetzgeber damit im Auge gehabt hat. Insgesamt, sage ich mal, dient der Antrag dazu, auf das Thema aufmerksam zu machen.

(Harry Glawe, CDU: Mehr auch nicht. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Er geht also immer in die richtige Richtung und ich bitte darum, dass wir ihm heute hier unsere Zustimmung erteilen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
Linkspartei.PDS – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplín von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will gestehen, Herr Heydorn, dass ich Sie recht gut leiden kann,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

weil Sie ein sehr aufrichtiger Mensch sind, kein Hecken-schütze und Sie ja vorher schon gesagt haben, mensch, es kommt mir hier vor wie so ein Schaufensterantrag, aber auch deutlich gemacht haben, welche Erkenntnis Sie gewonnen haben in der Befassung mit dem Thema.

(Harry Glawe, CDU: Gibt es hier nicht! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Nein, nein, das ist kein Schaufensterantrag, weil es neben den vielen Chancen, die hier betont wurden von allen Rednern,

(Torsten Renz, CDU: Wie die
Darstellungen von Herrn Heydorn.)

selbstverständlich auch Risiken gibt, wie überall im Leben und auch Unwägbarkeiten. Zum Beispiel Unwägbarkeiten für die Betroffenen: Wie gelange ich überhaupt an solch ein persönliches Budget? An wen muss ich mich wenden und was ist zu berücksichtigen? Für die Sozialleistungsträger stehen die Fragen: Wie ist das Budget zu bemessen? Welches Verfahren gibt es überhaupt dafür? Und für die Leistungserbringer: Wie kommt man zu einer Zielvereinbarung mit anderen Leistungserbringern und was ist rechtlich zu berücksichtigen? Letztendlich geht es auch darum, die Betroffenen zu schützen, denn ein persönliches Budget, wenn es eingeführt wird, kann durchaus zu finanziellen Nachteilen führen.

Also ich habe mir das mal angeguckt. Wir waren in Rheinland-Pfalz, es war sehr aufschlussreich. Und dann

gibt es, wie gesagt, ja auch in anderen Ländern oder Stadtstaaten bereits erste Erfahrungen. Die Hansestadt Hamburg hat einem Mann und einer Frau mit zwei schulpflichtigen Kindern, die beide behindert sind und bislang Sachleistungen in Höhe von 2.000 Euro bekommen haben, gesagt, ihr kriegt jetzt ein persönliches Budget, das könnt ihr haben, ihr habt das beantragt, aber wir kürzen mal um 580 Euro. Oder in Hildesheim ist einem Mann, der vorher Sachleistungen bekommen hat, ein um 450 Euro niedrigeres Budget angeboten worden.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Dahinter steht ja auch die Gefahr, dass angesichts der klammen Kassen, die es gibt, dann beigegangen und gesagt wird: Also ihr kriegt zwar das Geld jetzt in bar und könnt darüber verfügen, aber das Niveau ist nicht mehr das gleiche, es wird abgesenkt.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Koplín, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Bartels?

Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Ja, selbstverständlich.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Herr Dr. Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos: Danke, Herr Präsident.

Herr Kollege Koplín, es ist heute zum einen darauf hingewiesen worden, dass wir leider keine Modellregion in Mecklenburg-Vorpommern haben, und zum anderen haben Sie darauf hingewiesen, wie kompliziert die ganze Geschichte ist. Würden Sie es unter diesem Gesichtspunkt für wünschenswert halten, dass gezielt Modellprojekte im Land, dort, wo schon erste Erfahrungen vorliegen, wo die Kapazität da ist, gefördert werden und mit den Trägern gemeinsam dieser schwierige Bereich vorbereitet werden sollte?

(Unruhe bei Dr. Ulrich Born, CDU, und
Harry Glawe, CDU – Torsten Renz, CDU:
Ihm ist unwohl bei seinem eigenen Antrag.)

Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Ich möchte gern auf die Frage eingehen, lieber Gerhard, denn Sinn dieses Antrages ist es auch, zum einen zu sensibilisieren, aber auch selber weiterzukommen auf diesem Weg.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich beziehe mich da auf die Sozialministerin, die vorhin die Aktivitäten in der Stadt und der Region Rostock angesprochen hat. Hier macht sich, so meine Einschätzung, Herr Grabow, ein liberaler Politiker, Kommunalpolitiker im Übrigen, auf behindertenpolitischem Gebiet sehr verdient. Frau Ministerin hat ja darauf hingewiesen, dass diese Erfahrungen ausgewertet und begleitet werden sollen, und insofern unterstütze ich das sehr.

Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos: Danke schön.

Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Ich bin da auch im Grunde genommen, sehr geehrte Damen und Herren, am Ende dessen, was ich hierzu noch sagen wollte. Chancen und Risiken sind angesprochen. Die Chancen überwiegen. Lassen Sie uns weitergehen auf diesem Weg im Interesse der Betroffenen, der Hilfebedürftigen! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Harry Glawe, CDU: Kommen Sie doch mal zur Diakonie, Herr Koplin!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Koplin.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD auf Drucksache 4/2314. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD auf Drucksache 4/2314 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS, des fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 40:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Beabsichtigte Nachmeldung von Vogelschutzgebieten gemäß der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Europäische Vogelschutzrichtlinie), auf der Drucksache 4/2306.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Beabsichtigte Nachmeldung von Vogelschutzgebieten gemäß der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Europäische Vogelschutzrichtlinie) – Drucksache 4/2306 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Holznagel. Bitte schön, Frau Vizepräsidentin.

Renate Holznagel, CDU: Danke schön.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Unter der CDU-geführten Landesregierung wurden im Jahre 1992 von der Umweltministerin Frau Dr. Uhlmann 15 Vogelschutzgebiete mit einer Landesfläche von immerhin 1,5 Prozent an die Bundesregierung zur Weitermeldung an die Europäische Kommission gemeldet. Schon damals ist Mecklenburg-Vorpommern seiner Verantwortung gegenüber dem Naturschutz nachgekommen.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Eben nicht!)

Gleichzeitig aber wurden die Interessen der vor Ort lebenden Menschen und der Wirtschaft berücksichtigt, um so die Akzeptanz für den Naturschutz zu erhalten.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diesen Grundsatz vermisste ich bei dieser Landesregierung. Denn nur so ist es zu verstehen, dass der Umweltminister am 11. April 2006 über das Verfahren zur beabsichtigten Neufestlegung von Vogelschutzgebieten in Mecklenburg-Vorpommern die Presse informierte. Eine Information des Landtages beziehungsweise von der Nachmeldung Betroffener erfolgte bis heute nicht. Mit dem vorliegenden Antrag meiner Fraktion fordern wir genau diese Information ein, hier heute im Hohen Hause. Nun kann es sein, dass die Landesregierung bisher nicht wusste, wie viel und aus welchen Gründen Vogelschutzgebiete nachgemeldet werden müssen. Oder wollten Sie uns etwa hinters Licht führen?

(Reinhard Dankert, SPD: Aber, Frau Holznagel! – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Na! – Regine Lück, Die Linkspartei.PDS: Oh, oh!)

Nur so ist es zu verstehen, warum die Landesregierung jetzt auf das Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission wegen unzureichender Meldung von europäischen Vogelschutzgebieten eingeht.

(Heiterkeit bei Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Böse Landesregierung!)

Denn schon gleich nach Einleitung des Vertragsverletzungsverfahrens war klar, welche Forderungen an Mecklenburg-Vorpommern gestellt wurden. So soll unser Land für über 16 Vogelarten eine besondere Verantwortung übernehmen und deren Lebensräume unter Schutz stellen. Wie notwendig der von meiner Fraktion vorgelegte Antrag ist, verdeutlicht allein die Tatsache, dass die Angaben über bestehende Vogelschutzgebiete zwischen Statistischem Landesamt und Umweltministerium stark differieren. So haben wir es herausgelesen. Wenn der Umweltminister den Anteil der Vogelschutzgebiete an der Landesfläche noch mit 14,5 Prozent benennt, weist das Statistische Landesamt bereits 19,3 Prozent der Landesfläche als Vogelschutzgebiete aus.

(Jörg Heydorn, SPD: Gott sei Dank! – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Hey! – Zuruf von Hans-Heinrich Jarchow, SPD)

Hier kommen noch neue Meldungen. Wer nun Recht hat, das soll sich vielleicht der Bürger aussuchen? Offensichtlich versuchte die Landesregierung, hier doch die Öffentlichkeit zu täuschen.

(Volker Schlotmann, SPD: Na, na, na, na! – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Diese Salamitaktik darf nicht aufgehen. Wir möchten und hoffen, dass wir heute eine klare Aussage bekommen, mit der wir dann alle genau wissen, wie viel Prozent es sind.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon im Rahmen der Meldung von FFH-Gebieten wurde seitens der Landesregierung darauf verwiesen, dass mit der Ausweisung von Natura-2000-Gebieten zusätzliche Fördermittel aus den europäischen Strukturfonds zur Umsetzung der Monitoringprogramme und der Erarbeitung der Managementpläne zur Verfügung stehen würden. Bis heute konnten wir keinen Eingang von zusätzlichen Fördermitteln der Europäischen Union verzeichnen. Vielmehr fordert die Landesregierung eine Umschichtung von Haushaltsmitteln innerhalb der europäischen Strukturfonds zulasten der aktiven Landwirte. Diese Herangehensweise, meine Damen und Herren, ist der falsche Weg. Er zerstört das Vertrauen und die Akzeptanz in verantwortungsvolle Naturschutzpolitik.

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Wo sie recht hat, hat sie recht.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vom Parlament und der Landesregierung wurden Planungs- und Investitionssicherheit, Bestandsschutz für bisherige Nutzungsformen und zusätzliche Finanzmittel zugesichert. Die nunmehr beabsichtigte Meldung von weiteren Vogelschutzgebieten stellt diese Planungs- und Investitionssicherheit in weiten Räumen unseres Landes und damit die Glaubwürdigkeit der Landesregierung infrage.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 10. Januar 2006 wird nunmehr auch der Bestandsschutz für bisherige Nutzungsformen infrage gestellt. Nach diesem Urteil müssen die Mitgliedsstaaten dafür Sorge tragen, dass es zu keiner unbeabsichtigten Störung in Natura-2000-Gebieten kommt. An einen Bestandsschutz, wie ihn die Landesregierung zugesagt hat, ist im Lichte dieses Urteils wohl nicht mehr zu denken.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Wohl wahr! – Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bereits bei der Ausweisung von FFH-Gebieten wurde deutlich, dass die seitens der Landesregierung vorgeschlagene Gebietskulisse große Mängel hinsichtlich des Vorkommens von Arten und Lebensraumtypen aufwies.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Genau. – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, waren das schon zu viel. – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das stimmt nicht.)

So entsprachen einige Gebietsmeldungen aufgrund einzelner Funde oder Sichtungen von Arten den wissenschaftlichen Anforderungen, um als Beleg für das Vorkommen dieser Art zu gelten, nicht. Um diese Fehler bei der beabsichtigten Nachmeldung von Vogelschutzgebieten zu vermeiden, müssen frühzeitig eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit und die Berücksichtigung der abgegebenen Stellungnahmen gewährleistet werden.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Richtig.)

Und das ist unser Anliegen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf Initiative der CDU-geführten Länder hat die 66. Umweltministerkonferenz einen Beschluss zur Novellierung der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie gefasst.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Eben nicht!)

In dem Beschluss geht es darum, dass die europäischen Richtlinien mit Augenmaß umgesetzt werden. Zwischen wirtschaftlichen und umweltpolitischen Interessen soll es zu einem Ausgleich kommen. Gleichzeitig soll eine pragmatische Handhabung der Richtlinien gewährleistet werden. Die FFH- und Vogelschutzrichtlinien sollen in einer einheitlichen Richtlinie zusammengeführt beziehungsweise harmonisiert und überarbeitet werden. Alle diese Maßnahmen sind besonders im Interesse der ökonomischen und sozialen Entwicklung unseres Landes von erheblicher Bedeutung. Ich begrüße es sehr. Es ist nicht verständlich, warum Mecklenburg-Vorpommern als einziges Bundesland diesen Antrag oder dieses Anliegen nicht unterstützt.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Vielleicht hören wir auch dazu eine Erklärung.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja, ja.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir fordern Informationen über die beabsichtigte Nachmeldung und die Beteiligung der Betroffenen am Verfahren. Gleichzeitig fordern wir die Landesregierung auf, im Interesse des Landes, und hier sage ich, der besonderen Probleme des Landes und auch vielleicht der Schönheit unseres Landes, denn wir haben eine besonders gute Naturlandschaft, tätig zu werden. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Holznagel.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Umweltminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Professor Dr. Methling. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Frau Holznagel, nach Ihren Ausführungen müsste ich ja eigentlich ausreichend polemisch reagieren, aber ich will erst mal Bericht erstatten, wie Sie das gewünscht haben.

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Ruhig bleiben! Ruhig bleiben!)

Vielleicht können wir dann die Polemik fortsetzen. Es beginnt ja damit, dass Sie Ihre Meldung aus dem Jahr 1992 als ausreichend gekennzeichnet haben. Das ist ja der blanke Unsinn, wirklich, das ist ja völlig unsinnig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Nach 14 Jahren Auseinandersetzung mit diesem Thema wissen Sie ganz genau, wie die Lage ist. Und heute noch einzuschätzen, das war eine ausreichende Meldung, das ist so was von daneben, dass es eigentlich Ihrem Sachverstand völlig widerspricht.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

Ich kann das gar nicht nachvollziehen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im September 2004 wurde der Landtag ebenfalls aufgrund eines CDU-Antrages erstmals ausführlich über die Notwendigkeit einer Nachmeldung von Vogelschutzgebieten informiert und das Thema war seitdem Gegenstand mehrerer Kleiner Anfragen, sodass Ihnen die Nachmeldeabsichten nicht erst jetzt und auch nicht erst aus der Presse bekannt wurden. Mecklenburg-Vorpommern hat im Jahr 1992 diese 15 Vogelschutzgebiete gemeldet, von denen auch Frau Holznagel gesprochen hat. Im Jahr 2005 wurden die Schweriner Seen nach einer umfangreichen Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen von drei Landschaftsschutzgebietsrechtssetzungsverfahren zum europäischen Vogelschutzgebiet erklärt und die Europäische Kommission entsprechend informiert. Insofern haben wir jetzt öffentlich 16 Vogelschutzgebiete. Ihnen ist bekannt, dass dieses Verfahren eine wesentliche Voraussetzung für den Weiterbau der Bundesautobahn 241 darstellte.

Ich wiederhole mich, wenn ich Ihnen sage, dass auf der Grundlage der sogenannten gutachtlichen IBA-Listen von dem Jahr 2000 und 2002, das ist also eine Liste von bedeutenden Vogelaufenthaltsgebieten, die Europäische Kommission gegen den Mitgliedsstaat Deutschland im Jahr 2001 aufgrund unzureichender Meldung von europäischen Vogelschutzgebieten ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstoßes gegen Artikel 4 dieser Richtlinie eingeleitet hat, verbunden mit der Aufforde-

zung, europäische Vogelschutzgebiete nachzumelden. Eine Präzisierung für die deutschen Länder erfolgte mit dem sogenannten ergänzenden Anforderungsschreiben vom 3. April 2003.

Für Mecklenburg-Vorpommern wurde die Repräsentanz einiger Arten – Frau Holznagel hat die Zahl bereits genannt, dass es um 16 Arten ging, wo Ergänzungen gefordert wurden –, unter anderem für den Schreiadler, für den Fischadler oder den Ortolan, sowie das Fehlen konkreter großräumiger Landschaftsbereiche mit besonderer Bedeutung für Brut- und Rastvögel als defizitär betrachtet. Zu diesen großen Landschaftsräumen gehören unter anderem die Pommersche Bucht, die Nordvorpommersche Waldlandschaft oder auch der Jasmunder Bodden. Mit ihrer mit Gründen versehenen Stellungnahme vom 4. April 2006, dem letzten Schritt im Vertragsverletzungsverfahren vor der Weitergabe an den Europäischen Gerichtshof, führt die Kommission zu Mecklenburg-Vorpommern aus: „Da noch keine Nachmeldungen vorgenommen wurden, ist die Meldesituation zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach wie vor als unzureichend zu bewerten. Die im ergänzenden Anforderungsschreiben geäußerte Kritik wird vollständig aufrechterhalten.“ Ich komme auf diese Passagen später zurück.

Die Kommission verwendet als Referenzlisten die flächenmäßig sehr umfangreichen gutachtlichen IBA-Listen 2000 und 2002. Nach diesen Listen sind mehr als die Hälfte der Landesfläche in Mecklenburg-Vorpommern geeignete Vogelschutzgebiete. Wir müssen auf diese IBA-Listen zurückgreifen, soweit die Länder kein eigenes wissenschaftliches Konzept zur Umsetzung der Vogelschutzrichtlinie vorlegen.

Wie Ihnen bekannt ist, hat das Umweltministerium ein solches Konzept für eine neue Kulisse von europäischen Vogelschutzgebieten in Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet. Während die IBA-Listen grundsätzlich für den Vogelschutz geeignete Gebiete darstellen, war es das Anliegen des Umweltministeriums, die im Sinne der Vogelschutzrichtlinie zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Gebiete zu identifizieren – also nicht nur die geeigneten, sondern die geeignetsten – und somit den Umfang der europäischen Vogelschutzgebiete in unserem Land auf das fachlich unverzichtbare Maß zu begrenzen. Zum wiederholten Male verweise ich darauf, dass erst eine ausreichende Meldung von Vogelschutzgebieten die Überwindung des Verbots erheblicher Beeinträchtigungen ermöglicht, die der Artikel 4 Absatz 4 der Vogelschutzrichtlinie für faktische Vogelschutzgebiete formuliert. Dann wird die Anwendung des weniger restriktiven Regimes der FFH-Richtlinie, insbesondere die Anwendung des Artikels 6 Absatz 2 bis 4 der FFH-Richtlinie, möglich. Hierzu ist es allerdings erforderlich, dass die von der Landesregierung beschlossene Gebietskulisse in möglichst kurzer Zeit den nach der Rechtsprechung erforderlichen rechtsverbindlichen Schutz erhält.

Um dies zu gewährleisten, meine Damen und Herren, haben wir die Ressortanhörung für ein Gesetzgebungsvorhaben nach dem Vorbild der Bundesländer zum Beispiel Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen eingeleitet, das das Landesnaturschutzgesetz mit diesem Ziel novellieren soll. Das sind unter den gegebenen europarechtlichen Bedingungen die bestmöglichen Voraussetzungen für eine rechtlich sichere Planung und Umsetzung insbesondere größerer Investitions- und Infrastrukturvorhaben. In Bezug auf die angesprochene Planungs- und Investitionssicherheit verweise ich an dieser Stelle nochmals auf den Ihnen gut bekannten Erlass von Wirt-

schafts-, Landwirtschafts-, Arbeits- und Umweltministerium „Hinweise zur Anwendung der §§ 18 und 28 des Landesnaturschutzgesetzes und der §§ 32 bis 38 des Bundesnaturschutzgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern“ oder, kurz gesagt, Hinweise zur Durchführung der FFH-Verträglichkeitsprüfung. In diesem Erlass sind die wichtigsten Fragen geregelt und sicherlich auch für die Damen und Herren der Opposition die Rechtsfolgen und Verfahrensfragen bei der Umsetzung der europäischen Naturschutzgesetzgebung in den Natura-2000-Gebieten erkennbar geregelt.

Ebenso ist Ihnen bekannt, dass die Kommission ihre Zusagen für die Ausreichung von Fördermitteln an die ausreichende Umsetzung europäischer Naturschutzrichtlinien geknüpft hat, sodass im übertragenen Sinne vor dem Essen und erst recht vor dem Nachschlag die Hausaufgaben erledigt werden müssen, sonst gibt es weder Essen noch Nachschlag. Und ich will an dieser Stelle sehr deutlich sagen, liebe Frau Holznagel, ich habe nie gesagt, dass es dafür zusätzliche Mittel gibt. Ich habe immer ausgeführt, dass die Ausreichung von europäischen Fördermitteln in bestimmten Bereichen auch an diese Voraussetzung gebunden ist. Das bitte ich doch der Fairness halber zu berücksichtigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS und
Hans-Heinrich Jarchow, SPD)

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Europäische Union zusätzliche Mittel dafür zur Verfügung stellt in einem gesonderten Programm. Dazu ist es nicht gekommen. Übrigens gilt das nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch die anderen Bundesländer haben dieses Bemühen gehabt. Die Auswahl der Gebiete des Fachvorschlages für Vogelschutzgebiete – auf Englisch: Special Protection Area oder abgekürzt SPA – erfolgte auf der Grundlage des von mir bereits erwähnten wissenschaftlichen Konzeptes. Das Fachkonzept wurde im Vorfeld mehrfach Vertretern der Europäischen Kommission vorgestellt und mit ihnen diskutiert. Während in der Diskussion mit anderen Ländern die Kommission keine Position bezogen hat, ob das Konzept in Ordnung ist, ja oder nein, äußerte sie sich zum SPA-Konzept für Mecklenburg-Vorpommern in der mit Gründen versehenen Stellungnahme vom April 2006 wie folgt: „Das Konzept wurde ausschließlich auf der Basis von naturwissenschaftlichen Kriterien erstellt und zeichnet sich durch eine sehr gründliche Ausführung aus. Sollte die Umsetzung des Konzeptes wie vorgetragen erfolgen, wird voraussichtlich eine zufriedenstellende Meldekulisse erreicht werden.“ Das müssen wir erreichen mit der Meldung, die wir dann nach Brüssel zu schicken haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Meine Mitarbeiter und ich persönlich haben zwischenzeitlich die wichtigsten Umweltverbände, Wirtschaftsverbände und Kammern, den Landesbauernverband, die kommunalen Spitzenverbände und auch die Medien über das Konzept und die sich daraus ergebende Gebietskulisse informiert. Ich bin auch gern bereit, die Oppositionsfraktion gründlicher in allen Details zu informieren, aber üblicherweise holen Sie ja diese Erkundigungen auch in unserer Fachabteilung ein. Im Übrigen stehen alle Informationen in den unteren Naturschutzbehörden der Landkreise auch zur Verfügung.

Über den auf der Basis des Fachkonzeptes erarbeite-

ten Fachvorschlag des Umweltministeriums für eine neue landesweite Kulisse von europäischen Vogelschutzgebieten erfolgt gegenwärtig bis Ende August 2006 die Ressortabstimmung. Es ist eine umfangreiche zweimonatige Beteiligung der Öffentlichkeit Ende 2006/Anfang 2007 vorgesehen. Da sich bekanntermaßen die Auswahl europäischer Vogelschutzgebiete entsprechend Artikel 4 der Vogelschutzrichtlinie der Berücksichtigung außerökologischer Belange entzieht, wie die Juristen sagen, werden Stellungnahmen zur Gebietskulisse wie bei der Nachmeldung von FFH-Gebieten berücksichtigt, wenn sie eine naturschutzfachliche Begründung beziehungsweise Argumentation beinhalten.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, will ich wunschgemäß einige statistische Angaben mitteilen. Der Fachvorschlag des Umweltministeriums für die neue SPA-Kulisse des Landes umfasst insgesamt circa 32 Prozent der Landesfläche. Es waren bislang nach unserer Wertung 14,5 Prozent. Die Differenz mit dem Statistischen Landesamt ist mir übrigens auch schon bei anderen Gelegenheiten aufgefallen. Ich denke, das Statistische Landesamt müsste sich auf unsere Angaben beziehen und nicht umgekehrt. Aber wir haben das zu klären,

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

damit es dort Übereinstimmung gibt, da gebe ich Ihnen Recht, liebe Frau Holznagel. Es sind 26 Prozent der Landfläche. Ich betone noch mal den Unterschied zwischen Landesfläche und Landfläche. 26 Prozent der Landfläche, das waren bislang 12,6 Prozent und es sind 48 Prozent der äußeren Küstengewässer, bislang waren das 19,8 Prozent. Im Vergleich dazu will ich Ihnen noch mal ins Bewusstsein bringen, dass die IBA-Kulisse 52,6 Prozent des Landes umfasst und damit sehr deutlich und weit über der auf der Basis unseres wissenschaftlichen Fachkonzeptes erarbeiteten SPA-Vorschlagskulisse liegt.

Zu der Problematik, das darf ich abschließend sagen, was die Beschlussfassung in der Umweltministerkonferenz betrifft: Es gibt eben keinen UMK-Beschluss, wie Sie gesagt haben, Frau Holznagel, weil das Land Mecklenburg-Vorpommern unter anderem dort nicht zugestimmt hat. Und ich habe deshalb nicht zugestimmt, weil ich die Gefahr sehe – weil ich weiß, was in Brüssel diskutiert wird –, dass bei der Gelegenheit der Überarbeitung dieser beiden Richtlinien oder einer Zusammenführung die Kandarren noch mehr angezogen werden. Deswegen bin ich sehr vorsichtig dabei. Ich sehe Änderungsbedarf, darüber habe ich hier auch gesprochen. Aber ich sehe auch die Gefahr, dass das, was dabei herauskommt, uns noch mehr Bandagen anlegt. Deswegen habe ich dagegen gesprochen.

Übrigens, das Bundesumweltministerium sieht es genauso wie ich. Wir haben ein Gespräch in Brüssel gehabt mit dem EU-Kommissar. Der hat sich dort auch ziemlich abschlägig verhalten, was die Wünsche der Mehrheit der deutschen Bundesländer betrifft. Aber wir wollen mal sehen, wie es weitergeht. Es wird eine Evaluierung der Richtlinien geben, das ist uns zugesagt worden. Und ich werde mich auch, wenn es dazu kommt, dafür einsetzen, dass es Veränderungen gibt, die im Interesse unseres Landes liegen. Aber so weit ist es lange nicht. Das ist nach 2010 angesagt und bis dahin müssen wir alles gemeldet haben. Das ist dann bei uns sowieso erledigt und faktisch so nicht wirksam. Insofern würde ich darauf nicht so sehr viel Hoffnungen setzen. Es war,

wenn Sie so wollen, auch ein bisschen ein politischer Schaufensterantrag, der dort vorgelegt wurde, dem ich nicht zugestimmt habe. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Jarchow. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zunächst, Herr Minister, ganz herzlichen Dank für diesen sehr ausführlichen Bericht, den Sie uns eben gegeben haben.

Meine Damen und Herren, der Antrag der CDU erhebt die Forderung an die Landesregierung, die zusätzliche Ausweisung von Vogelschutzgebieten zu rechtfertigen, den Landtag umfassend zu informieren und eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit zu gewährleisten. Darüber hinaus gibt der Begründungstext Grund zur Annahme, dass bei Stattgabe des Antrages im weiteren Verfahren der Landtag zu einer Beschlussfassung hierüber kommen soll.

Zunächst einmal ist festzustellen, dass sich der Antrag ausschließlich mit Verfahrensfragen beschäftigt, nicht mit Inhalten. Nun gut, reden wir also über Verfahrensfragen. Wie die CDU mit dem Antrag suggerieren will, ist einerseits das Verfahren als solches anzuzweifeln und andererseits soll in diesem so zweifelhaften Verfahren in aller Heimlichkeit ohne die Anhörung der Betroffenen und Information der Öffentlichkeit entschieden werden. Und das, meine Damen und Herren, ist grob gesagt Unfug und das wissen Sie auch. Aber ich will diese Selbstverständlichkeit für die Damen und Herren auf den Bänken der Opposition gern noch einmal deutlich sagen.

Erstens. Das Verfahren zur Nachmeldung ist zwingend erforderlich und auch das wissen Sie.

Zweitens. Die Betroffenen, die Öffentlichkeit und, man höre und staune, auch der Landtag werden über das Verfahren informiert und sogar mit einbezogen. Und das sollten Sie auch wissen, das hat der Minister ja eben auch getan.

Die Nachmeldungen wurden von der Europäischen Union eingefordert. Für Mecklenburg-Vorpommern wurden ganz konkrete Sachverhalte bemängelt. Diese zu beheben ist das Ziel der Landesregierung. Dabei wird das Verfahren verbunden mit der Nachmeldung der maritimen Gebiete, die von gemeinschaftlicher Bedeutung sind. Mit der Nachmeldung wird Planungs- und Rechtssicherheit für diese Gebiete endgültig hergestellt. Das Ganze findet natürlich unter Beteiligung der Öffentlichkeit statt. Da wir hier über das Verfahren reden, bin ich überzeugt, dass nach der Abstimmung innerhalb der Regierung dieser Entwurf zur öffentlichen Diskussion gestellt wird, verfahrensmäßig korrekt, zum richtigen Zeitpunkt und in angemessener Form und Ausführlichkeit.

Und, meine Damen und Herren, was die CDU hier aufbaut, ist ein Schreckgespenst,

(Martin Brick, CDU: Das ist die Wahrheit. –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

das sich bei näherem Hinsehen als wenig mehr als ein altes Laken erweist.

(Zurufe von Lorenz Caffier, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Zu guter Letzt sei noch Folgendes erwähnt: Die Ausweisung der Vogelschutzgebiete ist eindeutig Regierungshandeln. Deshalb sollte zunächst auch den Ressorts die Möglichkeit gegeben werden, sich auf eine Position zu verständigen, die dann als Regierungsvorschlag in die öffentliche Debatte Eingang finden kann. Und, meine Damen und Herren, ich erinnere noch mal an das Horrorszenario, was Sie bei den FFH-Gebieten hier an die Wand gemalt haben vor zwei, drei, vier Jahren. Mir ist bis heute nicht bekannt, dass auch nur irgendein Unternehmen wegen eines FFH-Gebietes hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht investieren konnte.

(Lorenz Caffier, CDU: Das kommt davon, wenn man nicht an der Basis ist.)

Ich bin sehr wohl an der Basis, Herr Kollege. Aber ich denke, mit diesem ausführlichen Bericht,

(Egbert Liskow, CDU: Das ist zu spät!)

den der Minister soeben gegeben hat, können wir diesen Antrag dann für erledigt erklären. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Jarchow.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Schwebs. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen, auch ich bin der Auffassung, die CDU könnte ihren Antrag für erledigt erklären oder ihn zurückziehen, denn der Umweltminister hat alle eingeforderten Informationen dargestellt.

(Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Er hat auch dargestellt, dass er Verwaltungshandeln, so, wie es sich gehört, umsetzt, dass er die Öffentlichkeitsbeteiligung angeschoben hat und auch an der Resortanhörung arbeitet. Gleichwohl, meine Damen und Herren von der CDU, kann ich natürlich Ihr Anliegen verstehen. Die Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Aber es ist Wahlkampf.)

und da kann man mit diesem Thema so kurz vor den Wahlen ja noch einmal so richtig Stimmung

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Wahlkampf!
Darauf habe ich gewartet. Wahlkampf!)

gegen die anerkannt gute Umweltpolitik der Landesregierung machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Wir warten noch darauf!)

Das kennen wir ja schon vom Thema FFH und auch das ist ja heute schon kolportiert worden.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Auch damals war es das Motto der CDU: Wir schüren erst einmal Unsicherheit und Angst

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja, ja.)

und desinformieren und reden dann das Land und seine Regierung schlecht,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Genauso ist es.)

ganz im Ziele einer Wahlkampagne.

(Beifall Klaus Mohr, SPD)

Und wenn Sie meinen, damit Wählerstimmen zu gewinnen, dann denken Sie mit Sicherheit falsch,

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD:
So sind sie eben, so sind sie eben!)

denn auf diese Art und Weise können Sie höchstens die Lufthoheit über die Stammtische im Land gewinnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Oder, meine Damen und Herren von der CDU, wie soll ich das sonst verstehen, dass Sie behaupten, erst aus der Presse zu erfahren, Mecklenburg-Vorpommern meldet Vogelschutzgebiete an die Europäische Kommission nach? Wie Minister Methling schon ausführte, wurde der Landtag bereits im September 2004 ausführlich über die geplanten und notwendigen Nachmeldungen informiert.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS: Hört, hört!)

Oder haben Sie vielleicht jetzt etwa erst registriert, dass das europäische Vertragsverletzungsverfahren seit dem Jahr 2001 läuft, oder lesen Sie gar die Antworten auf Ihre Kleinen Anfragen nicht?

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
So sind die!)

Die 2005 erfolgte Meldung des Vogelschutzgebietes Schweriner Seen wurde von der CDU ebenso medial mit Schreckensbildern begleitet wie vorher die Meldungen zur Gebietskulisse der FFH-Gebiete. Und Sie sahen ja schon im Vorfeld den Bau der A 241 am Vogelschutz scheitern.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Gerade an diesem Beispiel zeigt sich aber, welche umsichtige, auf Interessensausgleich bedachte Umweltpolitik in diesem Lande gemacht wird. Die Vorgehensweise der Landesregierung ist aus Sicht der Fraktion der Linkspartei.PDS berechenbar, klar und öffentlich bekannt. Und wenn die Opposition eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung bei diesem Verfahren fordert, so finde ich dieses äußerst bemerkenswert, zeigt es doch wenigstens theoretisch die Lernfähigkeit der CDU in der Opposition.

(Egbert Liskow, CDU: Sie wollen doch gar keine Öffentlichkeit.)

Im Gegensatz zu früheren Umweltministerinnen und Umweltministern dieses Landes, die Verwaltungsakte nur öffentlich machten, wenn sie durch europäisches und Landesrecht gezwungen wurden, zeichnet sich die Politik von Minister Methling durch einen völlig anderen Stil aus. Trotz oder gerade, aber eigentlich auch unabhängig von der Kampagne der CDU gegen die Meldung von FFH-Gebieten wurde die bundesweit breiteste Öffentlichkeitsbeteiligung organisiert und durchgeführt.

(Egbert Liskow, CDU: Dann fragen Sie doch mal die Bürger!)

Der Minister selbst führte vor Ort viele Veranstaltungen zur Information der Bürgerinnen und Bürger durch.

(Wolfgang Riemann, CDU: Beim ersten Mal haben Sie den Kreistag in Ostvorpommern belogen.)

Viele Anregungen aus der Bevölkerung und von Betroffenen wurden auch aufgenommen. Auch bei der jetzigen Nachmeldung von Vogelschutzgebieten an die EU wird es eine umfangreiche Beteiligung der Öffentlichkeit geben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Ortsumgebung in Anklam ist auch nicht weiter. Das hat allerlei Auswirkungen.)

nicht weil es rechtlich unabdingbar wäre, sondern weil es das Grundprinzip mecklenburgisch-vorpommerscher Umweltpolitik ist, dass Umweltschutz nur mit den Menschen und nicht gegen sie zu gestalten ist.

(Beifall Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte Sie noch mal herzlich darum, den Antrag zurückzuziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Hans-Heinrich Jarchow, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schwebs.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Petters. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Andreas Petters, CDU: Herr Präsident!

Herr Jarchow, ich denke Sie kommen noch rechtzeitig an den Fernseher, aber ich denke, das ist ein sehr wichtiges Thema, das sollten wir hier ausgiebig diskutieren.

Frau Schwebs, Herr Minister, wer das Urteil vom 10.01.2006 zu Natura 2000 gelesen hat, der wird verstehen, dass wir hier keine Wahlkampfpolemik machen, sondern dass das ein ernsthaftes Thema ist für dieses Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Meine Damen und Herren und Herr Minister! Wenn Sie die erste Vizepräsidentin, Frau Holznel, so auslegen, wie Sie das wollen, dann machen Sie das. Aber ich denke, man sollte sie schon im Wortsinne interpretieren und ernst nehmen, dass Sie das hier nicht als Wahlpolemik auslegen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, wer mit offenen Augen durch dieses Land geht, wird von einer beeindruckenden Flora und Fauna angesprochen. Diese zu schützen ist selbstverständlich und bedarf nicht der gesonderten Aufforderung durch die Landesregierung, denn der rechtliche Rahmen ist gesetzt. Dieser wurde zum Schutz der Vögel bereits im Jahr 1992 geschaffen

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Das haben wir aber in der Verfassung richtig festgelegt.)

und nun 14 Jahre später, Frau Borchardt, beabsichtigt die Landesregierung offensichtlich, diese Gebiete massiv zu erweitern.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Ja, weil das nicht ausgereicht hat, was Ihre damalige Umweltministerin gemeldet hat.)

Wir haben jetzt gehört, es soll eine Öffentlichkeitsanhörung geben. Da sind wir ja froh, dass wir das heute mal hier im Hohen Hause gehört haben.

(Zuruf von Hans-Heinrich Jarchow, SPD)

Herr Jarchow, bitte mäßigen Sie sich.

Das bedeutet nicht in erster Linie mehr Schutz für Vögel.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Herr Jarchow, hören Sie doch mal als Umweltpolitiker zu.

(Zurufe von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Das bedeutet nicht mehr Schutz für Vögel. Die sind nämlich im Zweifel in ihrer Veränderungsbereitschaft und Anpassungsfähigkeit den Menschen, speziell dieser Landesregierung, deutlich überlegen und reagieren flexibel auf veränderte Lebensräume.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Minister Dr. Till Backhaus: Das sind nämlich europäische Vögel.)

Meine Damen und Herren, es wird doch keiner in diesem Hohen Hause, zumindest kann ich das für die Mitglieder meiner Fraktion sagen, mit flächendeckender Betonierung unserer Naturschönheiten inklusive der vielfältigen ornithologischen Präsenz den Garaus machen.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Ja, so, wie die CDU das gerne möchte.)

Es geht auch nicht darum, Frau Schwebs, dass Schützenswertes nicht geschützt wird. Es geht schlicht und einfach darum, dass der offensichtlich bei einigen vorherrschende ideologische Fundamentalismus als unangebracht,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

ja sogar als schädlich für dieses Land einmal offen angesprochen werden muss.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich spreche heute hier als Wirtschaftspolitiker zu diesem umweltpolitischen Thema und Sie können sich ja schon vorstellen, was jetzt kommt.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Nee! – Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Nee, nee! Da sind wir jetzt mal gespannt.)

Es kann doch nicht unser Ziel als Landespolitiker sein, den bei uns lebenden Menschen oftmals ein Mindestmaß an infrastruktureller Ausstattung,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Wir haben eine sehr gute Infrastruktur.)

geschweige denn die Chance auf wirtschaftliche und damit arbeitsmarktrelevante Entwicklungen zu verweigern,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Können Sie das bitte mal erklären?)

nur weil die Rohrdommel einmal am falschen Platz gesessen hat oder die Graugans, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Das ist ja wohl der Gipfel! Wie viele Arbeitsplätze hat der Umweltbereich denn schon gebracht?!)

Liebe Frau Měšťan, ich will Ihnen das nur mal anhand des Themas Ortsumgehung Anklam zeigen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich denke, als eine Abgeordnete aus Westmecklenburg interessieren Sie sich für das gesamte Land.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Natürlich.)

Ich mache das.

In Anklam hat man vor vielen Jahren ebenfalls Reptilien vorgefunden, die als schützenswert eingeschätzt worden sind. Dann hatten wir einen ...

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Herr Schlotmann, wollen wir so weiter diskutieren? Wir wollen doch hier sachlich arbeiten. Und wenn Sie sagen, dass es CDU-Reptilien waren, dann ist das ja auch hier nicht ...

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich habe das hier wiederholt, damit Ihre ganze Fraktion über diesen tollen Witz lachen kann. Aber hier geht es um die Menschen dieses Landes und nicht um einfache Scherze zugunsten oder zulasten von Menschen, die hier die Menschen des Landes vertreten.

Gehen wir noch mal nach Anklam zurück. Herr Ritter, Sie kennen sich ja dort auch aus.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ja, ja.)

Diese Reptilien waren geschützt und haben erst mal den weiteren Ausbau der Ortsumgehung verhindert.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Deswegen will Herr Jelen ja auch einen Nationalpark einrichten.)

Pech war, dass diese Reptilien nach einem starken Winter im Schmelzwasser ertrunken sind. So kann man das mal sagen.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ach?!)

Dort siedelten sich Wasservögel an, meine Damen und Herren.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Ist denn das die Möglichkeit?!)

Und plötzlich waren die auch wieder schützenswert. Dann war vor anderthalb Jahren der Wirtschaftsminister vor Ort in Anklam und hat erklärt,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja mei!)

schuld sind die Grünen, die damals noch das Umweltministerium hatten. Wir brauchen einen Sichtvermerk vom Bundesverkehrsministerium, SPD. Den bekommen wir aber nicht, weil das Bundesamt für Naturschutz

dieses nicht genehmigt hat.

(Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Seit anderthalb Jahren haben wir nun diese Hängepartie, meine Damen und Herren. Nun haben wir auch das Bundesumweltministerium in SPD-Hand. Warum geht es dort nicht weiter, meine Damen und Herren? Das ist für mich ein Beispiel, dass wir gegen den Menschen arbeiten in diesem Bereich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, da müssen Sie mal dazwischenhauen. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber, meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, auch das Thema A 241, die ja künftig A 14 heißen soll, ist Synonym von dem von mir angesprochenen ideologischen Fundamentalismus. Es geht ja nicht nur um Unternehmen.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:
Wer hier wohl Wahlkampf macht! – Zurufe
von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS,
und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Es geht ja nicht um Unternehmen, Frau Gramkow, das Großkapital, wie Sie das immer bezeichnen. Es sind schlicht und einfach die Bürgerinnen und Bürger, die beispielsweise aufgrund der fehlenden Nord-Süd-Verbindung durch die A 241 an Verkehrslawinen durch ihre ansonsten sehr beschaulichen Dörfer leiden. Sie leiden nicht erst seit gestern, sondern seit Jahren.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ich glaube, ich wohne da, Sie nicht!)

Aber ich fahre dort sehr häufig, also mich interessieren die Menschen auch,

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

die dort wohnen. Seit Jahren ...

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Das ist ja wohl nicht zu fassen!)

Ja, hätten Sie schon mal reagiert, hätten wir dort schon eine Autobahn, meine liebe Frau Kollegin.

(Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Was, Ihr
braucht keine Autobahn?)

Seit Jahren vertrauen Bürger und Unternehmen auf die Fertigstellung dieser Autobahn. Zahlreiche private ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ich bin für die Autobahn. Für die bin ich!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Wort hat der Abgeordnete Herr Petters. Ich bitte die Zwischenrufe in einem solchen Maß zu begrenzen, dass das Nachverfolgen der Rede hier möglich sein muss.

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Andreas Petters, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident.

Zahlreiche private Unternehmensinvestitionen insbesondere im Industriezentrum Wismar erfolgten in den vergangenen Jahren

(Beifall Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD)

im festen Glauben auf die für 2005 versprochene durchgängig befahrbare Nord-Süd-Anbindung. Jeder Tag, an dem die A 241 nicht in voller Länge befahrbar ist, bedeutet nach Berechnungen der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin einen volkswirtschaftlichen Schaden – und das werden Sie als Volkswirt, Herr Minister, ja auch nachvollziehen können – von 75.616 Euro, also rund 27,6 Millionen Euro jährlich.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Das muss man sich mal vorstellen!)

Dies muss man sich an dieser Stelle einfach nur mal auf der Zunge zergehen lassen. Das ist nicht die einzige Stelle in diesem Land, die wirklich in diesem Bereich auch davon beeinträchtigt wird.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine Damen und Herren, Umwelt- und Wirtschaftsministerium müssen endlich eine Lösung finden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Die Autobahn A 241 sollte bereits als vordringliches Projekt im Bundesverkehrswegeplan 1992 mit einem Investitionsvolumen von 200 Millionen Euro ursprünglich im Jahr 2002 vollendet worden sein. Das sind vier Jahre, meine Damen und Herren. Und nach diversen Hochs und Tiefs wurden immer wieder neue Planungsbüros beauftragt. Nach einem Planfeststellungsbeschluss vom 18.12.2003 war der Baubeginn eines kritischen Teilschnitts auch greifbar nahe. 2004 wurden die Bagger wieder in die Garagen zurückgeschickt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Unglaublich!)

Ursache, meine Damen und Herren, Vogelalarm.

Meine Damen und Herren, das Hickhack im Planungsverfahren der A 241 – und alle, die hier in diesem Raum sitzen, wissen um dieses Problem – erscheint seit 1992 wie eine negative Verkettung des Inkrafttretens von europäischen Naturschutzrichtlinien und nationalen Naturschutzgesetzen. Immer wieder mussten Planungsbüros beauftragt werden und musste deren Arbeit selbstverständlich auch bezahlt werden.

(Egbert Liskow, CDU:
Das muss man einfach akzeptieren.)

Der volkswirtschaftliche Schaden, also Zahlen, also Euro, meine Damen und Herren, ist nicht nur der finanzielle Verlust für unsere Unternehmen und die regionale Wirtschaftsentwicklung. Den kann man mittlerweile auf 165,6 Millionen Euro beziffern. Nur bei dieser Maßnahme! Es gibt Berechnungen, wonach durch den termingerechten Lückenschluss – und lassen Sie sich das bitte auch auf der Zunge zergehen – bereits über 1.300 zusätzliche Arbeitsplätze in der Region hätten neu entstehen können.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Das muss man sich mal vorstellen.)

Meine Damen und Herren, angesichts vier Jahre negativen Wirtschaftswachstums seit 1998 in Mecklenburg-Vorpommern ist es mir nahezu unerträglich,

(Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

dass der Naturschutz in beschriebener Dimension immer neue und höhere Hürden aufstellt. Ich frage mich

auch des Öfteren, was der für Wirtschaftspolitik zuständige Minister macht,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Schlafen!)

wenn sein für Umwelt zuständiger Ministerkollege im Kabinett walten und schalten kann. Es ist doch alles untersucht, es ist kartiert, es ist ausgewiesen. Wer jetzt zu den bestehenden Schutzgebieten welchen Status auch immer noch mal aufsatteln will, der wird die Verantwortung für noch höhere Arbeitslosigkeit und schlechtere Wirtschaftsleistungen in Mecklenburg-Vorpommern tragen müssen.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei PDS: Und genau das sind Stammtischparolen. Stammtischparolen!)

Und wenn ich noch mal auf meinen Punkt komme, Frau Schwebs,

(Peter Ritter, Die Linkspartei PDS:
Herr Jelen will einen Nationalpark einrichten!)

in meinem Wahlkreis, Frau Kollegin, soll demnächst eine Ortsumgehung in Hagenow gebaut werden. Und da die Nachmeldungen zu diesem Thema, über das wir heute sprechen, kommen werden, wird eine als sehr angenehm empfundene Variante, die also auch den Bürgerinnen und Bürgern nahe kommen wird, ausgeschlossen aus der Planung, weil man demnächst auch dieses Gebiet mit einer naturschutzrechtlichen Blockade belegen will.

Meine Damen und Herren, der Bericht des Ministers für Umwelt hat zumindest deutlich gemacht, dass die Öffentlichkeit beteiligt wird, und aus diesem Grunde möchten wir ganz gerne,

(Zurufe von Hans-Heinrich Jarchow, SPD,
und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

dass unser Antrag als erledigt erklärt angesehen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Petters.

Es hat noch einmal ums Wort gebeten der Umweltminister des Landes Professor Dr. Methling. Bitte schön, Herr Minister.

(Egbert Liskow, CDU: Asche aufs Haupt!)

Minister Dr. Wolfgang Methling: Herr Präsident!

Lieber Herr Liskow, wenn es angebracht war, dann habe ich mir auch schon Asche aufs Haupt gestreut. Aber was Herr Petters hier vorgetragen hat, das ist wirklich der absolute Gipfel.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS – Zuruf von
Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Also es war ein interessantes Plädoyer eines Christdemokraten für die Bewahrung der Schöpfung

(Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und Hans-Heinrich Jarchow, SPD)

und für die Bewahrung der Rechtsstaatlichkeit. Sie wissen wohl nicht, dass es geltendes europäisches Recht gibt, auf das ich keinerlei Einfluss hatte. 1979 wurde die Vogelschutzrichtlinie beschlossen, 1992 die FFH-Richtli-

nie unter wesentlichem deutschen Einfluss, beide.

(Andreas Petters, CDU: Deswegen kann man doch die Realität nicht ausblenden. – Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Die blendet er immer aus.)

Ich spreche über geltendes Recht, das ist Ihnen wohl nicht wichtig. Die Konsequenz, Vogelschutzgebiete zu definieren am Verlauf der A 241, ist Konsequenz eines deutschen Urteils, nicht eines europäischen,

(Andreas Petters, CDU: Ornithologische Gesellschaft.)

nämlich des sogenannten Hochmoselurteils. Und auf der Basis dieses Gerichtsurteils haben dann das Bundesverkehrsministerium und das Wirtschaftsministerium des Landes festgelegt: Vorhaben können nur noch durchgeführt werden auf der Basis dieses Urteils. Das heißt, dass Vogelschutzgebiete unter einen nationalen Rechtsstatus zu bringen sind. Das ist geltendes Recht, Herr Petters.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Genau. – Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Und das werden Sie auch nicht auflösen. Ich bin jedenfalls daran gebunden und auch der Wirtschaftsminister.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und im Übrigen, wenn man schon über Verzögerungen bei der A 241 redet, dann sollte man auch die Wahrheit sagen.

(Beifall Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Das fällt dann etwas schwer.)

Ein knappes Jahr Verzögerung durch Ausweisung der Vogelschutzgebiete erklären nicht eine vierjährige Verzögerung. Reden Sie immer auch über die anderen Dinge, die da noch im Schwange sind!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Das will ich hier doch auch mal sehr deutlich gesagt haben.

(Andreas Petters, CDU: Ja, ja.)

Und zum Urteil des Europäischen Gerichtshofes aus diesem Jahr. Ich gebe Ihnen recht, da gibt es Handlungsbedarf.

(Andreas Petters, CDU: Ja.)

Den haben wir wahrgenommen, als wir vor wenigen Tagen beim EU-Kommissar gewesen sind und ihn darauf hingewiesen haben, dass aus unserer Sicht klarzustellen ist, wann es sich sozusagen um erlaubte Maßnahmen handelt oder Vorhaben, beispielsweise landwirtschaftliche Nutzung, weil es dort Interpretationen gibt, die von uns absolut nicht geteilt werden können, dass also normale landwirtschaftliche Praxis beispielsweise, das besorgt uns am meisten, dann als Eingriff bewertet wird, der unverträglich ist. Dort haben Sie recht und da erwarten wir, dass auch die Kommission dabei behilflich ist, das klarzustellen, dass gute fachliche Praxis, landwirtschaftliche Nutzung kein Grund ist, sozusagen eine Vermutung zu entwickeln, dass Naturschutz dabei vernachlässigt wird.

Herr Petters, vielleicht wäre es mal ganz gut, wenn Sie lesen würden oder hören würden, was Ihre Bundeskanz-

lerin zum Naturschutz sagt und was der Bundespräsident Horst Köhler sagt, der ja eigentlich nicht unter dem Verdacht steht, besonders naturschutznah zu sein, sondern eher ein Mann der Wirtschaft. Ihre Bundeskanzlerin hat gesagt –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.)

ich nehme mal an, Sie freuen sich, dass sie Mitglied der CDU ist, und insofern ist es natürlich eine Bundeskanzlerin, die Ihnen besonders am Herzen liegt –, Frau Merkel hat vor wenigen Tagen gesagt: „Ich glaube, genauso wertvoll wie die Naturlandschaften ist die biologische Vielfalt. Sie ist ein Schatz und eine riesige Verantwortung. Wir müssen es schaffen, ich weiß wovon ich spreche, und dass dies ein sehr dickes Brett ist, das zu bohren ist, den Rückgang der biologischen Vielfalt in Deutschland deutlich zu verringern.“ Und vieles von dem, was wir tun, dient eben ganz einfach diesem Ziel.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da hat sie aber vollkommen recht.)

Und zum Schluss, lieber Herr Petters, ein Zitat des Bundespräsidenten, der sozusagen als Reaktion auf die aus seiner Sicht Missinterpretationen seines Wortes von der Vorfahrtsregel für Arbeit in Lübeck im vergangenen Jahr, im Oktober, Folgendes erklärt hat: „Damit es überhaupt keinen Zweifel gibt: Ich bin der festen Überzeugung, dass der Schlüssel zur Zukunft unseres Landes in einer nachhaltigen Entwicklung liegt. Nachhaltigkeit heißt, so zu leben und zu wirtschaften, dass unsere Kinder und Enkel und dass alle Menschen in der einen Welt eine gute Zukunft haben,“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da hat er recht.)

„ökologisch, ökonomisch und sozial. Diese drei Säulen der Nachhaltigkeit dürfen wir nicht gegeneinander ausspielen.“

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Volker Schlotmann, SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und als Kommentar zu einem Artikel in einer Berliner Tageszeitung unter der Überschrift: „Vorwärts und vergessen“ mit Bezug auf Umweltschutz sagt Horst Köhler zum Abschluss: „Ich bin fest davon überzeugt, Umwelt, Wirtschaft und Arbeit gehören zusammen. Umweltschutz hilft Kosten senken, Umweltschutz schafft Arbeitsplätze, Umweltschutz sichert unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Kurzum, Umweltschutz ist nicht Mode, sondern modern. Er gehört zu unseren Stärken in Deutschland.“ Und dann ein besonders interessanter abschließender Satz: „Darum vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht“.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Da werdet ihr munter, was?!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist seitens des Antragsstellers beantragt worden, den Antrag auf Drucksache 4/2306 aufgrund der Ausführungen der Landesregierung in der laufenden Debatte für erledigt zu erklären.

(Volker Schlotmann, SPD: Das finde ich gut.)

Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2306 aufgrund der Ausführungen der Landesregierung in der laufenden Debatte bei Zustimmung durch die Fraktion der SPD, der CDU und der Linkspartei.PDS bei einer Stimmenthaltung der Fraktion der CDU für erledigt erklärt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 41**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS – Mindestlohn, auf der Drucksache 4/2309. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2352 vor.

**Antrag der Fraktionen
der SPD und Linkspartei.PDS:
Mindestlohn**

– **Drucksache 4/2309** –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– **Drucksache 4/2352** –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Mohr. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Klaus Mohr, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Deutschland gibt es keine gesetzlichen Mindestlöhne. Das unterscheidet uns von der Mehrzahl der EU-Staaten. Bei uns werden die Löhne und Gehälter von den Tarifparteien ausgehandelt, also den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Das ist gut so.

(Beifall Ute Schildt, SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Das ist auch gut so.)

Die Tarifautonomie wird durch das Grundgesetz und das Tarifvertragsgesetz garantiert. Durch Tarifverträge werden in Westdeutschland rund 70 Prozent der Arbeitnehmer erfasst. In Ostdeutschland sind es rund 55 Prozent. Auch Beschäftigte in nicht tarifgebundenen Unternehmen profitieren häufig davon, wenn nämlich die Unternehmen diese Tarifabschlüsse übernehmen oder ihre Vergütung zumindest an solchen Tarifverträgen ausrichten.

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten wollen gerechte Löhne für gute Arbeit. Bruttostundenlöhne von weniger als 3 oder 4 Euro sind für uns nicht akzeptabel. Menschen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können. Das steht für uns fest.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, für uns stehen dabei tarifvertragliche Lösungen klar im Vordergrund. Soweit möglich, sollten tarifvertraglich festgelegte Löhne für allgemeinverbindlich erklärt werden. Ein bewährtes Instrument ist das Arbeitnehmerentsendegesetz für den Bausektor und die Schifffahrt. Der Mindestlohn im Bausektor genießt nicht nur bei den Gewerkschaften hohe Akzeptanz, sondern eben auch bei den Arbeitgebern. Das Arbeitnehmerentsendegesetz soll auf weitere, wenn es nach mir geht, alle Branchen ausgedehnt werden, um branchenbezogene Mindestlöhne zu ermöglichen.

Man kann nun die These vertreten, dass tarifliche Lösungen ausreichen, weil alles andere die Tarifautonomie aushebelt. Dies haben die Gewerkschaften auch lange Zeit so vertreten. Aber die Lage hat sich in den letzten Jahren weiter verschärft, meine Damen und Herren.

Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor viel zu hoch und die EU-Erweiterung hat zu mehr Lohndumping durch Billiganbieter geführt. Hinzu kommt, dass immer mehr Unternehmen Druck auf die Löhne ausüben. Die Alternative heißt immer häufiger: schlechtere Arbeitsbedingungen und sinkende Löhne oder Betriebsverlagerungen, und das selbst in profitablen Bereichen.

Das alles hat zur Folge, dass viele Menschen zu unwürdigen Löhnen arbeiten, die häufig nur 3 oder 4 Euro pro Stunde betragen. 2,5 Millionen Menschen, meine Damen und Herren, arbeiten in Deutschland für weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens. Man spricht in diesem Fall von Armutslöhnen. Alle Untersuchungen deuten darauf hin, dass der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich steigt.

Die Tarifbindung in Deutschland verliert an Kraft. Gerade für Geringverdiener ist das ein großes Problem. Ohne Tarifbindung fehlt die untere Absicherung des Lohngefüges. Die Würde der arbeitenden Menschen ist in Gefahr, deshalb die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Dieser dient als Auffanglinie nach unten und steht nicht im Widerspruch zu branchenbezogenen Mindestlöhnen, die darüber liegen.

Meine Damen und Herren, gerade auch im Zusammenhang mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie müssen Regelungen gefunden werden, die eine Mindestabsicherung gegen Billiglohnkonkurrenz ermöglichen. Andere EU-Länder sind da weiter als wir hier zurzeit in Deutschland. Von den bisherigen 15 EU-Mitgliedsstaaten verfügen 9 Länder über einen gesetzlichen Mindestlohn, ebenso 9 der 10 neuen EU-Mitgliedsländer. Mindestlöhne sind also eher die Regel als die Ausnahme. Ich möchte hier Beispiele bringen wie von unserem Nachbarland Frankreich. Dort haben wir einen Mindestlohn von 8,03 Euro. Und beispielsweise in Großbritannien beträgt der Mindestlohn 7,36 Euro pro Stunde.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Der ist gerade erhöht worden in Frankreich.)

Bitte?

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
In Frankreich ist gerade erhöht worden. –
Wolfgang Riemann, CDU: Und
die Arbeitslosigkeit?)

Die Erfahrungen, meine Damen und Herren, der anderen europäischen Staaten zeigen deutlich, dass ein gesetzlicher Mindestlohn nicht zu verstärkter Arbeitslosigkeit und zum Abbau von Arbeitsplätzen führt, wie oft von bestimmten Kreisen behauptet wird. Das Thema Mindestlohn hängt eng zusammen mit der Frage des allgemeinen Lohnniveaus. Und hierzu hat der Landtag am 1. April 2005 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen den Antrag für angemessene Löhne und Gehälter gegen ein Niedriglohngebiet Ost beschlossen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Leider, meine Damen und Herren, leider hat die Opposition dagegen votiert. Damals wie heute zeigt sich ein fundamentaler Gegensatz. Die CDU sieht die Zukunft des Landes auf Dauer als Billiglohnland. Wir sind dagegen für das Prinzip: „Gerechter Lohn für gute Arbeit“.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Zusammengefasst, meine Damen und Herren, wir

sind dafür, dass in Branchen, in denen keine existenzsichernden Tariflöhne bestehen oder diese nicht eingehalten werden, ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird und vor dem Hintergrund bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem vorliegenden Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Mohr.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat das Wort für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Strenz. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Wolfgang Riemann, CDU: Komisch, dass dazu der Wirtschaftsminister nicht redet.)

Karin Strenz, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Regierungszeit von Rot-Rot oder, wie gestern Frau Wien sagte, von Rosa-Rot geht zu Ende

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

und an der Statistik ...

Herr Ritter, Ihre Redebeiträge gestern waren schon so kryptisch, dass Sie es jetzt besser lassen, darauf einzugehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Die waren ausgezeichnet. – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Die haben Sie nur wieder nicht verstanden. – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Frau Strenz, waren Sie etwa da, gestern?)

Die Regierungszeit von Rot-Rot geht zu Ende und an der Statistik, meine Damen und Herren, lässt sich, anders als vom Ministerpräsidenten beschworen, der fehlende Erfolg Ihrer Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik ganz deutlich ablesen.

(Regine Lück, Die Linkspartei.PDS: Oh, oh!)

Im September 1998 sind Sie mit 624.602 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern gestartet und die aktuellen Zahlen weisen für April 2006 nur noch 491.700 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in unserem Land aus. Das ist das Resultat der Rahmenbedingungen, die Sie mit Ihrer Politik hier im Land geschaffen haben. Und damit meine ich eben nicht das Plus der saisonal bedingten Plätze, wie wir gestern hören konnten, durch die Bundesagentur für Arbeit, 1.600 an der Zahl, sondern die über, und das ist die Differenz, 100.000 Arbeitsplätze, die in Ihren Regierungsjahren verloren gegangen sind. Die CDU-Landtagsfraktion freut sich über jeden einzelnen Arbeitsplatz. Das ist ganz unbestritten.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Aber Ihr Saldo ist negativ.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Und aus diesem Grund, meine Damen und Herren, müssen wir bei allen neuen Instrumenten, die eingeführt

werden, die Frage stellen, ob sie wirklich dienen zur Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Bei der Diskussion um Mindestlöhne spielt die Frage nach dem Beschäftigungseffekt die zentrale Rolle. Aber handfeste Antworten darauf gibt auch die Wissenschaft nicht, nachzulesen im Wochenbericht des DIW Berlin Nummer 15 bis 16 dieses Jahres. In den 70er und 80er Jahren deuteten alle Untersuchungen meist mit Daten aus den Vereinigten Staaten darauf hin, dass Mindestlöhne mit einem Abbau von Beschäftigung einhergehen. Anfang der 90er Jahre gab es in Teilen auch andere Feststellungen.

(Regine Lück, Die Linkspartei.PDS: Man hatte aber Mindestlöhne.)

Auch in neueren empirischen Untersuchungen zeigte sich kein klares Bild zum Zusammenhang zwischen Mindestlöhnen und Beschäftigung. Das heißt mit Sicherheit nicht, dass die Einführung von Mindestlöhnen keine Konsequenzen für die Beschäftigung hätte. Es mangelt vielmehr an eindeutigen wissenschaftlichen belastbaren Aussagen.

Meine Damen und Herren, es ist also unerlässlich aus Sicht der CDU-Fraktion, im Vorfeld zu prüfen, wie sich die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes denn auf die bestehende Erwerbstätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern auswirkt und ob dadurch in unserem Land wirklich neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen können. Dazu haben wir Ihnen unseren Änderungsantrag vorgelegt. Die Landesregierung muss dabei die Tarifvertragsparteien in Mecklenburg-Vorpommern bei der Prüfung mit einbeziehen, um Wege für eine marktgerechte und auch transparente Bedarfsanalyse zu finden.

Nach bereits vorliegenden groben Analysen müssten bei jedem zehnten Beschäftigten in Deutschland die Löhne nach Einführung von flächendeckenden Mindestlöhnen angehoben werden, in den neuen Bundesländern sogar bei jedem fünften. Das bedeutet eine erhebliche Wirkung auf das Lohngefüge in unserem Land,

(Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS: Und eine erhebliche Erhöhung der Kaufkraft.)

wo der mittlere Lohn von Facharbeitern übrigens nicht weit von einem solchen Mindestlohn entfernt liegt, wie ihn einzelne Gewerkschaftler fordern. Und es wären vor allem kleine Unternehmen betroffen, meine Damen und Herren. Ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber größeren Unternehmen würde ernsthaft geschwächt und das kann nicht Ihr Ansinnen sein. Die Basis des wirtschaftlichen Gefüges in unserem Land, die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die ja auch Sie heute sehr beschworen haben, würden unter extremen Druck geraten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Natürlich könnte versucht werden, die Höhe der Mindestlöhne etwa nach Berufen, Branchen oder Regionen zu differenzieren. Aber dies wäre wohl, und das würden auch Sie nicht wollen, Herr Mohr, mit einer erheblichen Bürokratie verbunden.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, der Hartz-IV-Ombudsrat hat in der letzten Woche seinen Abschlussbericht vorgelegt und der Vorsitzende dieses Gremiums, der frühere

Chef der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie Hermann Rappe, SPD, überreichte eben dieses Papier des Ombudsrates an Bundesarbeitsminister Franz Müntefering, SPD. Der dankte dem Gremium für die eineinhalbjährige Tätigkeit und kündigte in diesem Zusammenhang ein Niedriglohngesamtkonzept für den Herbst 2006 an.

(Regine Lück, Die Linkspartei.PDS:
Das enthielt aber auch Mindestlöhne.)

Und damit erneuerte der Bundesarbeitsminister seine Ankündigungen aus dem Mai dieses Jahres, wo er bereits verkündete, bis zum Herbst ein Konzept für existenzsichernde Löhne vorzulegen. Und damit, meine Damen und Herren, hält er sich an den vereinbarten Koalitionsvertrag auf Bundesebene. Im Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD vereinbart, in gemeinsamer Verantwortung das Land voranzubringen. Die Koalition stellt sich den Herausforderungen der Arbeitslosigkeit und gemeinsam sollten auch wir die Herausforderung angehen, den Wohlstand zu sichern, Arbeit zu schaffen und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten. Auf diese Ziele richtet sich das Programm der Bundesregierung und der gemeinsam verabredeten Arbeitsmarktpolitik.

Die Bundesregierung hat den Bundesarbeitsminister beauftragt, im Herbst 2006 einen Vorschlag für den Niedriglohnbereich zu machen und dabei die Nutzbarkeit von Kombilohn, Mindestlohn und Entsendegesetz zu prüfen. Auch die Funktion von Mini- und Midijobs werden eingeschlossen. Dabei ist klar, man kann den Niedriglohnbereich nicht vernünftig regeln, ohne zu überlegen, welchen Bezug die Instrumente zum SGB II haben.

Hochinteressant allerdings, meine Damen und Herren, ist, dass ausgerechnet die SPD in Mecklenburg-Vorpommern ihre eigene Bundespolitik ausblendet und diesen Antrag, der uns vorliegt, initiiert hat. Dieser Impuls hat mich natürlich am Anfang sehr überrascht, aber allerdings nur anfänglich. Wenn man nämlich dann weiß, dass die PDS Plakate aufhängt mit der Forderung 8 Plus ...

(Heiterkeit bei
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS –
Regine Lück, Die Linkspartei.PDS:
Linkspartei.PDS.)

Für mich sind Sie die PDS. Sie nennen sich ja auch nur Linkspartei und haben es nicht vollständig gesagt.

Wenn man überlegt, dass Plakate an den Laternenmasten hängen, wo steht „8 Plus“, dann muss man natürlich vermuten, dass die SPD die Linkspartei.PDS nur noch links überholen will. Sie sind ja im Wahlkampf und Herr Mohr ist auch schon mittendrin. Allerdings wunderte ich mich, wir kennen uns ja nun mittlerweile sehr, sehr gut,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU
und Linkspartei.PDS – Zurufe von
Abgeordneten der Linkspartei.PDS: Oh, oh!)

wie dezent, wie leise und wie vorsichtig Sie diesen Antrag hier eingebracht haben. Das spricht für mich ganz klar dafür, dass Sie hinter diesem Antrag eigentlich gar nicht so wirklich stehen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:
Oh, das ist aber eine Unterstellung! –
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Was sollen denn diese Unterstellungen?)

denn Sie können ganz anders in Fahrt kommen.

Meine Damen und Herren, die CDU ist nicht grundsätzlich gegen einen Mindestlohn, lehnt aber eine Höhe von 7,50 Euro ab. Es ist dabei interessant, und das sollten Sie sich anhören, dass die Gewerkschaften in puncto Mindestlohn von 7,50 Euro selbst nicht an einem Strang ziehen. So hat der Vorsitzende der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie Hubertus Schmoltdt vor Folgen wie Schwarzarbeit, Abwanderung von Arbeitsplätzen

(Zuruf von Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

und der Aushöhlung der Tarifautonomie und wachsender staatlicher Einflussnahme gewarnt.

(Zuruf von Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Ja Sie können es natürlich noch verschlimmern. Machen Sie, nur zu!

Es ist ernsthaft zu befürchten, meine Damen und Herren, dass ein gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro, wie ihn die Gewerkschaften fordern, hunderttausende Arbeitsplätze kosten kann.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist falsch. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Schon jetzt bleiben in vielen Unternehmen die niedrigsten Tarifgruppen unbesetzt und viel schlimmer ist, es wurden in den vergangenen Jahren in vielen Branchen Arbeitsplätze zu Hunderttausenden gestrichen oder ins Ausland verlagert, ganz zu schweigen von der Beantwortung der Eingangsfrage zur Schaffung neuer Stellen. Ein gesetzlicher Mindestlohn werde zwar ausländische Billigarbeiter fernhalten, das ist ja unter anderem Ihr Ziel,

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Na, na, na, kein Nationalismus.)

aber auch Beschäftigungschancen, und das ist das Wichtige, für Niedrigqualifizierte verringern.

Mir scheint, Sie erkennen den Ernst der Lage nicht.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU –
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Den erkennen wir sehr wohl. Es geht um die
Existenz, um die Existenz der Menschen.)

Sie spielen hier mit den Gefühlen der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(Unruhe bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Sie versuchen, ihnen zu vermitteln, dass sie einen Mindestlohn garantiert bekommen und annehmen sollen, dass sie dann auch noch einen Job bekommen, wo sie das Geld erhalten. Es werden Arbeitsplätze definitiv verloren gehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Europa sagt was anderes, Frau Strenz!)

Es ist nicht nachgewiesen, dass ...

Zu Europa kommen wir noch.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Na, dann kommen Sie doch zu Europa!)

Kein Unternehmen in diesem Land kann es sich leisten Löhne zu zahlen, die von der Produktivität nicht gedeckt sind.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:
Das habe ich bisher noch nicht gesehen.)

Das haben wir, natürlich. Zu DDR-Zeiten ging das, deswegen sind wir ja auch marode zugrunde gegangen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Kerstin Fiedler Wilhelm, CDU: Richtig.)

Aber den Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern muss auch ganz klar mit auf den Weg gegeben werden, und auch das sagt die CDU, das ist die andere Seite der Medaille, dass gute Arbeit selbstverständlich auch gutes Geld kostet. Niemand von der CDU sagt, dass man die Leute, die ihre Arbeitskraft und Kreativität einbringen, nicht richtig zu bezahlen hätte. Aber man kann nur so viel zahlen, wie an Produktivität geleistet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Wir sind der Ansicht, dass gegen unzumutbare Billiglöhne konsequent vorgegangen werden muss, selbstverständlich, und dabei ist die Autonomie der Tarifparteien auch in Zukunft zu gewährleisten.

(Zuruf von Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Wie das allerdings mit einem flächendeckenden Mindestlohn gehen soll, bleibt absolut offen. Soll ein Agieren gegen Billiglöhne erfolgreich sein, müssen sowohl Mindest- als auch Kombilohn in die Beratung mit eingezogen werden. Staat und Tarifvertragsparteien stehen hier absolut in gemeinsamer Verantwortung. Und das anschauliche Beispiel Frankreich ist ja auch schon von meinem verehrten Kollegen Herrn Mohr zitiert worden. Frankreich gehört ja auch zu Europa, Frau Gramkow, wie wir wissen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das weiß sogar ich, Frau Strenz.)

Dort hat man seit Jahren nämlich mit dem Mindestlohn herumexperimentiert und von ursprünglich 2,04 Euro ist er heute nun, wie zu Recht gesagt wurde, auf 8,03 Euro angestiegen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Nein, die hatten eine Erhöhung
in der letzten Woche auf 8,27 Euro! –
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:
Das hat Frau Strenz nicht mitbekommen.)

Und – auf den Zwischenruf des Herrn Kollegen Riemann hat Herr Mohr ja gar nicht geantwortet – das wird wohl ein Grund dafür sein, dass wir in Frankreich eine so hohe Jugendarbeitslosigkeit haben und die Regierung dort es nicht in den Griff bekommt. Man muss sich doch über die Konsequenzen im Klaren sein. Man kann doch nicht einfach aus der Hüfte schießen, mal wieder ein Versuch, und am Ende gucken wir in die Röhre.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Das ist doch
eindimensionales Denken, was Sie da machen.)

Die finanziellen Auswirkungen, meine Damen und Herren, die finanziellen Auswirkungen auf Unternehmen und Staat, die tariflichen Einschränkungen wie auch die Auswirkungen auf das Arbeitsrecht sind mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern zu diskutieren, ganz klar, bevor eine endgültige effektive Debatte zur Einführung eines Mindestlohnes überhaupt stattfinden kann.

Meine Damen und Herren, ich kann es nicht zulassen. Sie versuchen es zwar immer wieder und Sie glauben, wenn man das häufiger sagt, dann wird es irgendwann auch geglaubt. Ich kann in meinen Wahlkreis gehen, kann mich vor die Bürger stellen und ich sage ihnen die Wahrheit, ich sag ihnen genau, wie es ist. Und ich sage Ihnen, das wird Ihnen am Ende mehr honoriert. Sie werden baden gehen mit Ihrer Verschleierungstaktik und mit Ihrem Wahlkampfgerassel vor Ort. Es ist unsolid, was Sie machen, es ist unsozial, was Sie machen, denn Sie lügen den Leuten etwas vor.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau. –
Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir von der Bewahrung der Schöpfung sprechen, dann gehören auch Menschen dazu.

(Ute Schildt, SPD: Genau.)

Es wurde schon mal von der Würde des Menschen gesprochen und es gehört dazu, dass für geleistete Arbeit angemessen entlohnt wird und dass die Menschen in unserem Land die Möglichkeit erhalten, sich mit Arbeitskraft und Kreativität in die Gemeinschaft einzubringen. Es lohnt sich eine gemeinsame Anstrengung, es lohnt sich aber auch, offen und ehrlich und auch kritisch zu sein mit sich selber. Es lohnt sich auch aus parteitaktischen Gründen, vielleicht einfach mal das Programm zu vergessen und sich der Realität zu widmen

(Heiterkeit und Unruhe bei
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Zuruf von Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

und nicht in alten Programmen zu suchen, zu wühlen und zu kramen und zu glauben, dass es stimmt. Ich hätte diesen Redebeitrag freundlicher abgeschlossen, aber ich muss feststellen, dass es gerade auf der sehr, sehr linken Seite hier immer noch heißt: Nistplätze vor Arbeitsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Strenz.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Lück. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Regine Lück, Die Linkspartei.PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Es ist Weltmeisterschaftszeit in Deutschland und so mancher wünscht sich wohl, dass das Fußballfieber die leidigen Themen wie fünf Millionen Arbeitslose,

(Egbert Liskow, CDU: Wir haben
heute eine andere Zahl gehört.)

Löhne und Einkommen wegschießt. Ob Klinsi und unsere Jungs die beste Mannschaft der Welt werden, weiß ich nicht, auch wenn ich es hoffe,

(Reinhard Dankert, SPD:
Die Frauen sind doch Weltmeister!)

aber klar ist, dass wir auf alle Fälle nicht leer ausgehen im Kampf um Weltmeisterehren. Wir sind nämlich Exportweltmeister und das spielt eine ganz große Rolle bei der

Frage, wenn wir hier darüber diskutieren, wie ist das alles finanzierbar. Die Kassen klingeln zumindest bei den Bossen. Und statt sich bei den Beschäftigten mit höheren Löhnen zu bedanken, werfen sie diese zum Dank raus wie jüngst die Deutsche Bank und nun die Allianz.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Wir sind Exportweltmeister,

(Jörg Heydorn, SPD: Mecklenburg-Vorpommern nicht! – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

weil die Produkte unserer Unternehmen gut sind. Kein anderes Land erzielt einen so hohen Überschuss bei seinen Exporten. Aber, um im sportlichen Vokabular zu bleiben, ein weiterer Wettbewerb endet 25:0, nämlich der zwischen den Gewinn- und Lohnsteigerungen zwischen 2004 und 2006. Die Gewinne stiegen laut Bericht der Bundesregierung in diesen drei Jahren um 25 Prozent. Die Löhne stagnierten in der Summe bei null.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Das sind die Fakten.)

Da fragt man sich doch, um noch einmal in der Fußballsprache zu bleiben, ob der Ball denn noch richtig rund ist. Während die Lohnstückkosten in der Europäischen Union zwischen 1999 und 2005 um 1,5 bis 3,3 Prozent stiegen, lag Deutschland in diesem Zeitraum 0,7 bis 2,3 Prozent darunter, im Jahr 2004 sogar bei minus 1,2 Prozent. Trotz dieser günstigen Entwicklung in der Wettbewerbssituation erleben wir eine rasche Ausweitung des Niedriglohnssektors, ein Wachstum prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die Zunahme von Minijobs, von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen. Das kennen wir auch aus unserem Bundesland.

(Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Sehen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur mal zu den Werften, zum Beispiel mit dem Einsatz der Arbeitszeitfirmen. Eine verlängerte flexible Arbeitswelt mit löchrigem oder gar ohne sozialem Netz ist Realität. Der Druck auf die Löhne senkt nicht nur die Lohnstückkosten, sondern auch die Familieneinkommen und damit die Kaufkraft,

(Karin Strenz, CDU: Ja, ja.)

das heißt die Binnennachfrage. Mit Arbeit kann man arm bleiben. Das halte ich für einen Skandal.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

So bekamen im Juni 2005 bundesweit 388.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ergänzende Arbeitslosengeld-II-Leistungen. Und insgesamt musste das Arbeitseinkommen von 900.000 Erwerbstätigen wegen seines Armutsniveaus aufgestockt werden,

(Zuruf von Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

darunter von fast 400.000 Minijobbern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Löhne beschäftigt uns in dieser Legislatur nicht zum ersten Mal.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

So haben wir uns im April 2004 mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen unter dem Titel „Für angemessene Löhne und Gehälter gegen ein Niedriglohngebiet Ost“

beschäftigt. Unser Fazit lautete damals wie heute: Wir haben als Niedrig- und Billiglohnland keine Chance, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Niedriglohn und Lohndumping schaden der Binnennachfrage, weil sie die Kaufkraft und die öffentlichen Kassen schwächen, aber auch uns in Mecklenburg-Vorpommern. Das Thema „Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes“ ist übrigens keine Erfindung des 21. Jahrhunderts und doch scheint erst in diesem Jahr, im Jahr 2006, die Zeit reif zu sein, die Empfehlungen der EU aus dem Jahre 1977, also mit fast 30 Jahren Verspätung, auch in Deutschland umzusetzen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Im Sommer und Herbst 2004 haben sich sogar die damaligen beiden Regierungsfractionen im Bund, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, mit dem Thema befasst. Im Zuge der Einführung von Hartz IV wurde das Thema jedoch nicht weiterverfolgt. Die Idee vom Mindestlohn ist also keine Erfindung der Linkspartei.PDS und erst recht kein Teufelszeug. Nein, ein gesetzlicher Mindestlohn ist nicht nur überfällig, er ist notwendig, weil es um die Würde der Menschen geht.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Wir fordern die Garantie eines armutssicheren Lohnes für alle in Deutschland beschäftigten Menschen, denn ein Lohn, der Arbeit ohne Armut ermöglicht, stellt aus unserer Sicht die Mindestanforderung an eine sozial gerechte Gegenleistung für Erwerbsarbeit dar. Der gesetzliche Mindestlohn ist kein Allheilmittel, sondern nur ein Instrument, wenn auch ein wichtiges, nur ein Baustein zur Lösung unserer gesellschaftlichen und auch unserer volkswirtschaftlichen Probleme.

Warum brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn so schnell wie möglich? Hierzulande arbeiten 6,9 Millionen Beschäftigte zu prekären Löhnen.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Schlimm.)

Das heißt, sie haben weniger als 75 Prozent des Durchschnittslohnes, so, wie es Herr Mohr auch gesagt hat bei seiner Einführung. Die 2.100 Millionen Vollzeitbeschäftigten, die sogar zu Armutslöhnen, das heißt zu weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohnes arbeiten, stehen acht und mehr Stunden am Tag ihre Frau und ihren Mann und gehen arm nach Hause.

(Karin Strenz, CDU: Was haben Sie denn acht Jahre lang gemacht?)

Oder wie würden Sie es nennen, wenn eine Friseurin 3,50 Euro Stundenlohn bekommt, Frau Strenz?

(Karin Strenz, CDU: Was haben Sie denn gemacht acht Jahre lang?)

Also Herr Wilcken von den Vereinen der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern war so freundlich, uns gestern noch ein Material für unsere, wie er schreibt, außergewöhnliche Debatte über den Mindestlohn zukommen zu lassen. Auf Spekulationen über das Außergewöhnliche an dieser Debatte möchte ich mich jetzt nicht einlassen, aber ich möchte kurz auf den Artikel Bezug nehmen. „Niedriglohn und Arbeit – zwei Paar Schuh“, diese Überschrift stimmt eben nur zum Teil, denn Armut trotz Arbeit ist der Beginn von Armut des einzelnen Arbeitnehmers und seiner Familie.

(Karin Strenz, CDU: Das ist doch geistige Armut.)

Geradezu sarkastisch wird es, wenn es im Artikel heißt,

ich zitiere: „In Ostdeutschland haben immerhin 43 Prozent der Arbeitnehmer mit Niedriglohn noch einen Partner, der mehr mit nach Hause bringt als sie selbst.“ Wem soll der Niedriglöhner denn dafür danken, frage ich Sie. Schauen wir uns doch die Haushaltseinkommen an. Eine Studie der renommierten GfK-Marktforschung GmbH Nürnberg vom November 2004 zeigt, dass in Mecklenburg-Vorpommern 31,2 Prozent aller privaten Haushalte monatlich weniger als 1.100 Euro netto haben.

(Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Das ist der negative Spitzenwert in Deutschland. Berlin und Bremen folgen mit 30,6 beziehungsweise 29,7 Prozent. 132.900 Einpersonenhaushalte in Mecklenburg-Vorpommern verfügten über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 900 Euro. 222.000 Mehrpersonenhaushalte verfügten über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1.700 Euro, das heißt pro Person 850 Euro. Diese Zahlen sollten uns doch zu denken geben.

(Karin Strenz, CDU: Reden Sie doch über die Konsequenzen, die eintreten, wenn das eingeführt würde. Das ist der springende Punkt.)

Der bundesweite Pfändungsfreibetrag, der jedem Schuldner ohne Unterhaltsverpflichtung vom Gesetzgeber zugewilligt wird, liegt derzeit bei 985,15 Euro. Bundesweit und auch in Mecklenburg-Vorpommern können viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst bei einem Vollzeitjob mit ihrer Hände Arbeit nicht mehr das Nötigste, das man zum Leben braucht, verdienen.

(Egbert Liskow, CDU:

Glauben Sie das alles, was Sie sagen? –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Offensichtlich kennen Sie das
Leben in unserem Land nicht. –

Egbert Liskow, CDU: Aber, Frau Gramkow,
sie soll doch über die Auswirkungen sprechen.)

Deshalb sind sie auf ergänzende Hilfe, also Transferleistungen des Staates angewiesen. Darauf haben sie einen gesetzlichen Anspruch. Und allen, die über zu hohe Transferleistungen lamentieren, sage ich: Versuchen Sie doch einmal, mit so wenig Geld über die Runden zu kommen!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Insbesondere die Verfechter des Sozialstaatsabbaus beklagen bekanntlich die hohen Transferleistungen und dabei, da bin ich mir sicher, nehmen nicht einmal alle, die darauf einen gesetzlichen Anspruch hätten, diesen auch wahr.

Niedrige Löhne haben weitere negative Folgen.

(Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Neben hohen Transferleistungen sind sie ein Grund für geringere Einnahmen in den öffentlichen Kassen – weniger Steuereinnahmen, geringere Einnahmen bei Kranken- und Pflegeversicherung, bei Arbeitslosen- und auch bei der Rentenversicherung. Die Folge: Beiträge schnellen hoch oder der Staat muss einspringen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Armut, insbesondere Kinder- und Altersarmut sowie die Zahl der verschuldeten Haushalte nehmen ebenfalls zu.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, durch
Rot-Rot hier in Mecklenburg-Vorpommern.)

Im reichen Deutschland ...

Hören Sie gut zu, Herr Riemann! Hören Sie gut zu, Herr Riemann!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU
und Linkspartei.PDS – Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Im reichen Deutschland leben 1,7 Millionen Kinder in Armut und das darf man einfach nicht ignorieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Ein gesetzlicher Mindestlohn wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Das muss erwirtschaftet werden.)

Existenzsichernder und armutsfester Mindestlohn ist wohl auch der richtige Schritt, um Artikel 1 des Grundgesetzes näher zu kommen. Denn die Würde des Menschen hat für mich vor allem auch mit der Möglichkeit zu tun, dass alle dies auch können, nämlich selbst für sich sorgen.

Notwendig ist ein gesetzlicher Mindestlohn auch, weil die Gewerkschaften sich unter dem Druck wachsender Arbeitslosigkeit gezwungen sahen, eine zunehmende soziale Polarisierung hinzunehmen. Umso wichtiger ist, dass die Gewerkschaften, aber vor allem die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und die Gewerkschaft NGG, aber auch der DGB als Dachverband mit ihren jüngsten Beschlüssen und Kampagnen Kurs auf den gesetzlichen Mindestlohn nehmen. Sie sind nahe bei uns mit unseren Forderungen nach 8 Euro Mindestlohn.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

In Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren zum einen Arbeitsmarktsegmente herausgebildet, in denen es keine Tarifbindungen gibt und in denen die Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften nicht mehr zur Aushandlung armutssicherer Löhne ausreicht. Zum anderen unterlaufen immer mehr Unternehmen aus tarifgebundenen Branchen geltende Tarifverträge. Und genau diese Entwicklungen befördern niedrig entlohnte Beschäftigung. Mehr als 32 Prozent aller Beschäftigten im Westen und 47 Prozent aller Beschäftigten im Osten werden nicht mehr von Tarifverträgen erfasst. Im Gegensatz dazu benötigt man in Dänemark, Schweden, in Finnland und auch in Österreich keinen gesetzlichen Mindestlohn, denn die Höhe der Mindesteinkommen kann dort wegen der hohen Tarifbindung von 90 Prozent über Tarifverträge geregelt werden.

(Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS: Hört, hört!)

In Österreich schätzen übrigens auch 86 Prozent der Manager die Existenz eines Betriebsrates in ihren Unternehmen als einen Vorteil ein. Auch das zeigt ein anderes Verständnis von Arbeitsbeziehungen. 18 der 25 EU-Staaten und die USA, Frau Strenz, haben einen Mindestlohn. Die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte von 1989 verpflichtet die EU-Mitglieder sogar, dafür zu sorgen, dass entsprechend den Gegebenheiten eines jeden Landes den Arbeitnehmern ein gerechtes Arbeitsentgelt garantiert wird,

(Karin Strenz, CDU: Wie sind denn die Gegebenheiten im Land?!)

das ausreicht, um ihnen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Wer also Ja sagt zu Europa, der muss auch Ja sagen zu einem gesetzlichen Mindestlohn,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

auch um Arbeitnehmer/-innen nicht gegenseitig auszuspielen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gesetzlicher Mindestlohn sind machbar.

1944 führte das Großherzogtum Luxemburg als erstes europäisches Land einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Dieser ist an die Preisentwicklung gekoppelt und orientiert sich an der durchschnittlichen Entwicklung der Reallöhne. Die in Luxemburg zurzeit geltenden 8,69 Euro sind der höchste gesetzliche Mindestlohn in Europa. Für qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegt er noch mal 20 Prozent darüber. Oder nehmen wir Großbritannien, Sie haben es ja kurz angeschnitten, Frau Strenz. Dort gibt es seit 1999 einen einheitlichen nationalen Mindestlohn. Die Low Pay Commission besteht aus Vertretern der Arbeitgeber, Gewerkschaften sowie Wissenschaftlern und empfiehlt alle zwei Jahre eine Anpassung dieser Lohnuntergrenze nach wirtschaftlichen und sozialen Faktoren. Seit 1999 gab es einen realen Anstieg des Mindestlohnes auf derzeit 7,36 Euro die Stunde, das heißt also 1.273 Euro monatlich. Die Beschäftigung in Großbritannien hat zugenommen, insbesondere auch in denjenigen Branchen, in denen Mindestlöhne gezahlt werden. Dies führt zu einer breiten Unterstützung des Mindestlohnes nicht nur in der Politik, sondern vor allem auch bei der Bevölkerung.

In Deutschland haben wir, wie Sie wissen, im Baugewerbe seit 1996 über das Arbeitnehmerentsendegesetz einen gesetzlichen Mindestlohn. Das Europäische Parlament und der Rat haben mit der Richtlinie 96/71 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen für fairen Wettbewerb gesorgt und die Wahrung der Rechte der Arbeitnehmer garantieren wollen. Die Bundesregierung hat der Richtlinie bereits im Februar 1996 mit einem eigenen Entsendegesetz vorgegriffen. Anders als in anderen EU-Staaten gilt es jedoch nur für das Baugewerbe, für Maler, Lackierer, Dachdecker und Seeleute. Natürlich sind auch uns die Schwachstellen des Mindestlohnes am Bau bekannt.

(Egbert Liskow, CDU: Aha!)

Aber aus unserer Sicht überwiegen die positiven Effekte und wir können nicht warten, bis auch der letzte Unternehmer eingesehen hat, dass sich Lohndumping und Schwarzarbeit nicht auszahlen.

(Beifall Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ein weiteres gutes Beispiel liefert uns auch die IG Bauen - Agrar - Umwelt anhand des jüngst vereinbarten Zeitarbeitsstarifvertrages. Nur ein Mindestlohn also vermeidet aber Armutslöhne und er wäre eine einheitliche, politische und moralische Orientierung für die Unter- grenze bei der Entlohnung jeglicher Beschäftigung. Er würde die zunehmende Praxis des Lohndumpings stabilisieren. Ähnlich der Low Pay Commission in Großbritannien sollte auch in Deutschland ein Mindestlohnrat die Einführung und Umsetzung begleiten. In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

Ich möchte aber trotzdem zum Abschluss noch ein Wort an die CDU richten. Sie haben vielleicht mitbekommen, dass die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag sich ebenfalls des Themas „Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes“ angenommen hat.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und ich sage Ihnen hier mit allem Nachdruck: Meine Fraktion, meine Partei verzichtet vollkommen auf jedwede Unterstützung der NPD

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und Rudolf Borchert, SPD)

und anderer rechtsextremer, rechtspopulistischer und rechtsgerichteter Parteien.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch klar. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir bitten uns also auch seitens dieser Parteien solche Angebote und weisen sie strikt zurück. Die NPD ist aus unserer Sicht keine verfassungskonforme Partei. Das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht wurde wegen Verfahrensfehlern eingestellt und bedeutet nicht, dass diese Partei demokratisch ist und verfassungsgemäß agiert. Also, Herr Jäger, wir bitten uns diese Gleichsetzung in jeder Form. Wir fordern Sie auf, das zu unterlassen und stattdessen den Konsens aller Demokraten zu teilen. Keine Chance für Neonazis hier in Mecklenburg-Vorpommern und anderswo!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und Rudolf Borchert, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Lück.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Mohr. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Klaus Mohr, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Verehrte Kollegin Strenz, ich kann Ihnen an der Stelle noch einmal ausdrücklich versichern, dass wir mit beiden Beinen – ich betone das, mit beiden Beinen – sehr wohl in der Realität stehen, wenn wir hier über Mindestlohn diskutieren. Bei Ihnen bin ich mir da nicht ganz sicher. Warum, das werde ich Ihnen gleich sagen, denn offensichtlich verkennen Sie hier die Fakten, Frau Strenz, und über diese möchte ich gern noch einmal ein Wort verlieren an dieser Stelle. Ihr Motto scheint zu sein „Mit Voll-dampf in die Zukunft“. Ich habe den Eindruck, man muss konstatieren: „Mit Karacho im Vorgestern gelandet und hängen geblieben“.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Genau das ist der Eindruck, liebe Frau Strenz, der sich hier aufdrängen muss. Noch einmal: Sie verkennen hier ganz einfach die Fakten, wenn Sie sich den deutschen Arbeitsmarkt angucken. Wie sehen diese aus? Fakt ist, es ist schon von der Kollegin Lück angesprochen worden, dass die Löhne stagnieren. Und ein wichtiger Punkt ist der, das muss man einfach mal zur Kenntnis nehmen, eine erhebliche Anzahl von Menschen in diesem Land bezieht eben keine existenzsichernden Löhne mehr und diese Zahl steigt stetig. Eine aktuelle Auswertung der Beschäftigten- und der Grundsicherungsstatistik durch die Bundesagentur für Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass im Juni 2005 hochgerechnet 388.000 sozialver-

sicherungspflichtig Beschäftigte ergänzend Arbeitslosengeld-II-Leistungen bezogen haben, Frau Strenz, 388.000 Frauen und Männer, die Vollzeit gearbeitet haben.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Und vor dem Hintergrund möchte ich noch einmal deutlich machen, das sind Frauen und Männer, das sind Beschäftigte, die jede Woche von Montag bis Freitag acht Stunden hart arbeiten, und diese Menschen haben am Ende des Monats so wenig in der Tasche, dass sie mit diesem Geld noch nicht einmal ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien bestreiten können.

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist ein Skandal!)

Nur durch die Aufstockung ihres Einkommens, durch die steuerfinanzierte Leistung, Transferleistung, Arbeitslosengeld II, kommen diese Menschen überhaupt mit ihren Familien über die Runden. Und wenn ich sage, sie brauchen staatliche Hilfe, um über die Runden zu kommen, dann heißt das, dass damit gerade einmal das sogenannte soziokulturelle Existenzminimum dieser Menschen sichergestellt ist. Und ich betone an der Stelle noch einmal ausdrücklich: Einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II, auch auf aufstockendes Arbeitslosengeld II, wird nur nach einer restriktiven Rechtsprüfung, einer Bedürftigkeitsprüfung anerkannt, eine Prüfung nämlich, die das eigene Einkommen, gegebenenfalls aber auch das Einkommen des Partners sowie weitere Ersparnisse, wenn sie denn vorliegen, einbezieht.

Ich betone dies deshalb, meine Damen und Herren, noch einmal so besonders und so dezidiert, um endlich einmal Schluss zu machen mit diesem oft zitierten meines Erachtens Pseudoargument, das Einkommen auch bei Niedriglohnjobbern sei im Regelfall zusammen mit einem Partnereinkommen so hoch, dass man sich damit problemlos über Wasser halten könne. So wird es jedenfalls lapidar in einem Beitrag des Institutes der deutschen Wirtschaft vom 15. Juni 2006 zum Thema Niedriglohn behauptet. Kollegin Lück hatte dazu auch schon entsprechende Passagen zitiert. Ich denke, meine Damen und Herren, diese Herrschaften verkennen offensichtlich die Realität von 300.000 arbeitenden Menschen. Und an dieser Stelle frage ich Sie: Ist die von mir beschriebene Situation gerecht? Ist das gerecht, dass Leute hier Full-time arbeiten und trotzdem nicht ein hinreichendes Einkommen beziehen, um über die Runden zu kommen und ihren Existenzunterhalt sicherzustellen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Strenz, nur zum Vergleich: Nach einer Kienbaum-Studie aus dem April 2006 beläuft sich derzeit das durchschnittliche Jahresbruttogehalt von Geschäftsführern in Deutschland in Unternehmen mit bis zu 100 Beschäftigten auf 251.000 Euro. Meine Damen und Herren, nur damit das hier an der Stelle noch einmal klargestellt ist, es geht mir nicht um irgendwelche Neiddebatten. Leitende Angestellte in Betrieben und Unternehmen dieses Landes sollen ganz selbstverständlich ihre verantwortungsvolle und häufig äußerst zeitintensive Tätigkeit angemessen vergütet bekommen. Das ist überhaupt nicht die Frage. Und wenn ich mir hier die entsprechenden Gehaltsstatistiken ansehe, ist das in der Regel auch der Fall, denn mit der von mir genannten durchschnittlichen Jahresvergütung stehen deutsche

Chefs zum Beispiel im internationalen Vergleich mit an der Spitze. Das müssen wir konstatieren. Aber, meine Damen und Herren, ich komme zurück auf meine Frage von vorhin.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ist das gerecht? Und ich sage Ihnen, eine Situation, wo immer mehr Menschen in diesem Land trotz Vollzeitjob nicht genug Geld bekommen, um hier einen Lebensunterhalt sicherzustellen, angesichts der Gehaltsentwicklung zum Beispiel bei leitenden Angestellten, ist aus meiner Sicht und aus unserer Sicht nicht gerecht.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD, Heinz Müller, SPD,
und Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, gerecht und angemessen ist es vielmehr, sicherzustellen, dass Vollzeitbeschäftigte zukünftig nicht mehr auf die Grundsicherung angewiesen sind. Das sagen im Übrigen auch internationale Arbeitsmarktexperten. Beispielsweise hat der Leiter der Abteilung Arbeitsmarktforschung bei der ILO, Dr. Peter Auer, am 12. Juni 2006 im Gespräch mit der „Berliner Zeitung“ gesagt, dass die Tarifbindung, die jahrzehntelang als Garant des sozialen Friedens in der Bundesrepublik galt, dramatisch abgenommen hat. Und wörtlich hat er ausgeführt, ich zitiere das noch einmal: „Faktisch ist der Arbeitsmarkt in Deutschland hinsichtlich der Löhne heute anscheinend weitgehend dereguliert. Da ist es dann sinnvoll, eine untere Haltelinie einzuziehen.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Und an dieser Stelle, meine Damen und Herren, sei die Anmerkung erlaubt, Herr Auer ist nicht irgendein Experte, sondern der Fachmann für Arbeit und Beschäftigung bei der ILO, einer wichtigen Unterorganisation der Vereinten Nationen. Diese untere Haltelinie einzuziehen, von der hier Dr. Auer gesprochen hat, ist aus Sicht der SPD-Fraktion ein richtiges und ein wichtiges politisches Anliegen. Und diesem Anliegen tragen wir durch unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn Rechnung.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, was Ihren Änderungsantrag, den Sie hier vorgelegt haben, betrifft, lehnen wir diesen ab,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

ganz klar, ohne Wenn und Aber, und zwar vollständig, denn aus diesem Antrag, liebe Frau Strenz, wird deutlich, dass Sie in Wahrheit keinen gesetzlichen Mindestlohn wollen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sehr richtig, Herr Mohr.)

Und ich würde an der Stelle sagen: Sagen Sie das so klipp und klar doch einfach mal den Leuten!

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, sagen
Sie es doch mal klar! – Zuruf von
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Sprechen Sie es aus und kommen Sie hier nicht wieder mit einem Antrag, der zu einem Prüfauftrag umformuliert wird. Klar ist, die Fakten sind hinreichend bekannt. Wir müssen hier nicht mehr prüfen. Es gibt ganze Bibliotheken, ganze Bücherbestände über Sachverständigen-gutachten, über Bewertungen, über Zahlenwerke, Statistiken et cetera. Klar ist hier, die Fakten sind hinreichend bekannt, sie liegen auf dem Tisch. Nun ist Handeln

gefragt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS, und Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS – Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Und wir wollen handeln, weil wir mehr Gerechtigkeit für die Menschen in unserem Land, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, schaffen wollen, die hart arbeiten. Mindestlöhne, wie wir sie wollen, schützen im Übrigen nicht nur die Arbeitnehmer vor Ausbeutung, sondern sie schützen auch die Arbeitgeber,

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

und zwar gerade Kleinarbeitgeber, nämlich vor einem Vernichtungswettbewerb durch Mitbewerber, die hier mit Dumpinglöhnen arbeiten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Ich bitte deshalb noch einmal ausdrücklich um die Unterstützung unseres sehr vernünftigen Antrages. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mohr.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Strenz von der Fraktion der CDU.

Karin Strenz, CDU: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Werter Herr Mohr, wenn Sie von Handlungskompetenz sprechen, kann ich nur feststellen, dass in den letzten acht Jahren – und das betone ich noch einmal, weil ich möchte, dass es auch zu Protokoll kommt – 100.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in diesem Land verloren gegangen sind.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Auf welcher Basis, auf welchen gesetzlichen Regelungen, das müssen wir natürlich noch mal fragen. Das blenden Sie natürlich wieder aus.)

Es geht darum, nicht etwas in die Wege zu leiten, was am Ende, werte Frau Borchardt, Sie sind ja auch ein Experte in Volkswirtschaft, zur Folge hat, dass noch mehr Arbeitsplätze verloren gehen und die Bürgerinnen und Bürger durch Ihre Entscheidung möglicherweise erst in die Schwarzarbeit getrieben werden.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Nein, auch auf Bundesebene. Gucken Sie noch mal nach! – Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Auf Bundesebene!)

Zu der Unterstellung, dass wir hier etwas generell ablehnen, was Sie vermuten:

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Wir haben etwas gemacht, wir haben einen Änderungsantrag geschrieben. Dafür gab es übrigens zwei Gründe. Der erste Grund war der, dass Ihr Antrag grotesk schlecht war. Es stand nichts drin, was zu gebrauchen war. Und der zweite Grund ist der, dass man nicht etwas einführt, ohne vorher zu prüfen, welche Konsequenzen es hat. Und wenn Sie es mit Ihrem Antrag ehrlich meinen,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Das meinen wir sehr ehrlich.)

dann haben Sie den Bürgern gegenüber eine Verpflichtung,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Stimmt.)

nämlich zu prüfen, welche Auswirkungen die Einführung eines Mindestlohnes hätte. Und wenn dann eine solche Prüfung ergäbe, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen würden, dann wäre es doch in Ordnung. Wenn das allerdings nicht der Fall ist, dann muss man davor warnen, und das tun wir im Vorfeld, weil wir unsere Verantwortung ganz deutlich spüren.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS – Zurufe von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Und natürlich sehen Sie, dann muss man über Alternativen nachdenken. Man muss ganz genau gucken, was sich denn nun wirklich lohnt. Wenn das, was Sie hier betreiben, nicht nur pure Propaganda von Sozialisten ist, sondern ein ernst gemeintes Anliegen, stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. Tun Sie es nicht, dann weiß ich, allerliebste Frau Borchardt, wie wir uns im Wahlkreis im Wahlkampf wiedertreffen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zurufe von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Strenz.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2352 abstimmen. Wer dem CDU-Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/2309,

(Heinz Müller, SPD: Das war der Änderungsantrag! – Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD)

Entschuldigung, der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2352 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Linkspartei.PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung des Antrages. Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/2309 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/2309 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der Linkspartei.PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 42**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Altenhilfeplanung für Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/2302.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Altenhilfeplanung für
Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/2302 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Altenhilfeplanung für Mecklenburg-Vorpommern muss auf die Tagesordnung im politischen Geschäft gestellt werden. Immerhin haben wir festzustellen, dass seit fünf Jahren eine Planung in diesem Lande fehlt. In besonderer Weise brauchen wir eine Rahmenplanung, auch mit Blick auf das Landespflegegesetz, das am 31.12.2007 ausläuft, und da vor allem die PDS

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Linkspartei!)

gesagt hat, dass dieses fortgeschrieben werden soll, da im Kern das Pflegegeld in dieser Novelle steckt.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten, die auch für Mecklenburg-Vorpommern vorhanden sind, das heißt, ambulante Strukturen, vorstationäre Strukturen. In besonderer Weise will ich darauf hinweisen, dass wir in den letzten Jahren im Vergleich von 1999 an gesehen eine Steigerung von Pflegebedürftigkeit im Land um etwa acht bis neun Prozent zu konstatieren haben. Das heißt, in der Pflege werden in Mecklenburg-Vorpommern circa 50.000 Bürgerinnen und Bürger gepflegt und davon in der Häuslichkeit über 34.000.

Meine Damen und Herren, auch die Verbesserung der Qualität der Pflege insgesamt muss in diesem Rahmen eine Rolle spielen. Und da geht es auch um die Frage der Heime und um neue Strukturen, die sich aus dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz ergeben könnten und ergeben, also vernetzte Strukturen, die Pflegeklinik und Reha miteinander verbinden und vernetzen. Des Weiteren brauchen wir Angebote für die Familien, die Pflege besser leisten können, indem sie auch in die Lage versetzt werden, dieses von der Grundlage her zu schaffen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Zahlen nennen, wie es sich bei der Verteilung der Leistungsempfänger in der Pflegeversicherung verhält. Von den Bürgerinnen und Bürgern, die heute gepflegt werden, sind etwa 31 Prozent unter 70 Jahre, 24,7 Prozent sind zwischen 70 und 80 Jahre alt, zwischen 80 und 90 Jahre sind es immerhin 31,2 Prozent und über 90 13 Prozent. Daraus ergeben sich die Aufgaben für die Zukunft. Wir hatten vorher schon in einem Tagesordnungspunkt das persönliche Budget angesprochen. Die Leistungen der Pflegedienste sind auf dem Prüfstand. Eine neue Lebenswelt im Alltag ist zu erwarten. Darauf muss sich auch unser Land vorbereiten. Dazu brauchen wir eine Altenhilfeplanung. Wir brauchen die Stärkung und Unterstützung sowie die Entlastung der Familien. Wir brauchen die Förderung und die Begleitung sowie das Fitmachen ehrenamtlicher Helfer, um das Pflegepotenzial insgesamt besser ausnutzen zu können.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt im Rahmen der Gesundheitswirtschaft und der Beschäftigungslage in der Pflege wird sein – es sind immerhin

13.000 Bürgerinnen und Bürger hier im Land mit Pflege beschäftigt –, wir brauchen neue Betätigungsfelder, innovative Wohnformen und Betreuungsformen. Wir brauchen eine stärkere Position der Pflege im Gesundheitsmarkt, wir brauchen die Etablierung von Mischformen, von ambulanten und stationären Versorgungsformen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch eine neue Qualität bei der Ausbildung in der Pflege, also professionelles Handeln. Dazu wollen wir anstoßen und auch anregen, diese Altenhilfeplanung auf den Weg zu bringen. Nun höre ich wieder Stimmen, da es die CDU beantragt, müssen wir es ablehnen, um später selbst einen Antrag einzubringen. So wird es wahrscheinlich wieder sein.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Viele andere Beispiele in der Geschichte beweisen das. Des Weiteren muss in dieser Pflegeplanung auch die Frage beantwortet werden, wie sich im ländlichen Raum die Versorgung zukünftig gestalten soll, welche altergerechten Wohnformen wir in Mecklenburg-Vorpommern installieren wollen und welche gezielten Unterstützungen auch für Seniorenwohnformen entwickelt werden können. Das oberste Ziel ist, ein möglichst selbstbestimmtes Wohnen im Alter sehr lange zu garantieren, und dem wollen wir uns zuwenden. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Glawe.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Glawe, Sie haben in Ihrer Rede sehr bemerkenswerte, auch für die tägliche Arbeit im Bereich der Pflege bedenkenswerte Ausführungen gemacht. Zu Ihrem Antrag konkret möchte ich sagen, ein Blick in das Gesetz erleichtert oft die Standpunktfindung.

(Zuruf von Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Und das, denke ich, sollte auch bei der Abfassung von Landtagsanträgen gelten. Ihr Anliegen ist im Gesetz verankert. Gemäß Paragraf 5 Absatz 2 des Landespflegegesetzes hat das Sozialministerium im Zusammenwirken mit den kommunalen Landesverbänden mindestens alle vier Jahre eine Pflegerahmenplanung für die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege aufzustellen. Das heißt also, die Inhalte, die inhaltlichen Vorgaben sind definiert. Sie werden in der täglichen Arbeit umgesetzt und insofern kann ich nicht erkennen, inwieweit der Antrag zur Erstellung einer Altenhilfeplanung über die gesetzlichen Vorgaben hinausgeht. Er bietet auch von der inhaltlichen Strukturierung her keine neuen Aspekte. Ich halte ihn nicht für erforderlich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
Linkspartei.PDS – Harry Glawe, CDU: Das ist
ja unglaublich! Wer hat Ihnen das denn wieder
aufgeschrieben?! Das ist ja unglaublich! Das gibt's
doch gar nicht! 2001 haben das alle Kommunen

zugearbeitet und Sie haben das dann nicht mehr weitergemacht. Das ist ja nicht zu fassen!

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jörg Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Lieber Herr Glawe, ich schätze Sie ja sonst sehr,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

aber das, was Sie hier gerade ausgeführt haben, hat mit dem Thema Altenhilfeplanung nicht so wahnsinnig viel zu tun. Ich war auf kommunaler Ebene einmal für Altenhilfeplanung verantwortlich zu einer Zeit, als man damit noch, ich sage mal, durchschlagende Wirkung erzielen konnte, weil die Finanzierung daran gekoppelt war. Heute haben wir leider etwas andere Verhältnisse. Man könnte sagen: Plant mal ruhig! Im Grunde genommen macht sowieso jeder, was er will.

Wir haben mit Inkrafttreten des Pflegeversicherungsgesetzes eine Situation, dass diejenigen, die Einrichtungen betreiben wollen, nicht mehr davon abhängig sind, ob sie in irgendeiner Altenhilfeplanung aufgenommen wurden, sondern sie müssen fachliche Voraussetzungen erfüllen und können dann einen Versorgungsvertrag abschließen. Das heißt, es kann sie keiner mehr daran hindern. Als Beispiel kann man sich hier Schwerin angucken. Hier schießen quasi die stationären Pflegeeinrichtungen wie die Pilze aus der Erde, könnte man fast sagen. Im letzten Jahr sind zwei oder drei an das Netz gegangen. In diesem Jahr werden zwei oder drei neu gebaut, ohne dass die Kommune als Träger der Altenhilfe hier in irgendeiner Form Einfluss darauf nehmen könnte. Das ist im Grunde genommen passé. Gleiches gilt auch für ambulante Pflegedienste. Derjenige, der einen ambulanten Pflegedienst eröffnen will, ist heute nicht mehr in der Situation, dass er sich beim Sozialträger deswegen melden muss, sondern er wendet sich an die Pflegekasse, muss die qualitativen Voraussetzungen nachweisen, und damit ist im Grunde genommen dann die Sache auch geregelt. Wenn er die erfüllt, dann wird ein Versorgungsvertrag gemacht.

Also das ist die eine Seite der Medaille, dass man heute mit dem Bereich einfach im Wettbewerb ist, und die andere Seite der Medaille, Herr Glawe, ist, es geht hier, wenn ich Ihren Antrag richtig verstanden habe, um das Thema Forcierung der Ambulantisierung. Für den ambulanten Bereich ist das Land nicht verantwortlich, sondern der ambulante Bereich gehört planungsmäßig in die Zuständigkeit der örtlichen Sozialhilfeträger und ist damit der Landesebene entzogen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber, Herr Glawe, ich will Ihnen eine Möglichkeit aufzeigen – Sie haben gleich noch Gelegenheit, darauf einzugehen –, wo wir die Möglichkeit gehabt hätten, wirklich aktiv auf das Thema Ambulantisierung Einfluss nehmen zu können.

Und zwar ist mir Folgendes passiert: Am Rande des Hauptstadtkongresses in Berlin habe ich mit jemandem gesprochen, der mir Folgendes erzählte. Er kam aus Niedersachsen und sagte, unsere Sozialamtsleiterin hier im Kreis ist jetzt dabei, das Thema Heimabwehr zu organisieren. Für jeden, der jetzt in eine stationäre Pfl-

geeinrichtung aufgenommen werden soll, werden Überprüfungen eingezogen, ob denn wirklich die stationäre Aufnahme in die Einrichtung notwendig ist. Das passiert in Niedersachsen. In Niedersachsen gibt es auch ein Sozialhilfefinanzierungsgesetz. Nur das sieht ein bisschen anders aus als das unsrige. Da gibt es auf der örtlichen Ebene ein Interesse daran, dass eine Aufnahme in stationären Einrichtungen nicht stattfindet.

Schauen wir uns die Situation bei uns in Mecklenburg-Vorpommern einmal an. Unser Sozialhilfefinanzierungsgesetz, das wir jetzt erst novelliert haben, führt nicht dazu, dass der Ambulantisierung, dem Vorrang der ambulanten Hilfe, Rechnung getragen wird. Das führt signifikant nicht dazu. Ein Beispiel aus Schwerin ist jetzt auch durch die Zeitung gegangen, da gab es einen Träger, der eine ambulante Einrichtung für Wohngruppen von Menschen mit Demenz gebaut hatte. Der örtliche Sozialhilfeträger weigerte sich nachhaltig, das zu bezahlen. Das hat etwas mit unserem Sozialhilfefinanzierungsgesetz zu tun, Herr Glawe. Und ich kann mich erinnern, dass gerade Ihre Fraktion es gewesen ist, die in der Diskussion um das Sozialhilfefinanzierungsgesetz das Thema „Orientierung an den Ist-Kosten“ am meisten hochgehalten hat. Sie als die Kommunalpartei haben gesagt: Ist-Kosten sind für uns das Leitmaß aller Dinge. Und das führt dazu, dass das Thema Ambulantisierung und Ausdifferenzierung eben nicht in dem Maße passiert, wie es eigentlich passieren könnte und wie es offenbar in anderen Bundesländern auch möglich ist.

Und wenn wir uns unser Landespflegegesetz einmal ansehen, Herr Glawe, gibt es heute in diesem Landespflegegesetz schon die Möglichkeit, Modellvorhaben zu finanzieren, sowohl im investiven als auch im Betriebsbereich, aber bei laufendem Aufwand. Also wenn Sie die Einrichtungen kennen, dann können Sie die, die modellhaft etwas implementieren wollen, darauf hinweisen, dass unser Landespflegegesetz heute diese Möglichkeiten schon bietet.

Also wenn Sie die Einrichtungen kennen, dann können Sie die, die modellhaft etwas implementieren wollen, darauf hinweisen, dass unser Landespflegegesetz heute diese Möglichkeiten schon bietet.

Unser Landespflegegesetz, Herr Glawe, ist damals in der Diskussion auch stark von Ihnen kritisiert worden. Es verpflichtet einzelne unterschiedliche Versorgungsbereiche zur Zusammenarbeit. Krankenhäuser beispielsweise und die Kranken- und Pflegekassen sind auf der Grundlage unseres Landespflegegesetzes verpflichtet zusammenzuarbeiten, müssen sich also abstimmen und koordinieren, um dem Interesse der Pflegebedürftigen Rechnung zu tragen. Dieses Projekt ist überregional positiv zur Kenntnis genommen worden. Das ist auch in unterschiedlichen Fachzeitschriften publiziert worden, das können Sie sich mal ansehen, Herr Glawe. Das ist eine Geschichte, die gut und richtig war, an der Sie sich damals aber nicht beteiligt haben.

(Harry Glawe, CDU: Was?)

Ja. Das Gesetz haben Sie auch abgelehnt, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Das sind aber falsche Informationen.)

Das weiß ich aber noch ganz genau.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:
Ja, ja, hören Sie doch auf! Das haben
wir sogar gemeinsam gemacht.)

Wenn wir uns das Thema Koordination und Zusammenarbeit ansehen, Herr Glawe, dann gibt es schon an der einen oder anderen Stelle Pflegekonferenzen,

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja, ja.)

die solche Dinge besprechen. Wir haben diese Pflegekonferenzen auf der Landesebene – ich glaube, bei der letzten waren Sie auch zugegen –, wo solche Sachen erörtert werden und wo solche Absprachen getroffen werden. Solche Pflegekonferenzen haben wir aber auch auf der örtlichen Ebene. Auch die Kreise und kreisfreien Städte sind durchaus dazu berechtigt und wenn sie klug sind, dann richten sie solche Pflegekonferenzen ein. Zwingen können wir sie nicht.

Also noch einmal: Das Instrument der Altenhilfeplanung ist heute nicht mehr hinreichend, um die Dinge zu lösen, die Sie eigentlich wollen. Das, was Sie vorgetragen haben, ist sinnvoll und richtig, aber mit Altenhilfeplanung nicht mehr zu erreichen.

(Harry Glawe, CDU: Ach, hören Sie doch auf!)

Ich würde Ihnen empfehlen, gucken Sie mal nach Nordrhein-Westfalen, da sind Sie jetzt an der Regierung,

(Harry Glawe, CDU: Gucken Sie doch
mal nach Brandenburg! – Zuruf von
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

aber da haben Sie auch nicht richtig viel zu tun, das hat die Vorgängerregierung initiiert. Da ist, ich glaube, in der letzten Legislatur eine Enquetekommission zum Thema „Situation und Zukunft der Pflege“ initiiert worden.

(Harry Glawe, CDU: Alle Beschäftigten sind
gefragt worden. Wir brauchen das nicht.)

Und die haben eine hervorragende Arbeit vorgelegt. Vielleicht wäre das auch mal ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Glawe, vielleicht wäre das auch ein Hinweis für Aktivitäten in der nächsten Legislaturperiode, dass man sich auf der Landesebene einmal damit beschäftigt,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

ob man eine Enquetekommission bilden will, die sich mit dem Thema Pflege beschäftigt. Da kann man auch den kommunalen Bereich mit einbeziehen. Das ist der erste Punkt, Herr Glawe.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und das Thema Sozialhilfefinanzierungsgesetz können wir auch noch einmal erörtern.

(Harry Glawe, CDU: Das hätten Sie doch
gleich machen können. Das wäre konstruktiver.)

Ich sage Ihnen, wenn Sie Ambulantisierung wollen, dann müssen Sie nur eins machen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dann müssen Sie im weitesten Umfang weg von den Ist-Kosten, dann sollen Sie mal sehen, was da passiert. Dann wäre es zum Beispiel auch nicht mehr zu befürchten, dass ein Träger wie hier in Schwerin, der diese ambulant betreute Wohngemeinschaft für demenziell veränderte Menschen geplant hat, solche Schwierigkeiten

hat, diese Einrichtung vom örtlichen Träger finanziert zu bekommen.

(Harry Glawe, CDU: Ach nee! Ach nee!)

Das können Sie mit Altenhilfeplanung nicht lösen, Herr Glawe.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Vielleicht sollte die
CDU-Fraktion an der Beiratssitzung teilnehmen. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen, weil der nichts bringt. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplín von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde in die gleiche Kerbe hauen. Herr Glawe, Sie hören Stimmen,

(Harry Glawe, CDU:
Herr Heydorn macht Stimmung.)

ich verstehe die Welt nicht mehr. Das zu Ihrem Antrag. Denn im Grunde genommen waren es CDU/CSU und FDP, die 1996 mit der bundesrechtlichen Veränderung in der Altenhilfe die Planungsinstrumente abgeschafft und gesagt haben, die Balance stellt sich durch die Anbieter und Nachfrager von selbst her. Nunmehr wollen Sie die Landesregierung zur Planwirtschaft verpflichten und das kann ich nun gar nicht verstehen.

Es ist darauf verwiesen worden, dass es in den Kommunen ebenso wie auf Landesebene Konferenzen gibt zur Pflege. Die halte ich für sehr wichtig. Die Ergebnisse, die dort präsentiert werden, und die Ergebnisse der Konferenzen selbst sind wichtig für die Entwicklung der Pflegelandschaft. Das beweisen Pflegeeinrichtungen wie zum Beispiel eine Pflegeeinrichtung von der AWO in Neustrelitz, die mir jetzt gerade präsentiert hat, dass sie sich nach der ersten Pflegekonferenz des Landes, die die Sozialministerin nach Güstrow einberufen hatte, entschlossen hat, Wohngruppen zu bilden, also ihre Pflegearbeit und die Struktur dort in dem Haus zu verändern zum Positiven für die Heimbewohnerinnen und Heimbewohner. Das ist eine gute Sache. Ich denke, mit diesem Antrag zur Altenhilfeplanung, so, wie Sie ihn vorgestellt haben, kommen wir nicht weiter. Ich unterstütze den Gedanken, den Herr Heydorn hier vorgetragen hat, eine Enquetekommission

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

in der nächsten Legislaturperiode zu diesem Thema einzubringen.

(Torsten Renz, CDU: Dann nehmen wir unseren
Antragstext wieder und ändern die Überschrift.)

Dann würden Sie Ihrer Überlegung auch treu bleiben, Herr Renz. Sie würden sich deshalb treu bleiben, weil Herr Glawe zu Recht darauf verwiesen hat, dass es eine enorme Vernetzung in diesem Bereich gibt.

(Egbert Liskow, CDU: Herr Koplin,
Sie haben uns richtig enttäuscht.)

Die Altenhilfeplanung als Instrument allein ist nur ein Segment.

(Egbert Liskow, CDU:
Sie sind doch Fachpolitiker!)

Man muss sich anschauen, wie wirkt dieser Bereich insgesamt in der Gesellschaft, wie wirken andere Bereiche auf ihn. Hier ist mehr notwendig, als ein einzelnes Instrument einzubringen. Insofern lehnen wir diesen Antrag ab. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Koplin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

(Bodo Krumbholz, SPD: So,
jetzt richtig vom Leder ziehen! –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Lassen Sie sich nicht beeinflussen!)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich trete heute hier mit dem Vorsatz an, mich in der letzten Sitzung nicht noch aufzuregen, obwohl natürlich die entsprechenden Redebeiträge, die Sie wieder abgeliefert haben, meine sehr geehrten Damen und Herren von SPD und PDS, eigentlich ein anderes Handeln erfordern. Aber ich werde versuchen, mich sozusagen unter Kontrolle zu halten.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Tun Sie,
was Sie nicht lassen können! – Zuruf von
Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

Aber die Sinnhaftigkeit von einigen Formulierungen gilt es doch, hier noch einmal aufzurufen. Herr Heydorn hat ausdrücklich das Anliegen unseres Antrages als sinnvoll und richtig erklärt. Logischer Schluss, den wir daraus ziehen müssen oder den er gezogen hat: Ablehnung des CDU-Antrages. Herr Koplin hat das noch etwas verschärfter hier dargestellt.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Das hat er gut gemacht.)

Er hat erst einmal ausgeführt, dass er die Welt nicht mehr versteht. Das ist schon sehr interessant. Daraus leite ich jetzt einmal ab, wenn er die Welt nicht versteht, dann kann er schon gar nicht unseren Antrag verstehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Daraus kann ich die Empfehlung an dieser Stelle an Sie herausgeben, Herr Koplin:

(Zurufe von Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS,
und Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Sie sollten überlegen, ob Sie überhaupt an der Abstimmung zu diesem Antrag teilnehmen.

(Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS:
Unterste Schublade.)

Das sollten Sie sich wirklich noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Sie haben ja noch ein paar Minuten Zeit und vielleicht nehmen Sie dann aus diesem Grunde

gar nicht an der Abstimmung teil.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Dann soll er eine Erklärung abgeben.)

Die sehr geehrte Frau Ministerin scheint schon auf dem Absprung zu sein. Also so kurz und bündig hat sie hier noch nie gesprochen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sie ist nicht auf dem Absprung, aber sie hat heute noch eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Die Aufgabe ist, Prora 06 ordentlich zu eröffnen.)

Das war wirklich nicht nur kurz gehalten, sondern auch sehr kurz gesprungen, Frau Gramkow.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Das hat mich schon sehr überrascht.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Aber irgendwie steckt auch dort eine Logik drin, denn wer auf diesem Sektor nichts gemacht hat, hat natürlich auch nichts zu berichten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber ich möchte diesen Punkt auch nutzen, um generell noch einmal die Verfahrensweise mit Anträgen hier anzusprechen. Fachlich hat mein Kollege Glawe versucht, Sie zu überzeugen. Es macht wahrscheinlich wenig Sinn, aber ich sage es Ihnen noch einmal. Ich stelle natürlich auch so ein bisschen die Sinnhaftigkeit von Politik infrage, wenn ich das Beispiel der Verfahrensweise in diesem Hohen Hause nach fast vier Jahren analysiere. Ich habe mich heute Morgen in diesem Zusammenhang an unseren Antrag im Mai 2003 erinnert,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

ein Programm zur zukünftigen flächendeckenden medizinischen Versorgung hier zu beschließen. Was ist passiert? Die Opposition wurde selbstverständlich inhaltlich niedergemacht.

(Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Wie kann man auf so einen Antrag kommen? Ist nicht notwendig. Brauchen wir nicht. Ablehnung. Ein Jahr später – man hat natürlich die entsprechende Zeitschiene dahin eingehalten – hieß es nicht mehr „Programm zur zukünftigen Sicherung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“, sondern das Wort „Programm“ wurde durch „Masterplan“ ersetzt und alles andere blieb gleich. Antragsteller waren SPD und PDS. Dann war es gut, richtig und wichtig und wurde beschlossen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bleiben Sie bei
der Wahrheit! Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Diesmal wird es so sein, die Zeitschiene wird Ihnen weglaufen.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Ich habe noch nie 'ne Schiene laufen sehen.)

Sie haben nicht die Möglichkeit, diesen sinnvollen Antrag, den wir hier eingebracht haben, eines Tages zu Ihrem eigenen Antrag zu machen, weil es die Zeitschiene in dem Sinne nicht mehr erlaubt.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Wollen Sie uns aus dem Landtag verbannen?)

Aber wenn Sie sich die Kommentare der Presse zu Gemüte führen, auch gerade das, was heute hier wieder zum Thema Rauchen kommentiert wird,

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS,
und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

angesichts dieser Groteske, also Ablehnung – ich will Ihnen das ersparen mit der Vernebelung der einzelnen Personen, die hier aufgezählt sind –, wird die wahre Ursache deutlich. Nur weil die CDU das Rauchverbot fordert, wollen SPD und PDS nicht zustimmen.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Die wahre Ursache!)

Es ist der alberne Grabenkampf zwischen Opposition und Regierung, in dem einer dem anderen den Erfolg nicht gönnt, erst recht nicht im Wahljahr. Ähnliches will ich hier an dieser Stelle einfach konstatieren, auch bei unserem Antrag.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das haben
wir im gleichen Fall bei „Fahren mit 17“
gesehen, Herr Renz.)

Es ist natürlich richtig, Herr Kollege Nieszery, dass ich bisher nur aufseiten der Opposition tätig war und Sie gleich hineingeschlittert sind, wahrscheinlich aus Versehen, und das hier so durchtragen mussten.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das ist aber Ihr Problem. Ich denke, wenn ich in Regierungsverantwortung kommen sollte,

(Klaus Mohr, SPD: Bestimmt nicht!
Bestimmt nicht, Herr Renz!)

werde ich nicht mit diesem Blick geradeaus durchmarschieren wie vielleicht der eine oder andere.

(Klaus Mohr, SPD: Nein, ganz sicher nicht, ganz
sicher nicht, ganz sicher nicht, keine Sorge! –
Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Gerade Sie im Bereich der Verwaltungsmodernisierung sind ein prädestiniertes Beispiel dafür. Ich denke, es muss tatsächlich hier die Sinnhaftigkeit bei dieser Verfahrensweise infrage gestellt werden.

Ich will Ihnen abschließend das Beispiel des Regierungsprogramms der PDS für Thüringen hier zur Diskussion stellen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Aber wir sind in Mecklenburg-Vorpommern,
Herr Lehrer! Herr Lehrer, ich weiß was!)

Glücklicherweise ist es dazu nicht gekommen, aber Sie wissen ja, Papier ist geduldig. Sie haben es, zumindest wenn wir den Bereich Altenhilfeplanung aufrufen, in Thüringen. Dort gilt Folgendes: Die PDS schreibt, die Altenhilfeplanung des Landes und der Kommunen muss langfristig nach den Bedürfnissen der älteren Menschen gestaltet werden.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Da muss man noch aufgefordert werden.)

Im Interesse der älteren Menschen sind in die Überlegung einer Altenhilfeplanung sämtliche gesellschaftlichen Bereiche mit einzubeziehen. Sie sehen hier in Thü-

ringen die Notwendigkeit, bei der Altenhilfeplanung auch auf Landesebene etwas zu tun. Ich konstatiere: Das gilt für Mecklenburg-Vorpommern nicht –

(Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

wahrscheinlich aufgrund meiner Ausführungen, so, wie ich sie versucht habe, hier darzustellen.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
In Thüringen regiert die CDU.)

Hier sind Sie in Regierungsverantwortung, hier gilt das nicht. Ich schlussfolgere an dieser Stelle: Die PDS will also in diesem Lande nicht im Interesse der älteren Menschen handeln.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Wir sind
keine gleichgeschaltete Partei, Herr Renz.)

Das stimmt mich traurig. Resignieren tue ich nicht, das wissen Sie. Aufgeregt habe ich mich bei diesem Tagesordnungspunkt auch nicht,

(Klaus Mohr, SPD: Nein, machen Sie
weiter in der Opposition, Herr Renz!)

also ist die Welt insofern in Ordnung. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2302. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2302 mit den Stimmen der SPD und Linkspartei.PDS gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 44:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Situation der beruflichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/2303.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Situation der beruflichen Schulen
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/2303 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU bringt hier heute an dieser Stelle sozusagen kurz vor Ablauf der Legislaturperiode nochmals einen Antrag zum Thema Berufsschulen ein. Wir haben das Ganze, ich möchte daran erinnern, im März mit einem Antrag schon einmal versucht, auf den Weg zu bringen. Hier geht es heute ganz klar noch einmal um zwei Punkte, wo wir glauben, es ist nicht nur richtig, dass wir es tun, sondern auch mehr als notwendig, dass wir hier diesen Antrag auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Einmal geht es um den Entwurf des Konzeptes für die Entwicklung der Berufsschulstruktur. Hier ist eine gewisse Zeit vergangen und aus unserer Sicht ist in diesem Bereich nichts passiert. Es wird notwendig sein, dass der Minister heute hier an dieser Stelle mit Ablauf der Legislaturperiode uns informiert und auch Position bezieht.

Der zweite Schwerpunkt unseres Antrages wird sich im Prinzip mit der Unterrichtsversorgungsverordnung befassen, die wir ursprünglich immer im Entwurf vor uns hatten. Heute wird es darum gehen, fachlich fundiert zu erklären, wie diese Streichorgien, die hier auf den Weg gebracht werden sollen, inhaltlich begründet werden sollen. Ich möchte, wenn ich auch das Konzept noch einmal aufrufe, hier das wiederholen, was ich schon im März gesagt habe. Es sollte ursprünglich im Februar 2005 zum Abschluss dieses Konzeptes kommen, sprich zur Umsetzung. Ich habe im März gesagt, wo stehen wir heute, wir konnten dort keine Bewegung erkennen. Jetzt haben wir im Prinzip Ende Juni, ich sage, die Legislaturperiode in dem Sinne ist gelaufen und es gilt, hier heute durch den Bildungsminister Position zu beziehen.

Aufgrund der Bedeutung der Thematik haben wir das Ganze als CDU-Fraktion am 30.03. im Bildungsausschuss auf die Tagesordnung gesetzt. Dort wurden klare zeitliche Vorgaben gemacht, bei denen ich auch heute hier vom Bildungsminister erwarte, dass er sich klar positioniert, Fakten benennt und möglichst nicht um den heißen Brei herumredet. Das möchte ich in diesem Sinne schon einmal andeuten.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das macht der Bildungsminister nie.)

Am 31.05. war der Termin zur Abgabe der Schulentwicklungspläne für den beruflichen Bereich. Ich möchte nachher konkret wissen, ob das erfolgt ist in den einzelnen Landkreisen.

Frau Gramkow, Sie nicken zustimmend. Sie teilen meine Aufforderung.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ich weiß das, deshalb verstehe ich die Frage nicht.)

Sie haben aber sicher auch Bedenken, die Sie mit mir teilen können, weil Sie wissen, im Schulentwicklungsplanungszeitraum 2000 bis 2005 im Bereich der beruflichen Schulen gab es nur aus dem regionalen Planungsverband, und zwar aus dem, aus dem ich komme – Rostock, Bad Doberan, Güstrow – Entwicklungspläne, die in diesen fünf Jahren vorgelegt worden sind. Aus keinen anderen Landkreisen und Planungsregionen gab es so etwas.

Da nicken Sie auch zustimmend, das freut mich. Damit untermauern Sie nämlich die Tatsache, dass hier von der Aufsicht her, vonseiten des Bildungsministers schlampig gearbeitet wurde.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Die Verantwortung liegt ja wohl woanders.)

Das möchte ich so deutlich an dieser Stelle sagen. Ich kann nicht fünf Jahre vergehen lassen im Bereich der Schulentwicklungsplanung und nichts abfordern.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wenn man im Planungsverband nicht zu Pott kommt, dann kann man das nicht der Regierung anhängen.)

Jetzt haben wir die Zeitschiene 31.05. Mich würde freuen, wenn es nachher heißt, alles wurde vorgelegt. Das nächste Datum, was benannt wurde, ist der 1. August. Im Prinzip müssten die Arbeiten bezogen auf diesen Punkt, sprich auf die Genehmigung zum 1. August, vonseiten des Ministeriums in vollem Gange sein. Und auch hier erwarte ich einen konkreten Stand, der uns an dieser Stelle zum Besten gegeben wird.

Ich freue mich besonders, dass es mehr oder weniger nicht nur ein CDU-Antrag ist, sondern dass im Prinzip alle gesellschaftlichen Bereiche erkannt haben, dass hier eine Baustelle existiert, die es zu beseitigen gilt, auf der es darum geht, tätig zu werden. Ich nehme das Schreiben vom 15. Juni von der IHK. Aus Sicht der Bildungsverantwortlichen der IHK-Region zu Neubrandenburg besteht dringender Handlungsbedarf, klare Aufforderung der Wirtschaft. Es ist untersetzt. Es geht um die 100-prozentige Unterrichtsversorgung, bei der wir wissen, dass offiziell vonseiten des Ministers und damit auch mit Deckung der Regierungskoalition nur noch 95 Prozent angesetzt wird. Hierzu bitte eine klare Positionierung nachher. Dann geht es um Qualifikationsmöglichkeiten der Lehrkräfte, es geht um die Sicherung des Fachunterrichtes, eine klare Forderung der IHK.

Ich nehme als Nächstes das Schreiben vom 7.6., was an die Fraktion gegangen ist. Der Offene Brief des Landesvorstandes des Berufsschullehrerverbandes, der hier klar noch einmal die Thematik „Radikale Absenkung der Faktoren der schülergebundenen Lehrerzuweisung“ auflistet, auch das noch einmal untersetzt mit der Problematik der Lernfelder, wie das funktionieren soll, wenn Teilungsunterricht, Stundenzuweisung reduziert werden.

Als Drittes die Tatsache Pressemitteilung der GEW von gestern. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kritisiert entsprechende Vorgaben des Bildungsministeriums, die zum Beispiel im Schulamtsbereich Neubrandenburg bei den beruflichen Schulen zu einer durchschnittlichen Unterrichtsversorgung von 85 Prozent führen. Statt 477 notwendiger Lehrerstellen werden dort insgesamt nur 425 bereitgestellt. Damit an allen Einrichtungen wenigstens dieser prozentuale Durchschnittswert erreicht wird und nicht im Einzelfall auf bis zu 75 Prozent absinkt, sollen Lehrkräfte von Schulen mit besserer Unterrichtsversorgung an andere, die darunterliegen, versetzt werden. Es werden weitere Punkte hier aufgezählt. Ich will damit nur noch einmal deutlich machen, dass hier mehr als Handlungsbedarf besteht. Aus diesem Grunde freut mich auch die breite Reaktion in der Öffentlichkeit, dass hier etwas passieren muss. Ich möchte an dieser Stelle, wie gesagt, darum bitten, dass der Bildungsminister sich klar positioniert.

Ich sage auch gleich in Richtung der Koalitionäre: Ich habe dieses Thema immer sehr sensibel behandelt, auch in der Öffentlichkeit. Im Nachgang frage ich mich, ob es richtig war. Ich sage Ihnen das auch so deutlich: Ich gehe davon aus, dass Sie das Thema schieben wollen über den 17. September hinaus, dass Sie das heute wahrscheinlich auch wieder niederreden werden. Aber ich sage Ihnen deutlich und das tue ich in Veranstaltungen auch, da können Sie sich sicher sein und der eine oder andere weiß das auch, dass ich Ihnen das zum Vorwurf mache, weil es nämlich Baustellen sind. Und Sie brauchen mir dann auch im Nachgang nicht zu kommen und zu sagen, Sie haben das nicht gewusst. Ich habe das auch schon damals in meiner letzten Einbringungsrede deutlich benannt. Ich möchte Sie daran erinnern, wie kurzfristig in der Haushaltsdiskussion die 280 kw-Vermerke im Bereich der beruflichen Schulen organisiert werden mussten. Das ist keine seriöse planbare Politik, die Sie hier betreiben.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wir sind trotzdem froh, dass wir es geschafft haben, Herr Renz.)

Sagen Sie mir also nicht eines Tages, Sie haben das

nicht gewusst. Ich hoffe von den Vertretern von SPD und PDS, dass Sie hier zumindest auch einige kritische Worte über die Lippen bringen. Ich denke, das ist mehr als angebracht. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Dr. Dr. Metelmann.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Bildungspolitische Themen stehen am Ende dieser Debatte. Ich sehe das ganz positiv. Offensichtlich ist nur Bildungspolitik in der Lage, angesichts des herausziehenden Fußballspiels das Hohe Haus zusammenzuhalten. Herr Renz, Sie haben darum gebeten, ...

(Heiterkeit bei
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS –
Dr. Margret Seemann, SPD: Wenn es
ein Gleichstellungsthema geben würde,
wären wir die Letzten, mit Sicherheit.)

Gut, kann auch sein.

Herr Renz, Sie haben darum gebeten, möglichst viele Fakten und Daten zu hören. Ich komme Ihnen da gerne entgegen und berichte zuerst zum Stand der Neustrukturierung der Berufsschullandschaft. Das Bildungsministerium hat die zukünftige Fachstruktur der beruflichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern – so ist das Papier vom 5. Juni 2005 bis zum 24. Februar 2006 – fortgeschrieben und das ist das Papier zur Abgleichung mit den Schulentwicklungsplänen. Im Juni 2005 haben wir den Landkreisen und kreisfreien Städten als Planungsträger für die beruflichen Schulen in Vorbereitung der Schulentwicklungsplanung für den Zeitraum 2006/2007 bis 2010/2011 einen Entwurf zur zukünftigen Fachstruktur vorgelegt. Dieser nimmt neben dem fixierten Planungszeitraum bis zum Jahr 2010/2011 auch den Prognosezeitraum bis zum Jahr 2016/2017 in den Blick. Dies ist insbesondere deshalb notwendig, da bis zum Schuljahr 2012/2013 an den beruflichen Schulen mit einem Schülerrückgang von jetzt 63.413 Schülern auf voraussichtlich 23.200 gerechnet werden muss. Das sind dann noch 36,6 Prozent der derzeitigen Schülerzahl.

Stichwort Abstimmung. Der Entwurf ist in den letzten zehn Monaten in den regionalen Planungsverbänden intensiv beraten und mit den Beschlüssen der regionalen Planungsverbände weitestgehend – ich gehe darauf ein – einvernehmlich abgeglichen worden. Die Fortschreibung des Entwurfes, nämlich Stand vom 24. Februar 2006, ist dem Bildungsausschuss in seiner 80. Sitzung im März 2006 zugeleitet worden. Nach weiteren Detailabstimmungen zur zukünftigen Struktur der beruflichen Schulen sind in den regionalen Planungsverbänden – Vorpommern am 19. April 2006, Mecklenburgische Seenplatte am 28. April 2006 und Mittleres Mecklenburg/Rostock am 17. Mai 2006 – einvernehmliche Vorstandsbeschlüsse gefasst worden. Eine Ausnahme bildet der Planungsverband Westmecklenburg. Da wurde zur Fachstruktur ein Mehrheitsbeschluss gefasst, dem Schwerin im eigenen Schulentwicklungsplan vom 27. April 2006 in

Bezug auf den Zeitpunkt und die Rangfolge zur Konzentration bei der Beschulung der Kraftfahrzeugmechaniker, der Berufe im Gastgewerbe und in den berufsbezogenen Bereichen Sonderpädagogik, also Werker- und Helferberufe, nicht folgt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

Stichwort Schulentwicklungspläne für die beruflichen Schulen und hier Planungszeitraum bis zum Jahr 2010/2011 und Prognosezeitraum bis 2016/2017. Die Landkreise und die kreisfreien Städte als Planungsträger reichen ihre Schulentwicklungspläne für die beruflichen Schulen beim Ministerium zur Genehmigung ein. Nach dem unter Berücksichtigung der einvernehmlichen Beschlüsse der regionalen Planungsverbände fortgeschriebenen Fachstrukturpapier der beruflichen Schulen wird sich die Anzahl von gegenwärtig 39 beruflichen Schulen auf 15 bis 20 – das ist eine Frage des Monitorings, darauf gehe ich später ein – eigenständige berufliche Schulen bis zum Jahr 2010/2011 reduzieren. Für diese bestandsfähigen Schulen sind in dem Fachstrukturpapier, nunmehr weitestgehend abgestimmt und in Übereinstimmung mit den Schulentwicklungsplänen, Profile durch die Angabe der Berufsbereiche und Berufsgruppen zugeordnet.

Stichwort Abstimmung. Die Abstimmung der Schulentwicklungspläne ist inhaltlich weitestgehend abgeschlossen. Das Genehmigungsverfahren wird, da einige Planungsträger um Verlängerung zur formalen Ausfertigung gebeten haben, im September oder Oktober 2006 abgeschlossen sein.

(Torsten Renz, CDU: Alles Fälle
nach dem 17. September.)

Im Detail: Wir haben 5 Planungsträger, die haben ihre Schulentwicklungspläne vorgelegt. Wir haben 13 Planungsträger, die haben um Terminverlängerung gebeten, aber zugleich mitgeteilt, dass die Beschlüsse der regionalen Planungsverbände, und das ist für uns das Entscheidende, Grundlage für ihre Planung sind. Unabhängig vom Abschluss der formalen Genehmigung der Schulentwicklungspläne ist die weitere Fortschreibung der Fachstruktur unter Beachtung des Monitorings notwendig. Dazu ein Stichwort: Weil wir alle wissen, dass die genaue Vorhersage zur tatsächlichen Entwicklung der Ausbildungsverhältnisse in den verschiedenen Berufsbereichen und Fachrichtungen nicht möglich ist, musste im Entwurf zur Fachstruktur von bestimmten Annahmen in der Schülerentwicklung ausgegangen werden. Es ist daher in den Arbeitsgruppen der regionalen Planungsverbände vereinbart, ein jährliches Monitoring zum Abgleich der tatsächlichen mit den angenommenen Entwicklungszahlen vorzunehmen. Insofern wird die Genehmigung der Schulentwicklungspläne Auflagen enthalten, insbesondere für die als bedingt bestandsfähigen Standorte und Berufsbereiche, weitere Festlegungen zur regionalen und in der Folge auch zu überregionaler Abstimmung zu treffen. Die noch offenen Fragen der weiteren überregionalen Abstimmung betreffen nicht ganze Berufsbereiche, sehr wohl aber mit zurückgehenden Schülerzahlen einzelne Gruppen, zum Beispiel im Tiefbau, und Ausbildungsberufe. Und bevor wir an dieser Stelle eine überregionale Lösung in Betracht ziehen können, müssen erst alle Möglichkeiten einer regionalen Beschulung in Fach- oder Berufsgruppenklassen ausgelotet werden.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Insofern ist der Anschluss der regionalen Abstimmung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens der Schulentwicklungspläne Voraussetzung für die überregionalen Festlegungen ab dem Schuljahr 2007/2008.

Zur Beteiligung: Der Entwurf zur Fachstruktur wurde im Landesausschuss für Berufsbildung 2005 vereinbart. In der Arbeitsgruppe des Landesausschusses zur Strukturentwicklung der beruflichen Schulen wurde im Januar 2006 das Verfahren zur Abstimmung in den regionalen Planungsverbänden vom Ministerium vorgestellt ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Renz?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Hinterher sehr gerne.

... und durch diese ausdrücklich gebilligt. Die zuständigen Stellen, IHK, Kammern, weitere Organisationen sowie die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisation, wurden im Mai 2006 in den Arbeitsgruppen der regionalen Planungsverbände angehört.

Zur Perspektive: Die bestandsfähigen beruflichen Schulen sollen unter Berücksichtigung der zukünftigen Kreisstruktur zu regionalen beruflichen Bildungszentren zusammengeführt werden und in diesem Sinne zusammenwirken. Die bestandsfähigen beruflichen Schulen werden gemäß der Koalitionsvereinbarung zu Regionalen Beruflichen Bildungszentren entwickelt. Gleichzeitig wird auch das Qualitätssicherungskonzept, was wir schon einmal vorgestellt haben an dieser Stelle, zum Einsatz gebracht. Das Ziel ist, die bestandsfähigen Schulen in ihrer Selbstständigkeit und Eigenverantwortung zu stärken, damit sie auf Ausbildungsnachfragen flexibel reagieren können und damit sie mit den regionalen Partnern der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung besser kooperieren können.

Die Vorbereitung zur Entwicklung soll in einem regionalen Projekt zunächst an den beruflichen Schulen des staatlichen Schulamtes Rostock erprobt und durchgeführt werden. Das Projekt beginnt am 1. September 2006. Es erstreckt sich über eine Laufzeit von drei Jahren, aufgliedert in eine Startphase im September, in eine Aufbauphase bis Februar 2008 und die Evaluationsphase bis März 2009. Es soll ermittelt werden, wie die Qualität der schulischen Arbeit auch in den beruflichen Bildungszentren durch erweiterte Selbstständigkeit und Eigenverantwortung verbessert werden kann. Die Projektschulen erproben Elemente der Handlungsfelder Unterrichtsentwicklung und Unterrichtsorganisation. Das Feld Schul- und Personalmanagement, das Feld regionale Kooperationsbeziehungen und das Stichwort Schulverwaltung spielen eine große Rolle.

Der Prozess der Qualitätsentwicklung in diesen Bereichen wird durch ein Qualitätssystem, wie wir es in der beruflichen Bildung in anderen Ländern bereits erprobt gesehen haben, nämlich das Qualitätssystem Q2E, welches für Qualität durch Evaluierung und Entwicklung steht, begleitet werden. Die übertragbaren Ergebnisse des Projektes „Mehr Selbstständigkeit für Schulen“ aus dem Bereich der allgemeinbildenden Schulen und die Reformvorhaben anderer Länder der Bundesrepublik Deutschland sollen in diese Projektarbeit einbezogen werden. Das Projekt wird damit als offener Schulentwicklungsprozess so durchgeführt, dass mittelfristig alle beruflichen Schulen auf der Grund-

lage genehmigter Schulentwicklungspläne und Schulprogramme in den Prozess einbezogen werden können.

Zweites Stichwort: Bedarfsgerechte Stellenzuweisung für das Schuljahr 2006/2007 an beruflichen Schulen. Grundlage für die Bedarfsfeststellung war bis zum Schuljahr 2005/2006 die Schülerzahlprognose des Ministeriums vom 16. Mai 2003. Die Landesregierung hat den Landtag darüber unterrichtet. Gemäß der amtlichen Schulstatistik besuchen im Schuljahr 2005/2006 insgesamt 63.413 Schüler die öffentlichen beruflichen Schulen. Für das Schuljahr 2006/2007 werden gemäß Prognose des Bildungsministeriums vom April 2005 60.450 Schüler erwartet. Gegenüber der Prognose des Bildungsministeriums vom 16.05.2003 wird dann von einer um circa 3.400 Schüler höheren Schülerzahl ausgegangen.

Die in der Begründung des Antrages getroffene Aussage, dass die Schülerzahl an den beruflichen Schulen nahezu gleich bleibt, kann nicht geteilt werden, da auch weiterhin die Anzahl der Jugendlichen in der Altersgruppe der 16- bis 18-Jährigen stark rückläufig ist. Waren es zum Schuljahr 2003/2004 noch circa 81.000 Jugendliche, so wird diese Zahl von circa 76.000 im Schuljahr 2005/2006 auf 70.000 im Schuljahr 2006/2007 zurückgegangen sein. Die Stellenausstattung im Kapitel 0756 wurde gegenüber der ursprünglichen Planung zum 01.08.2006 um 100 Stellen erhöht. In diesem Zusammenhang wurden die Stundenzuweisung für die beruflichen Schulen auf eine ausschließlich schülerzahlbezogene Stundenzuweisung umgestellt, die Normalklasse definiert und die Anzahl der Teilungsstunden für Theorie in Bildungsgängen der Berufsschule reduziert.

Zum Schuljahr 2006/2007 kann die Einführung der Teilzeit gemäß Lehrpersonalkonzept vermieden werden. Zum Schuljahr 2007/2008 wird gegenüber der ursprünglichen Planung die Anzahl der Stellen für das Kapitel 0756 um weitere, um zusätzliche 180 Stellen erhöht. Und um die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen zu gewährleisten, stehen zum Schuljahr 2006/2007 insgesamt 1.954 Stellen und zum Schuljahr 2007/2008 insgesamt 1.801 Stellen zur Verfügung. So viel zu diesen Zahlen, die Sie haben wollten, Herr Renz. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gestatten Sie jetzt die Anfrage des Abgeordneten Herrn Renz?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Selbstverständlich.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrter Herr Minister! Ich habe zwei Fragen. Die erste Frage: Sehen Sie einen Widerspruch darin, dass wir durch das verabschiedete Verwaltungsmodernisierungsgesetz fünf Kreise haben, aber bei der Berufsschulplanung mit vier Planungsregionen arbeiten? Und wenn Sie dort einen Widerspruch sehen, inwieweit sehen Sie dann eine Lösung?

Darf ich die zweite Frage auch noch stellen, Frau Präsidentin? (Zustimmung)

Die zweite Frage: Können Sie mir begründen, warum die Lehrerwochenstunden je Schüler verändert werden und warum sie in diesem Jahr nicht mehr richtig sein sollen, wenn sie im letzten Jahr richtig waren?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Zum ersten Punkt. Ich sehe keinen Widerspruch darin, aber ein Problem,

(Beifall Renate Holznagel, CDU –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja.)

das in der Tat gelöst werden muss, zumal insbesondere in den Planungsregionen im östlichen Landesteil noch einiges an Umstellung zu tun ist.

Der zweite Punkt. Ich sehe die Veränderung dieser Faktoren vor dem Hintergrund des Qualitätsentwicklungsmanagementsystems, von dem ich gesprochen habe. Es geht an dieser Stelle darum, die Bemessungszahl für den Unterricht auf das umzurechnen, was tatsächlich mit den Schülern an Unterricht erfolgen kann, und nicht von Planzahlen auszugehen, indem zum Beispiel alle Stunden mit eingerechnet werden, die gar nicht im Unterricht aufschlagen, sondern in den weiteren Tätigkeiten der Lehrerinnen und Lehrer vorkommen.

Torsten Renz, CDU: Frau Präsidentin, ich hätte zu Frage eins eine Nachfrage.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, sind Sie bereit, diese zu beantworten?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte.

Torsten Renz, CDU: Herr Minister, sind Sie der Auffassung, dass die Planungsregionen beziehungsweise die Anzahl der neu zu bildenden Kreise nicht identisch sein müssen?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Zumindest sollten sie nicht zu Problemen führen.

(Beifall Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS,
und Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS –
Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Sehr gut gesagt.)

Torsten Renz, CDU: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Brodkorb von der Fraktion der SPD.

Mathias Brodkorb, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf in Vertretung meiner Kollegin Frau Polzin kurz Stellung nehmen zu dem Antrag von Herrn Renz. Ich möchte es aber auch wirklich dabei belassen, kurz Stellung zu nehmen, aus mehreren Gründen. Erstens, weil Punkt eins dieses Antrages ja nun umfänglich durch den Minister abgearbeitet wurde und ich dem auch nichts hinzufügen möchte. Und zweitens, Herr Renz, weil für mich eigentlich nicht erkennbar ist, warum wir dieses Thema hier direkt in der Landtagsitzung behandeln,

(Andreas Petters, CDU:
Das ist uns klar, das ist uns klar.)

nachdem wir es mehrfach im Ausschuss behandelt hatten und dort hätten anknüpfen können, um es weiter zu erörtern. Die Frage, ob jedes Detailproblem, also diese Detailprobleme, die Professor Metelmann geschildert hat, Gegenstand einer Diskussion hier im Landtag oder vielleicht doch besser im Fachausschuss sein sollten, wo man sich mehrere Stunden gegebenenfalls auch eines solchen Themas annehmen kann, stellt sich meines Erachtens schon.

(Egbert Liskow, CDU: Denken Sie
mal daran, wenn Sie Anträge stellen!)

Ich möchte zu Ihren Ausführungen ganz klar sagen, wenn man das Ergebnis Ihrer Ausführungen so verstehen kann, dass Sie die Entwicklung im Berufsschulbereich für problembehaftet ansehen und für nicht einfach, dann kann sicherlich niemand widersprechen. Nur ich denke, es wäre auch ganz gut, Herr Renz, wenn Sie ab und zu darauf hinweisen würden, dass diese Probleme mit objektiven Rahmenbedingungen zu tun haben, mit objektiven Rahmenbedingungen, wie wir sie in anderen Bereichen auch vorfinden, die aber im Berufsschulbereich sogar noch mal deutlich schärfer sind. Und in diesem Zusammenhang finde ich es schon interessant, mit welchem Engagement, so interpretiere ich das jedenfalls, Sie für ein Durchgreifen des Landes in der Berufsschulplanung plädieren. So kommt das jedenfalls bei mir an. Wenn man auf der anderen Seite aber sieht, wie Sie sich zum Thema kommunale Selbstverwaltung stellen, wie Sie das Thema Autonomie bei Hochschulen diskutieren ...

(Torsten Renz, CDU:
Jetzt nicht vom Thema abweichen!)

Moment, nein, das ist dasselbe. Das ist dasselbe, Herr Renz. Das ist im Grundsatz dasselbe, nur mit dem Unterschied,

(Torsten Renz, CDU: Alles in
einen Topf und dann umrühren!)

dass die Berufsschulen sich in einer anderen Trägerschaft befinden. Aber letztlich geht es darum, genauso wie im Bereich Hochschulen oder in anderen Bereichen, insgesamt für das Land vernünftige Verhältnisse zu gewährleisten. Und es ist richtig, dass wir hier sicherlich noch einiges zu leisten haben und dass es weiterhin Probleme gibt. Aber diese Probleme resultieren im Berufsschulbereich gegenüber dem Schulbereich vor allem daraus, dass die Prognose der tatsächlichen Schülerzahlen sehr viel komplizierter ist. Es ist eben so, dass Jugendliche verschiedene Stadien durchlaufen, Warteschleifen et cetera und man nicht mit wirklicher Exaktheit so wie im Schulbereich sagen kann, mit wie viel Schülern man es am Ende zu tun haben wird. Insofern ist auch, was die Unterrichtsversorgung angeht, ein Restrisiko enthalten, Herr Renz. Das ist vollkommen klar.

(Torsten Renz, CDU: Bei 85 Prozent Unterrichtsversorgung sprechen Sie von Restrisiko?)

Ja natürlich. Herr Renz, insofern ist dieser Hinweis durchaus richtig.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die spannende Frage oder das für mich interessante Problem ist nur: Wir hatten diese Diskussion haargenau inhaltlich bereits im Ausschuss vor einigen Monaten. Und ich kann mich nicht entsinnen, dass irgendjemandem in diesem Ausschuss eine Konstruktion eingefallen ist, wie man diesen Planungsprozessen beziehungsweise Steuerungsprozessen exakt Herr werden kann. Das Einzige, was wir machen können, ist, auf der Annahme beziehungsweise auf der Basis plausibler Überlegungen ein Modell und eine Planungsvoraussetzung zu schaffen, mit der wir hier im Land vernünftig umgehen können.

Es ist selbstverständlich so, dass man gerade im Berufsschulbereich das Jahr für Jahr überprüfen muss, um zu sehen, ob man sich da in einem angemessenen Korridor bewegt oder nicht. Aber das lassen Sie uns doch gemeinsam tun, vor allem auch – jedenfalls was meine Person betrifft, sofern ich dazu noch mal die Gelegenheit haben darf – in entsprechenden Fachdiskussionen

im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Dann überweisen Sie es doch in den Ausschuss.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Brodkorb.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident Herr Bluhm von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die berufliche Bildung und die Berufsschulen befinden sich ja seit geraumer Zeit im Umbruch und das hat einerseits natürlich mit den Veränderungen der Berufsstrukturen und -inhalte und andererseits auch mit der demografischen Entwicklung bei uns im Lande zu tun. Das Bildungsministerium hat auf Antrag der CDU-Fraktion in den letzten Monaten mehrfach und ausführlich über den aktuellen Stand bezüglich der Berufsschulplanung informiert, sowohl mehrfach im Ausschuss als auch heute hier durch den Minister. Es müssten somit Herrn Renz alle relevanten Erkenntnisse für diesen Bereich auf aktuellem Niveau vorliegen. Für den Antrag scheint es nur eine logische Erklärung zu geben: Es ist Wahlkampf und offensichtlich sieht die CDU dafür die Tribüne hier.

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja, ja! Fällt Ihnen mal was Neues ein? Fällt Ihnen mal was Neues ein?)

Was die Berufsschulplanung und Entwicklung betrifft, handelt es sich natürlich um komplexe Sachverhalte, zu deren Lösungen es keinen Königsweg gibt.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Der Lösungsansatz der Koalition und der Landesregierung ist es, die beruflichen Schulen zu regionalen Berufsbildungszentren weiterzuentwickeln. Dazu sollen sie aus der Trägerschaft der Landkreise und kreisfreien Städte in Planungsverbänden beziehungsweise Zweckverbänden regional konzentriert werden.

Mit – wie das immer so ist im wirklichen Leben – der Übertragung der Verantwortung auf eine größere Struktur ist ein quälender zählbarer Übergangsprozess verbunden.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Absprachen sind nichts mehr wert.)

Es gab und gibt Interessenkollisionen, Irritationen und manchmal sogar richtig Streit um Fragen zu Standorten, vorzuhaltenden Berufsfeldern und Schülerzahlen. Ein jeder verteidigt seine Besitzstände und die Bereitschaft zum Kompromiss war über Jahre nicht besonders groß.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Das gilt parteiübergreifend für alle Beteiligten. In einigen Bereichen beziehungsweise in dreien, der Minister hat sie heute ausgeführt, sind die Weichen gestellt. In einem anderen klemmt es noch gar mächtig. Aber in der Geschichte waren es nicht nur die Mandatsträger der Linkspartei.PDS oder der SPD, die ihre regionalen Interessen vertreten haben, sondern vor allen Dingen die der CDU, die nicht unbedingt Vorreiter einer Einigung waren.

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und, wie ernst nehmen Sie eigentlich Ihre vehementen Forderungen nach Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Übertragung von Landesaufgaben auf die Kommunen?

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Bei der Diskussion um die Verwaltungs- und Funktionalreform forderten Sie vehement, so viele Aufgaben wie nur möglich an die Kreise zu übertragen. Schon vor diesem Gesetzentwurf wurde die Verantwortung für diesen Bereich praktisch an die Planungsverbände übergeben. Sie fordern zu dezentralisieren, aber da, wo es Probleme gibt, wollen Sie offensichtlich den Zentralismus gerne beibehalten, dann soll es das Land richten. Wenn Sie das meinen, warum haben Sie dann nicht einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes oder eines Strukturgesetzes vorgelegt?

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sie kennen das Problem nicht.)

Und das Bildungsministerium, das die Aufgabe als oberste Schulaufsichtsbehörde wahrgenommen hat, ist sowohl über seine Rechts- wie auch über seine Fachaufsicht im Rahmen der Festlegung der Schulentwicklungsplanungsverordnung in genau diese Prozesse eingebunden gewesen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und es ist nach wie vor auch für Fragen der beruflichen Schulentwicklungsplanung die Genehmigungsbehörde. Es ist natürlich im Zusammenhang mit dieser Frage die Frage diskutiert worden, ob man denn nicht den entsprechenden Kreisen die Trägerschaft für die beruflichen Schulen wieder entziehen sollte. Das war aber kein gangbarer Weg, weil, ich glaube schon, die CDU die Erste gewesen wäre in diesem Lande, die gesagt hätte, das kann doch nicht Sinn der Sache sein.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Da hättest du drauf wetten können.)

Deswegen ist es auch von der Praktikabilität her verworfen worden. Und ich denke, dass es in den drei Planungsregionen nunmehr entsprechende Regelungen gibt, ist ein ...

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Es gibt vier! Haben Sie es schon gemerkt, Herr Bluhm?)

Ich weiß, Frau Fiedler-Wilhelm, dass es vier gibt.

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Und ich weiß auch, dass der CDU-Oberbürgermeister in dieser Stadt mit dem, was die SPD-Landräte seines Umfeldes vorgelegt haben, nicht einverstanden ist.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ich auch nicht!)

Es gibt berechnete Interessen dieser Landeshauptstadt und das hat nichts mit dem Parteibuch zu tun, sondern mit Interessenkollisionen.

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Es gibt Absprachen, die sie über den Haufen werfen mit dem Verwaltungsmodernisierungsgesetz. – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Bleiben Sie mal ruhig, Frau Gramkow!)

Der Minister hat hier aus unserer Sicht,

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

zumindest bezogen auf den Punkt eins, was die Frage der Berufsschulstrukturentwicklung im Lande betrifft, umfänglich informiert und weitere Handlungsschritte dargestellt.

Selbstverwaltung ist eben nicht, auch bei Berufsschulen nicht, in gute und schlechte Entscheidungen teilbar. Wie in der Politik gehören immer beide Dinge zusammen.

Nun zum Teil zwei Ihres Antrages, der die Formulierung enthält, eine bedarfsgerechte Unterrichtsversorgung zu sichern. Meine Fraktion hat sich immer dafür eingesetzt, die entsprechende rechnerische Unterrichtsversorgung von 100 Prozent zu realisieren. An diesem Ziel halten wir auch nach wie vor fest.

(Beifall Heinz Müller, SPD, Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die Logik kann ich nicht so ganz nachvollziehen, weil es nämlich nicht mathematisch war.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das ist im Ausschuss gesagt worden.)

Bis zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres haben wir seit Jahren, und zwar seit 1991, in diesem Land immer das Problem, dass wir im Gegensatz zu dem Schulbereich noch im August und September nicht wissen, an welchem Standort wie viele Klassen in welchen Ausbildungsberufen verbindlich gebildet werden können,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Richtig. – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

weil im Zusammenhang mit der Anmeldung von Berufsschülern an die Berufsschulen mit Mehrfachbewerbungen und Umentscheidungen in den Sommermonaten alle jetzigen Prognosen der Schulämter mit dem Manko behaftet sind, dass sie Prognosen sind. Und von daher hat der Minister hier über die zur Verfügung stehende Stellenausstattung auf der Grundlage der Gesamtschülerzahl gesprochen, auch im Zusammenhang mit der Unterrichtsversorgung für die beruflichen Schulen. Deswegen wird es bis in den Oktober hinein so sein, dass auch über den Arbeitsort und den Arbeitsumfang einzelner Lehrerinnen und Lehrer vor Ort in den Schulämtern entschieden werden muss. Wir sind uns einig in der Sache, dass es um die höchstmögliche Qualität des Berufsschulunterrichtes geht. Aber wir gehen davon aus, dass mit den Ausführungen des Ministers hier heute die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür gesetzt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Lorenz Caffier, CDU: Ha, ha, ha!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Renz für die Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde versuchen, mich an das zu halten, was ich Ihnen versprochen habe, dass ich mich nicht aufrege.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD: Das ist gut. – Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Wir sollten uns aber auch nicht aufregen.)

Der Fakt ist, leider habe ich Herrn Brodkorb, und Herr Bluhm hat das dann nachher noch verschärft, überhaupt nicht erreicht. Ich habe extra ausdrücklich gesagt, dass viele gesellschaftliche Bereiche dieses Thema in den Fokus der Öffentlichkeit gestellt haben, sprich GEW, IHK und Berufsschullehrerverband. Ich wiederhole das gerne noch mal an dieser Stelle.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Das ignoriert doch keiner! – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und dass Sie dann noch zufällig diesen CDU-Antrag hier in diesem Sinne haben und es aber dann als Wahlkampf abqualifizieren wollen, Herr Bluhm,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: So, wie der Antrag aussieht!)

das wissen Sie besser als ich, dass das nicht ernst gemeint sein kann und auch nicht seriös war, was Sie hier gemacht haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Oh, Herr Renz! – Heinz Müller, SPD: Das ist der CDU ja auch ganz fern.)

Und Sie wissen auch ganz genau, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass ich als berufsschulpolitischer Sprecher im Ausschuss zu diesem vorgelegten Entwurf des Konzeptes gesagt habe, dass ich das in Ordnung finde. Das wissen Sie auch ganz genau.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Aber nichtsdestotrotz gibt es diesen Widerspruch mit den Planungsregionen,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Eben.)

der sich anscheinend nicht auflösen lässt.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Dafür braucht man doch aber eine gesetzliche Grundlage.)

Und wenn Sie hier versuchen zu suggerieren, dass die Zuständigkeit eher vor Ort liegt und Sie sich raushalten können aus Ihrer politischen Verantwortung, dann kann ich Ihnen nur sagen, dass in diesem Bildungsausschuss zu Recht die Vertreter des Ministeriums gesagt haben, dass Sie als Genehmigungsbehörde zuständig sind. Das ist ja nun nicht wegzudiskutieren. Und jetzt kommt Folgendes: Auch die regionalen Planungsverbände hätten nur eine Koordinierungsaufgabe, die sich in den letzten Jahren mühsam entwickelt hat. Gut, beschränkte Kritik. Der Fakt ist aber, Koordinierungsaufgabe ist aus meiner Sicht etwas abgeschwächt zu der Verantwortung, die Sie jetzt konkret die letzten vier Jahre gehabt haben, nämlich

als Genehmigungsbehörde entsprechend zu handeln.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Aber wir können doch nur genehmigen,
wenn etwas vorliegt.)

Und da sage ich Ihnen noch mal, wir sind immer noch beim Entwurf. Es gibt noch nicht einmal dieses Konzept.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Wir sprechen immer noch über die Fortschreibung von Entwürfen. Sie sind also Ihrem Auftrag und Ihrer Zielstellung aus dieser Sicht auch nicht nachgekommen. Und wenn dann die Frage gestellt wird, warum sollten wir überhaupt eingreifen, dann sage ich Ihnen ganz deutlich, Herr Brodkorb: Ich fordere Sie einfach auf zum Handeln und Eingreifen,

(Egbert Liskow, CDU: Einfach anfangen!)

weil es hier auch gerade im Bereich der beruflichen Schulen um Investitionen in Millionenhöhe geht. Und da geht es nicht nur um kreisliche oder kommunale Mittel, sondern es geht um Landesmittel. Als Genehmigungsbehörde sind Sie aus meiner Sicht dafür zuständig, diesen Prozess erfolgreich zu managen und dann auch entsprechend zu genehmigen, dass diese Mittel nicht irgendwo im Sand verlaufen, sondern zielorientiert eingesetzt werden. Das ist Ihre politische Verantwortung und da sage ich Ihnen deutlich, der sind Sie im Bereich der Berufsschulen in den letzten vier Jahren nicht gerecht geworden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Och nee!)

Und wenn Ihr Staatssekretär auch im Bildungsausschuss ausführt, wenn das Einvernehmen nicht erzielt wird, müsse man im Wege der Fachaufsicht die Konsequenzen ziehen, wird es also deutlich gesagt. Hier versuchen Sie aber – und deswegen sage ich auch noch mal, es ist richtig, das in die Öffentlichkeit zu ziehen –, in der öffentlichen Diskussion etwas anderes zu suggerieren.

Die Faktenlage ist klar. Sie müssen als Fachaufsicht, als Bildungsministerium, einen härteren Kurs fahren und dazu kann ich Sie nur auffordern. Und wenn dann auch steht, im März werden wieder Gespräche geführt, dann muss ich fast konstatieren, dass es bis heute auch wieder keinen Schritt weitergegangen ist. Die Botschaft war für mich so versteckt in den Zeilen, da müsste ich jetzt das Wortprotokoll des Ministers nachlesen. Die entscheidende Botschaft war für mich: Im September beziehungsweise im Oktober wird es Entscheidungen geben, weil eine Verlängerung beantragt wurde. Ich weiß nicht, ob darauf aufmerksam gemacht wurde, dass man wirklich eine Verlängerung beantragt, damit es auch ja erst nach dem 17. September zu weiteren Schritten kommen kann.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Es war Ihr Oberbürgermeister mit uns zusammen
in der Region. Sie sollten sich die Konzepte
ansehen und keinen Unsinn reden!)

Das will ich hier an dieser Stelle nicht behaupten, aber der Verdacht liegt schon nahe, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und was ich auch nicht ganz verstehen kann, wenn zum Beispiel zur Begründung der Veränderung der Fak-

toren die Schülerprognose herangeführt wird, dann sehe ich doch einen deutlichen Widerspruch. Wenn ich tatsächlich sinkende Schülerzahlen habe, warum setzen Sie dann die Klassenstärke hoch? Diesen Zustand, den kann ich einfach nicht verstehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Weil die logische Konsequenz wäre ja der andere Weg, nämlich dass man sagt, wenn wir weniger Schüler haben, dann sollen die auch in den Genuss kommen, dass zumindest der Klassenteiler konstant bleibt oder vielleicht abgesenkt wird.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Vorausgesetzt, ich habe die Lehrerstellen.
Nicht wahr, Herr Renz?!))

Das ist doch das, was Sie auch jahrelang gepredigt haben. Aber nein, Sie machen genau das Umgekehrte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss mich an dieser Stelle dann doch aufregen und Ihnen noch mal die Wahrheit hier sozusagen ins Gesicht sagen. Zum Beispiel beim Schulgesetz, bei dem Sie nur von Qualitätsanhebung gesprochen haben, aber bei der Bildung von Klasse 5 in der Mindestschülerzahl auf 36 gegangen sind beziehungsweise bei der Ausnahmeregelung auf 22. Das ist nichts anderes gewesen als ein Hochsetzen des Klassenteilers, ein Verschärfen der Parameter, weil die alten Werte aus dem Jahre 2000 keiner mehr kennt. Da lag nämlich bei Klasse 5 die Mindestschülerzahl bei 22 und in der Ausnahmeregelung bei 14, wenn es um die zumutbaren Wegezeiten ging.

Und was machen Sie jetzt im Berufsbereich? Das habe ich schon in meinen letzten Ausführungen gesagt. Vor zwei Jahren führten Sie diese Faktoren ein. Warum? Weil man Geld sparen will. Aber dann muss man das auch sagen und nicht einfach die Schülerprognose als Zahl heranziehen. Vor zwei Jahren führten Sie diese Stellschraube der schülerbezogenen Zuweisung ein. Und jetzt fangen Sie an, an diesen Stellschrauben zu drehen. Im letzten Jahr waren es noch 20 Schüler, die notwendig waren, um auf eine stundengerechte Zuweisung von 12 zu kommen, plus Zweiteilung. Jetzt wird dieser Faktor geändert, jetzt brauchen Sie nämlich nicht mehr 20 Schüler, sondern 22 Schüler. Sie müssen das auch so deutlich sagen, dass Sie die Parameter verschärfen,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Das macht der Minister doch.)

und nicht sagen, die Schülerprognose entwickelt sich anders. Nein, es geht hier vordringlich um das Geld, und das sollte man deutlich sagen. Es sind andere Punkte in dieser Verordnung drin. Wenn man es betrachtet – ich glaube, im Bereich der Seefahrt, da ist einmal der Faktor konstant geblieben –, sind sämtliche Faktoren verschlechtert worden. Und da braucht mir keiner zu erzählen, dass das keinen Einfluss auf die Qualität hat. Widersprüchlich ist, dass Sie zum Beispiel im Berufsschulbereich 22 Schüler für eine Klasse brauchen, aber im Fachgymnasium 24 Schüler. Letztes Jahr waren 22 Schüler noch gut und richtig, dieses Jahr plötzlich 24. Die Logik kann ich nicht nachvollziehen, das will ich Ihnen deutlich an dieser Stelle sagen.

Und ich will auch deutlich sagen, dass das dann im Prinzip die weiche Methode ist, die zur Anwendung kommt, denn über diese Zuweisung beziehungsweise über das Bewegen dieser Stellschraube wird nämlich nichts anderes passieren – als Frau Gramkow das vor-

hin beim Vortrag hier gehört hat, hat Sie sozusagen auch wohlwollend geklopft, woraus ich ableite, dass sie eigentlich dafür ist –, wenn Sie aber dieser schülerbezogene Zuweisung verschärfen und das im dezentralen Bereich ansiedeln wollen, in solchen Regionen wie zum Beispiel Ludwigslust oder Wismar, dann kommen Sie da gar nicht mehr auf die 22 Schüler. Sie kommen vielleicht auf einen Schülerbereich von 15 bis 18. Sie werden dann keine 12 Stunden Fachunterricht mehr zugewiesen bekommen und sind nicht mehr in der Lage, diese dezentrale Struktur aufrechtzuerhalten. Und ich sage Ihnen, das ist wahrscheinlich Ihre weiche Methode, um dann zentralistisch die Lösung auf langfristige Sicht herbeizuführen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sind Sie jetzt für die Zentren oder nicht?)

Und das sollten Sie deutlich sagen.

Wenn Sie an dieser Stelle auch noch so tun, als wenn Sie Ihre Koalitionsvereinbarung erfüllt haben, dann will ich Ihnen mal vorlesen, was Sie sich als Zielstellung dort vorgenommen haben.

Erstens, das ist bei Ihnen der Punkt 188: „Die dauerhaften Berufsschulstandorte werden zu Kompetenzzentren entwickelt. Ein entsprechendes neues Konzept für die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung für die beruflichen Schulen wird erarbeitet.“ Über einzelne Stichworte hat der Minister berichtet. Er hat aber immer von der Zukunft berichtet.

(Zuruf aus dem Plenum: Richtig.)

Hier sollten Sie mal nach vier Jahren Bilanz ziehen und sagen, was Sie in Abarbeitung dieses konkreten Punktes als Erfolg vorzuweisen haben. Aus meiner Sicht gibt es diesen Entwurf, aber nichts Konkretes. Sie haben keine Strukturveränderungen eingeleitet.

Punkt zwei verschärft die ganze Sache noch: „Die Landesregierung wird einen Berufsbildungsdialog in Gang setzen und vorantreiben. Ziel ist die systematische Entwicklung einer zukunftsfähigen Berufsschulstruktur in den vier Planungsregionen sowie die Flexibilisierung des Systems der Berufsausbildung im Land.“ Sie haben keinen Dialog eingeleitet. Das zeigt deutlich die Praxis und das zeigen die Schreiben der entsprechenden Gruppierungen, die ich Ihnen gesagt habe. Es gab in dem Bereich der Berufsschulen gar keinen Dialog. Und wenn Sie hier vier Planungsregionen reinschreiben,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD,
und Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

der Minister wirkt aus meiner Sicht recht unsicher, ob nun fünf oder vier besser sind, weil man sich wahrscheinlich noch nicht verständigt hat, was dort günstig ist.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist so beschlossen.)

Er hat es als Problem erkannt. Auch Vertreter aus dem Ministerium im Bildungsausschuss sagen – ich kann Ihnen das einfach nicht ersparen, weil nämlich hier eindeutig gesagt wird, dass eine Anpassung erfolgen muss –: „Die diesbezüglichen Entscheidungen im Landtag stünden noch aus und vor diesem Hintergrund sei dies nur ein Planungsstand, an dem man sich orientiere. Die Berufsschulplanung könne nicht von dem abgekoppelt werden, was bei der Kreisgebietsreform entschieden würde.“

(Mathias Brodkorb, SPD: Wurde sie auch nicht.)

„Wenn sich dort für fünf Kreise entschieden würde, dann sei dies auch im Hinblick auf die Zuständigkeit bei der Berufsschulplanung und für die Trägerschaft der Berufsschulen relevant.“ Ich sage Ihnen nur, das sind Widersprüche, die Sie entweder noch nicht erkannt haben oder gar nicht bereit sind zu lösen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist eine klare Aussage gewesen.)

Es ist Handlungsbedarf. Das ist eine klare Aussage,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Eben.)

dass Sie hier auf fünf

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Regionen übergehen müssen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Und Sie kennen die Probleme selbst. Sie wurden andiskutiert im Bereich Uecker-Randow.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Und wo ist der Widerspruch?)

Frau Seemann,

(Rudolf Borchert, SPD: Fünf, gleich fünf.)

ich bekomme

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Nun sagen Sie doch, wo das Problem in Uecker-Randow liegt! –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

das Zeichen, dass ich meine inhaltlichen Ausführungen hier an dieser Stelle beenden muss.

(Unruhe bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Zurufe aus dem Plenum: Ooh! –

Heinz Müller, SPD: Jetzt, wo es spannend wird.)

Ich persönlich hoffe, dass ich Ihnen nach dem September erhalten bleibe

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Uecker-Randow will nach Mecklenburg-Strelitz.
Das hat gar nichts mit fünf Kreisen zu tun.)

und Ihnen dann hier mit weiteren Ausführungen Hilfestellung auch im Bereich der beruflichen Schulen geben kann. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Jo! Jo!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Ums Wort hat jetzt noch einmal der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur gebeten.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Lieber Herr Renz, Sie mussten sich so sehr aufregen. Ich möchte versuchen, etwas zu Ihrer Beruhigung zu tun. Ich möchte ganz konkret über die Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr sprechen. Wir werden sinkende Schülerzahlen haben, drei Prozent, wir werden 100 Lehrerstellen mehr haben, im kommenden Jahr noch einmal 180 Lehrerstellen zusätzlich. Das tut uns allen gut, auch Ihnen, Herr Renz.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2303. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? –

(Egbert Liskow, CDU: Das war klar!)

Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2303 bei Zustimmung der Fraktion der CDU, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS sowie einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der Linkspartei.PDS abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit wir es nicht vergessen, gestatten Sie mir an der Stelle einen Einschub. Wir haben im Laufe der letzten Sitzungstage viele Kolleginnen und Kollegen verabschiedet, die hier im Parlament ihre letzten Reden gehalten haben. Aber nicht alle Abgeordneten, die aus dem Parlament ausscheiden, haben geredet. Ich möchte es daher nicht versäumen, auch diese Kollegen würdig zu verabschieden. Es sind die Kollegen Herr Dr. Bartels, Frau Skrzepski und Herr Thomas.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Alle drei Abgeordneten haben dem Parlament zum Teil sehr lange angehört, zwei davon auch mit kurzzeitigen Unterbrechungen. Die Kollegen waren stets streitbare Abgeordnete im Parlament, so haben wir sie hier erlebt. Ich gehe davon aus, dass sich alle drei auf ihrem zukünftigen Lebensweg weiterhin aktiv für die Belange des Landes Mecklenburg-Vorpommern in unterschiedlichen Aufgaben einsetzen werden. Wir wünschen Ihnen persönlich alles Gute für die Zukunft und vor allen Dingen viel Gesundheit.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 45:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS – Verzahnung von Jugendhilfe und Schule stärken, auf Drucksache 4/2311. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2353 vor.

**Antrag der Fraktionen
der SPD und Linkspartei.PDS:
Verzahnung von Jugendhilfe
und Schule stärken
– Drucksache 4/2311 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/2353 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Voland von der Fraktion der SPD.

Angelika Voland, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein chinesisches Sprichwort sagt: „Der Zweig eines Maulbeerbaumes wird gebogen, wenn er noch jung ist.“ Was hat das jetzt mit Verzahnung von Jugendhilfe und Schule zu tun? Hier kümmern wir uns um junge Menschen, die ihren Lebensweg gehen sollen. Wir müssen dazu kommen, denke ich, dass wir Bildung

mit einem anderen Begriff versehen, denn Bildung ist nicht nur Schulbildung. Bildung ist die Befähigung zu einer eigenständigen Lebensführung in sozialer Verantwortung, sie stellt kulturelles Kapital dar, erweitert die Handlungsmöglichkeiten von Personen und beeinflusst ihre sozialökonomische Stellung. Sie ist ein zentrales Ressort der Lebensbewältigung, sie entscheidet über die Teilhabe an der Gesellschaft und ist Voraussetzung für deren Entwicklung. Die Bedingungen, unter denen im Moment in unserer Gesellschaft junge Menschen aufwachsen, verändern sich gravierend. Deshalb ist es notwendig, dass wir ein neues System aufbauen, in dem Bildung, Erziehung und Betreuung junger Menschen aufeinander bezogen und miteinander verbunden sind.

Wesentliche Bezugspunkte dieses Gesamtsystems sind die Lebenssituationen und die persönlichen Voraussetzungen der jungen Menschen sowie die Anforderungen, die als Erwachsener auf sie zukommen. Das Augenmerk muss darauf ausgerichtet sein, die Bildungsbereitschaft Jugendlicher so zu stärken, ihre individuelle und soziale Entwicklung zu fördern und die Chancengleichheit zu verwirklichen, Benachteiligung abzubauen, sie vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen, positive Lebensbedingungen zu schaffen und so ein Gelingen zum Aufwachsen aller Jungen und Mädchen und ihre Integration in die Gesellschaft und Mitwirkung an der Gesellschaft zu unterstützen. Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen sind Schule und Jugendhilfe stärker denn je auf sie angewiesen. Die Schule könnte ihre ureigenste Aufgabe ohne stärkere Beachtung sozialpädagogischer Aufgaben nicht mehr bewältigen und die Jugendhilfe ist nicht in der Lage, ihre Aufgaben ohne die Berücksichtigung der zentralen Lebensthematik junger Menschen, der Bildung, zufriedenstellend zu lösen. Es kommt darauf an, die beiden gesellschaftlichen Systeme Jugendhilfe und Schule besser miteinander zu vernetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Das schließt ein, dass sich beide Systeme selbst erneuern, ihre Arbeit neuen gesellschaftlichen Herausforderungen anpassen und ihre eigenen Herausforderungen machen.

Wir haben am 22. Mai in Rostock eine Konferenz zur Verzahnung von Jugendhilfe und Schule durchgeführt und uns dazu Experten und Praktiker nach Rostock eingeladen. Diese haben mir recht gegeben, diese Problematik, die wir heute noch einmal auflisten wollen, unbedingt mit in den Landtag hineinzubringen, damit hier etwas passiert. Wir haben gestern einige Sachen, die wir in den vier Jahren Landtag abgeschlossen haben, verabschiedet. Aber hier geht es um ein Ressort, das wir neu betrachten müssen, bei dem es notwendig ist, neue Rahmenbedingungen zu schaffen. Das heißt, wir haben uns in dem Antrag nur in einem ganz kleinen Teil zwischen Jugendhilfe und Schule verständigt. Ich bin der Meinung, man muss erst einmal anfangen und die Voraussetzungen für das neue Schulsystem des längeren Lernens schaffen. Die Möglichkeit, mehr Schulsozialarbeiter einzusetzen, bietet einmal eine ganz große Chance, das Lernen in der Schule mit dem Bereich Jugendhilfe besser zu verzahnen und zu vernetzen. Deswegen stellen wir diesen Antrag. Ich werde zu dem Änderungsantrag der CDU noch einmal Stellung nehmen und wir werden darüber reden, wie man es am besten machen sollte, aber das erfolgt in den weiteren Diskussionen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Voland.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Um das Wort gebeten hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Dr. Dr. Metelmann.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich knüpfe unmittelbar an das, was Frau Voland gerade gesagt hat, an. Wir sind uns, glaube ich, alle darin einig, dass die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie zum Beispiel Verantwortungsbereitschaft oder emotionale Intelligenz oder Durchhaltevermögen oder Zuwendung das unumstrittene Ziel ist, für alle Menschen, die sich mit Kindern und Jugendlichen, in welcher Funktion auch immer, beschäftigen. Was den Schulbereich und den institutionalisierten Bereich dieser Beschäftigung angeht, ist es eine merkwürdige aktuelle Situation in unserem Land und für Ostdeutschland bis 1990 auch ungewohnt, dass hier eine Trennung zwischen Schule und Freizeitgestaltung vorgenommen wurde. Uns muss es darum gehen, diese Trennung aufzulösen oder zumindest über diese beiden separaten Bereiche so viele Verknüpfungen zu schaffen, dass wir an dieser Stelle Kinder und Jugendliche als Gesamtpersönlichkeit sehen, dass wir sie als eine Einheit sehen, damit wir sie nicht aus verschiedenen Bereichen heraus funktionalisieren.

Ziel von Schulsozialarbeit, darum geht es, ist es, Kinder und Jugendliche in ihrer gesamten Lebenswirklichkeit zu erfassen. Schulsozialarbeit hat die Aufgabe, eine Öffnung und ein verändertes Verständnis von Schule mit zu beeinflussen. Schule wird eben nicht mehr nur reine Lehr- und Bildungsanstalt und Lernanstalt sein, sondern auch ein aktives Zentrum jugendlicher Lebenswelten. Und deshalb ist Schulsozialarbeit einmal kompensatorisch, nämlich Schule unterstützend, und einmal komplementär, nämlich Schule ergänzend, und einmal kooperativ zu verstehen, nämlich Schule vernetzen mit vielen Partnern.

Das Angebot von Schulsozialarbeit richtet sich an Kinder und Jugendliche, an Eltern, an Lehrerinnen und Lehrer, an alle Personengruppen, die mittelbar und unmittelbar mit Schule zu tun haben. Das Angebot ist kostenlos, es ist freiwillig, es ist bei Bedarf anonym, es ist ganz auf das Ergebnis orientiert, denn es soll zum Ziel führen. Es soll in erster Linie Kinder und Jugendliche fördern, zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder Überwindung individueller Beeinträchtigungen. Bei Kindern soll es wirksam werden, die auf vermehrte Unterstützung angewiesen sind in ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung, bei der Eingliederung in die Arbeitswelt oder bei der Sozialintegration, wobei hier das Elternhaus natürlich nicht vernachlässigt werden darf. Deshalb wendet sich diese Form von Sozialarbeit auch an die Eltern. Es soll die Möglichkeit geben, dass sie sich bei bestimmten Fragen und Problemen an diese Fachkräfte wenden, und es ist ein Angebot an die Lehrkräfte. Es gibt gemeinsame Projekte, Helferkonferenzen, Fallbesprechungen, Beratungen, die seitens der Jugendsozialarbeit angeboten werden.

Schulsozialarbeit, dieses Thema jetzt einmal aus Sicht der Schule betrachtet, ist auch ein wichtiger Beitrag

zur Qualitätssicherung und Entwicklung einer Schule. Wenn sie dazu beiträgt, Schule als ganzheitliches an der Welt der Kinder und Jugendlichen orientiertes Bildungsangebot zu verstehen, dann können dort Ressourcen genutzt werden, die Schulen selbst nicht zur Verfügung stehen, denn es kann zur Vernetzung beigetragen werden, es kann eine problemnahe Inanspruchnahme von Beratungs- und Vermittlungsangeboten über den Schulalltag hinaus erfolgen. Dies ist auch das Konzept der Ganztagschule und deshalb muss man Schule und Schulsozialarbeit gerade im Bereich der Ganztagschule modellhaft diskutieren. Es sind die über den Unterricht hinausgehenden Angebote, die die Ganztagschule ausmachen, die der Trumpf sind, der in der Schulsozialarbeit ausgespielt werden muss. Welche Vorstellungen hat das Bildungsministerium, um künftig eine engere Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe zu erreichen? Wir greifen zurück auf die Landesinitiative „Jugend und Schulsozialarbeit“, die sich seit ihrem Bestehen bewährt hat. Sie hat aktiv zur Strukturentwicklung in der Schulsozialarbeit beigetragen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vielen Dank. Ich glaube, das ist auch einer echten Beachtung wert. Hier haben Menschen im Hintergrund gewirkt und es wurde auch ganz wesentlich unterstützt durch Ihr Haus, liebe Frau Dr. Linke, in einem Bereich, der manchmal sehr im Verborgenen geblieben ist, bei dem wir nicht alle immer wahrgenommen haben, was dort für Probleme in einer sehr frühen Phase erkannt und für uns alle gelöst worden sind. Um das noch weiterhin auszubauen, müssen die Schulen, die Schulämter, die Jugendämter, die Träger der Schulsozialarbeit, die sozialpädagogischen Fachkräfte dafür Sorge tragen, ich möchte einige Punkte herausgreifen, dass erstens bedarfsgerechte Fort- und Weiterbildungen konzipiert und realisiert werden, wobei Sozialpädagogen und Lehrerinnen sowie Führungskräfte von Jugendhilfeträgern und Schulen nach Möglichkeit gemeinsame Fortbildungen wahrnehmen sollten, um so zur Entwicklung sozialräumlicher Kooperationsstrukturen von Jugendhilfe und Schule beizutragen.

Zweiter Aspekt. Regelmäßige fachliche Abstimmung zwischen Lehrkräften und Schulsozialarbeitern

Dritter Aspekt. Regelmäßige Beratungen zwischen Jugendämtern und Schulämtern sowie gemeinsame Sitzungen der Bildungs- und der Sozialhilfeausschüsse

Vierter Aspekt. Qualitätsentwicklung und Sicherung durch sozialpädagogische Fachkräfte mit geeigneten Methoden und Formen der Zusammenarbeit

In der Schulsozialarbeit muss es künftig Kooperationsverträge zwischen Schulen und örtlichen Trägern der Jugendhilfe geben. Jugendhilfe, Planung und Schulentwicklungsplanung sollten auf der örtlichen Ebene natürlich sinnvollerweise abgestimmt werden, wenn sie schon in der Funktion für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen diese erhebliche Bedeutung haben. Deshalb sollten auch die öffentlichen Träger der Jugendhilfe und die staatlichen Schulämter an dieser Stelle natürlich kooperativ und in besonderer und geeigneter Form institutionell zusammenarbeiten. Bisher entscheiden Kreise, ob Schulsozialarbeiter gefördert werden. Dies führte zu einer höchst unterschiedlichen Ausstattung von Schulen mit Schulsozialarbeitern durch die Landkreise und durch die kreisfreien Städte. Das müssen wir zugunsten einer guten Versorgung unserer Kinder in unseren Schulen zumindest in den Blick nehmen und schauen, in welchem

Sinne man dort mit guten Ergebnissen zu Änderungen beitragen kann.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Aus der Sicht des Bildungsministeriums sollte künftig in jeder weiterführenden Schule, auch vor dem Hintergrund des Ausbaus des Anteils der Ganztagschulen, möglichst ein Schulsozialarbeiter beziehungsweise eine Schulsozialarbeiterin tätig sein.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Natürlich muss es unser Wunsch sein, die Landesinitiative in der nächsten Legislaturperiode auf diesen Bedarf auszurichten. Dieses vorzubereiten könnte Aufgabe der interministeriellen Arbeitsgruppe sein, die aus je einem Vertreter des Kultusministeriums, des Sozialministeriums und des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung besteht. Und diese Auffassung, die ich gerade dargestellt habe, und deshalb trage ich sie hier auch so freimütig vor, ist genau die jüngste Empfehlung des Landesjugendhilfeausschusses. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Fiedler-Wilhelm von der Fraktion der CDU.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wurde gerade gebeten, nicht zu schimpfen, das verspreche ich Ihnen. Es ist voraussichtlich meine letzte Rede hier in dieser Legislaturperiode und da sollten wir vielleicht versuchen, vernünftig miteinander umzugehen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie haben Ihren Minister nach den Ausführungen, die ich eben hören durfte, eigentlich keinen Gefallen getan mit diesem Antrag. Ich habe schon den Eindruck gehabt, dass er die Probleme im Land sehr wohl kennt, richtig beurteilt, sie gut definiert und auch Lösungsvorschläge und -ansätze hier ausbreitet hat.

(Heinz Müller, SPD: Das ist ein guter Minister.)

Ich habe nicht das Gefühl, dass er mit diesem Antrag, den Sie hier vorgelegt haben, zum Jagen getragen werden muss. Das sage ich aus zwei Gründen, den einen habe ich eben genannt, und den zweiten Grund, da darf ich einmal zitieren: „1998 wurde eine fundamentale Untersuchung von der Forschungsgruppe ‚Schulbezogene Jugendhilfe‘ der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald eingeleitet, die vom damaligen Kultusministerium und dem heutigen Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur als Forschungsprojekt für zwei Jahre gefördert wurde. Die Studie ging vom Forschungsansatz prinzipiell auf die neue Situation der SchülerInnen und die im schulischen Kontext sichtbaren und geäußerten Probleme ein sowie auf die subjektiven Bewältigungsformen, d. h. auf die bei den SchülerInnen vorhandenen“, SchülerInnen noch mit dem großen I geschrieben, „Problemlösungsressourcen und die in ihrem Umfeld vorhandenen Ressourcen für die mögliche Problemlösung. Die Untersuchung ... sollte notwendige Fakten zu einer Problemstrukturanalyse bereitstellen und dann darauf aufbauend eine Prognosefähigkeit ermöglichen. Die erarbeiteten Untersuchungs-

ergebnisse sollen eine offensive und wissenschaftlich begründete Vorgehensweise zur systematischen Entwicklung der Schulbezogenen Jugendhilfe liefern. Somit können auf der Grundlage der durchgeführten exakten Bedarfsermittlung Konsequenzen für mögliche Kooperationen zwischen den Sozialisationsinstanzen“, das sind Schule, Familie und auch neuerdings Jugendhilfe, „und die Art und Weise ihrer Gestaltung abgeleitet werden.“

Meine Damen und Herren, diese grundlegenden Erkenntnisse, von denen ich gerade gesprochen habe, finden sich wieder in einer Broschüre mit dem Titel „Kooperation von Jugendhilfe und Schule in Mecklenburg-Vorpommern, Untertitel: „Empirische Analysen zur Entwicklung eines innovativen Handlungsfeldes“ unter der Leitung von dem Ihnen allen bekannten Herrn Professor Prüß erstellt. In dieser Broschüre geht es nicht nur um Untersuchungsergebnisse, sondern auch um konkrete Handlungsempfehlungen, die für eine strukturell und qualitativ verbesserte Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule sorgen soll. Das ist auch der Sinn Ihres Antrages, eine verbesserte Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Wie wir alle gerade gehört haben, ist bereits der Vorgänger unseres geschätzten Ministers auf diese Problematik eingegangen. Es wurde zwei Jahre an dieser Studie gearbeitet und ein halbes Jahr später wurden die Ergebnisse auf den Tisch gepackt. Seit 2001 existiert diese Broschüre.

Nun kommt mein zweiter Grund, weshalb ich diesen Antrag eigentlich nicht verstehe. Seit 2001 liegen die Ergebnisse der Untersuchungen mit entsprechenden Handlungsempfehlungen vor. Sie müssen irgendwie der Meinung sein, dass fünf Jahre lang nicht so wahnsinnig viel passiert ist und es keine nennenswerten Fortschritte bei der besseren Koordinierung von Jugendhilfe und Schule gegeben hat,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Doch, die gibt es.)

denn sonst wäre dieser Antrag nicht notwendig gewesen. Ich denke, der Minister hat deutlich die Handlungsfelder aufgezeigt und Lösungsmöglichkeiten angeboten. Gleichwohl möchte ich diesen Antrag nicht mies machen. Im Gegenteil, die Intention dieses Antrages zielt in die richtige Richtung. Warum Jugendhilfe und Schule miteinander kooperieren müssen und vernünftig verzahnt werden müssen, ist, denke ich, auch kein Geheimnis. Sowohl Frau Voland als auch der Minister sind in hervorragender Weise darauf eingegangen. Wir wissen alle, dass wir es mit veränderten Lebenskontexten und damit auch mit veränderten Problemen bei Schülern, Lehrern und Eltern zu tun haben, auf die in irgendeiner Weise reagiert werden muss, wo Abhilfe geschafft werden muss. Wir wissen auch, dass es aufgrund dieser Probleme eine breite Streuung von Belastungen für die Schülerinnen und Schüler in diesem Land gibt, aber auch für Lehrer und Eltern. Da spricht man von psychosomatischen Beschwerden und von Unruhe und Anspannungszuständen. Meistens haben wir Disziplin- beziehungsweise Verhaltensprobleme, die durchaus auch ihre Ursachen haben können, es gibt Leistungs- und Zukunftsängste, die nicht nur auf die Schule bezogen sind, es gibt negative Erfahrungen im sozialen Bereich, viele soziale Konflikte, die nicht nur ihre Ursache in der Schule haben. Oft bestehen bei diesen Problemen, die die Schüler in irgendeiner Weise belasten, diffuse Zusammenhänge. Jedes Problem kann auch nicht bei jedem Schüler einzeln isoliert betrachtet werden.

Es wird aber auch von der Wissenschaft gesagt, dass es keine Schulform gibt, die eine problemfreie Zone darstellt. Das Herunterschrauben von Leistungsanforderungen wäre keine Fluchtmöglichkeit vor diesen Problemen, deshalb möchte ich an dieser Stelle auch schon einmal davor warnen. Trotzdem müssen die Schulen mit diesen veränderten Belastungen umgehen können. Frau Voland hat das vorhin völlig richtig gesagt, sozialpädagogische Methoden und Arbeitsweisen werden zunehmend eine Bedeutung bekommen, und zwar auch in der Schule. Pädagogen und Sozialpädagogen werden nicht nur zusammenarbeiten, sie werden sich dabei auch gegenseitig in ihrer Arbeit unterstützen, sich gegenseitig ergänzen und befruchten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Zurufe aus dem Plenum: Was?! Das sollen sie nicht.)

Die schulbezogene Jugendhilfe, von der wir hier sprechen, hat verschiedene Adressaten. Es sind nicht nur die Schüler, sondern auch die Eltern und die Lehrer. Der Minister hat es gesagt, allen drei Adressatengruppen müssen hier Angebote gemacht und Hilfe angeboten werden.

Wie Sie gerade gehört haben, finden wir diesen Antrag von der Intention her nicht schlecht, er geht in die richtige Richtung. Vieles ist schon gemacht worden, ich spreche allerdings nicht ausschließlich nur von der Schulsozialarbeit und den 700 Stellen, das spare ich hier einmal ganz bewusst aus. Meine Damen und Herren, wenn Sie wirklich unsere ...

(Torsten Renz, CDU: 622 ist die neue Zahl. 622!)

Es wird ja immer von 700 gesprochen, aber das ist auch sehr diffus, es gibt immer neue Angaben.

(Torsten Renz, CDU: 622! – Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS: Stimmt, 622 ist die korrekte Zahl.)

Meine Damen und Herren, wenn Sie wirklich zu diesem Antrag unsere Zustimmung wollen, dann muss ich Ihnen sagen, Sie machen es uns als Oppositionspartei sehr schwer. Sie machen es uns sehr schwer, Ihrem Antrag vorbehaltlos zu folgen. Deshalb haben wir auch unseren Änderungsantrag formuliert, denn erstens, Sie schreiben das gleich in Ihren ersten Satz, Sie nehmen das nicht etwa in die Begründung rein, nein, Sie formulieren es als Antrag und brüskieren uns damit, wahrscheinlich wissentlich, ich weiß es nicht.

(Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS: Was?! Was?!)

Sie schreiben, das Land Mecklenburg-Vorpommern hat mit der Einführung des längeren gemeinsamen Lernens einen großen Schritt getan, um seine Schulen modern und sozial gerecht zum Wohle seiner Kinder und Jugendlichen auszugestalten.

(Torsten Renz, CDU: Stimmt. – Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS: Das sind Zielvorstellungen.)

Das ist eine schiere Behauptung, die des Beweises noch bedarf.

(Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS: Das sind Zielvorstellungen, Frau Fiedler-Wilhelm!)

Das längere gemeinsame Lernen, meine Damen und

Herren, wird erst in diesem Jahr, also dem kommenden Schuljahr, in Klasse 5 eingeführt. Ob es wirklich ein moderner und richtiger Schritt war, das wird sich noch nicht einmal mehr in diesem Jahr, sondern allenfalls vielleicht in den nächsten Jahren erweisen können.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: In zehn Jahren.)

Das schreiben Sie hier in einen Antragstext rein. Sie werden doch wohl nicht ernsthaft von uns erwarten, dass wir so einem Text zustimmen.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Zweitens, auf dieses Problem haben uns unsere Innenpolitiker aufmerksam gemacht, das möchte ich hier ganz deutlich sagen, haben wir es bei der Jugendhilfe und bei der Schule mit zwei verschiedenen Rechtsmaterien zu tun. Jugendhilfe gehört zum Bundessozialgesetzbuch, zuständig sind die Landkreise, und Schule, dafür ist das Schulgesetz gemacht, zuständig ist das Land. Hier ist ersichtlich, die daraus resultierende Finanzierungsfrage bestimmter Dinge ist gar nicht geklärt. Und auch die Frage der Fort- und Weiterbildung gehört in diese Kategorie der ungeklärten Fragen. Es wurde vorhin schon einmal angekündigt, Herr Minister, Sie würden sich über mehr Schulsozialarbeiter in den Schulen freuen. Das würden wir auch, denn sie werden gerne angenommen, weil sie notwendig sind und die Schulen nicht auf sie verzichten wollen. Das sehen wir auch. Aber warum gibt es denn nicht genügend an jeder Schule? Weil sich die Kommunen schlichtweg nicht mehr leisten können. Wenn die Kreishaushalte beschlossen werden müssen, dann müssen sie die Kreisumlagen erhöhen, um überhaupt noch eine Genehmigung zu bekommen, und sie müssen sich von freiwilligen Aufgaben trennen. Wir haben eine ziemlich marode Haushaltssituation im ganzen Land, in manchen Kreisen ziemlich extrem, in meinem eigenen Heimatkreis auch. Hier müssen wir uns schon einmal fragen, auf wen kommen eigentlich Belastungen zu? Kann man nicht versuchen, diese Belastungen ein Stück weit auch in Grenzen zu halten, damit solche Dinge nachher auch notwendig und möglich werden? Deshalb ist unser zweiter Satz des Änderungsantrages wirklich mit Bedacht gewählt.

Meine Damen und Herren, auch wenn wir, so, wie Sie es in Ihrem Antrag schreiben, die gezielte Zusammenarbeit vor Ort als regionales Bildungsmanagement etablieren wollen, dann darf dieser Name nicht darüber hinwegtäuschen, dass es doch eine Geschichte ist, die vom Land gewollt ist, die dann vom Land auch gebührend unterstützt werden muss. Darauf machen wir aufmerksam. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen, lassen Sie uns mit diesem Änderungsantrag das Finanzrisiko für die klammen Kommunen und die klammen Landkreise so gering wie möglich halten! Nehmen Sie diesen Satz mit auf und versuchen Sie, diesen ersten Satz herauszunehmen, damit wir Ihrem Antrag wirklich in dieser Form zustimmen können! Es wäre schade, wenn Sie uns ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das brauchen wir nicht. Wir haben Konnexitätsregelung, das wissen Sie ganz genau.)

Ja, Frau Gramkow, wir haben die Konnexität.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Sie steht sogar in unserer Landesverfassung,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ja, zum Glück!)

da steht sie gut und warm und trocken.

(Heinz Müller, SPD: Als einklagbares Recht.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Fiedler-Wilhelm, ich habe Ihnen jetzt schon mehr Redezeit eingeräumt. Ich bitte Sie, jetzt wirklich zum Ende zu kommen.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Aber wie es mit der Konnexität in diesem Land bestellt ist, ist nicht immer das Beste.

(Rudolf Borchert, SPD: Na, na, na!)

Also stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Der Konnexität.)

dann können wir Ihrem Antrag auch zustimmen,

(Rudolf Borchert, SPD: Hier wird ja
wohl die Verfassung eingehalten werden.)

ansonsten haben wir damit unsere Probleme. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Fiedler-Wilhelm.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Walther von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! In unserem letzten Tagungsordnungspunkt geht es uns um die Verzahnung von Jugendhilfe und Schule, um die Stärkung dieser Verzahnung. In letzter Zeit haben sich die Foren, Konferenzen und Workshops zu dem Thema „Jugendhilfe und Schule“ auch bei uns im Land gehäuft und, egal wer die Veranstaltungen vorbereitet oder durchgeführt hat, eines wird immer wieder deutlich, nämlich dass gerade im Bereich der Schulsozialarbeit ein enormer Entwicklungsbedarf gesehen wird. Ich komme nachher auf diesen Punkt noch einmal zurück, dass wir einen enormen Entwicklungsbedarf haben, dass es bitte ausdrücklich nicht als Kritik am Bestehenden zu verstehen ist, sondern als Positionierung für die Weiterentwicklung.

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS,
und Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Unterschiedliche Begrifflichkeiten machen den Ansatz der verbesserten Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule deutlich. Einer spricht von Verzahnung, ein anderer von Kooperation oder enger Zusammenarbeit. Aber letztlich liegt alles sehr dicht beieinander und die Frage der Funktionalität entscheidet neben den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen auch ganz stark mit, ob diese Funktionalität durch die agierenden Personen vor Ort bestimmt wird.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Und je besser der Draht zwischen Schulleitung und den Anbietern der Schulsozialarbeit ist, desto effektiver und förderlicher sind auch die Angebote der Schulsozialarbeit.

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS,
und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS –
Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS: So ist es.)

Aber deutlich wird auch – wer sich mit diesem Thema beschäftigt, weiß das –, dass es eben keine Vereinnahmung der Jugendhilfe durch die Schule geben kann und geben darf,

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

denn Schule und Jugendhilfe haben bei aller gewollter und auch notwendiger Nähe doch unterschiedliche Ansätze und Zielvorgaben im Handeln. Schulsozialarbeit lässt sich davon leiten, was Schülerinnen und Schüler benötigen, was über den Bereich der Wissensvermittlung und schulischen Erziehung hinausgeht. Es geht um zusätzliche Förderung und Unterstützung bei der Persönlichkeitsentwicklung und Persönlichkeitsstärkung. Es geht um den Umgang mit Konflikten und Herausforderungen. Dies im Hinterkopf wird klar, warum eine effektive Verzahnung von Jugendhilfe und Schule sehr förderlich für beide Bereiche ist. Und als ein Weg des Defizitabbaus im Bereich der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule ist die Weiterbildung zu verstehen.

Dass wir heute von gemeinsamer Weiterbildung für die beiden Bereiche sprechen, macht Sinn, wenn das gemeinsame Agieren vor Ort der Schlüssel des Erfolgs ist. Und an dieser Stelle möchte ich ganz kurz schon einmal auf den CDU-Antrag eingehen. Es ist eben nicht so, dass die Fort- und Weiterbildung einen neuen Fakt darstellt, denn sowohl im Schulbereich als auch im Bereich der Jugendhilfe sind jährliche Fort- und Weiterbildungen bereits verpflichtend Bestandteil. Diese nun unbedingt zusammen durchzuführen kann vielleicht in einem Einzelfall zu einem Mehrbedarf führen. Im Regelfall sollte dies aber eben nicht so sein.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Dann hätten
Sie doch den Antrag gar nicht machen müssen.)

Nein, ich habe eben über den Änderungsantrag der CDU gesprochen, Frau Fiedler-Wilhelm, und Sie sind explizit auf zusätzliche Kosten im Bereich der Fort- und Weiterbildung eingegangen, und da habe ich Ihnen ganz kurz dargestellt, dass dies nicht zwingend gegeben ist.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Gebranntes Kind scheut das Feuer.)

Wir sehen enormen Bedarf in unserer Gesellschaft, gerade beide Bereiche der Jugend- und Schulsozialarbeit weiterzuentwickeln. Und wir können heute davon ausgehen, dass der Bedarf an unterstützender Schulsozialarbeit auch in den vergangenen Jahren eher noch zugenommen hat. Dies ist bitte nicht als Kritik an der Landesinitiative zu verstehen, ganz im Gegenteil. Mecklenburg-Vorpommern hat viel eher als alle anderen den Bedarf in diesem Bereich erkannt, hat sich zum Vorreiter auf diesem Gebiet entwickelt und will dies auch weiter bleiben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Und nicht von ungefähr taucht da die Formulierung im Antrag auf, dass die verbesserte Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule unter anderem auch durch den schrittweisen Ausbau der Angebote im Bereich der Schulsozialarbeit erreicht werden soll. Wichtig dabei ist zu erklären, dass dieser schrittweise Ausbau über die jetzige Landesinitiative hinaus geschehen muss, denn die

Verstärkung im Bereich der Schulsozialarbeit darf nicht zulasten des Bereiches der freien Jugendarbeit gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Denn eines müssen wir auch ganz nüchtern konstatieren: Leider ist es so, dass auch im Bereich der Jugendsozialarbeit der Bedarf steigend ist. Trotz der sinkenden Zahl der 10- bis 26-jährigen Kinder und Jugendlichen – sie sind Grundlage der bisherigen Landesförderung – haben wir auch festgestellt, dass wir ein Maß erreicht haben, wo wir die Landesmittel nicht weiter absenken dürfen, das heißt, wir müssen davon wegkommen, die Landesmittel pro Kopf zu berechnen, und in diesem Sinne sind wir aufgefordert, die Rahmenbedingungen dafür herzustellen, dass wir gerade den Bereich der Jugendsozialarbeit erhalten und schrittweise den Bereich der Schulsozialarbeit ausbauen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS:
Ja, ganz genauso ist es.)

Es ist nicht nur eine Forderung der Linkspartei.PDS, dass wir das Ziel anvisieren, langfristig an allen Schulen mindestens einen Schulsozialarbeiter haben zu wollen. Ich habe das eben sehr wohlwollend, glaube ich, wie auch meine Kollegen insgesamt, empfunden, dass der Minister diesen Punkt aufgegriffen hat und wir uns dort sehr einig sind.

(Torsten Renz, CDU: Heißt das an allen Schulen oder an allen Ganztagschulen?)

Na, da haben wir jetzt vielleicht eine kleine Differenz.

(Torsten Renz, CDU: Das ist eine Differenz von 100 nachher.)

Als Zielstellung kann es langfristig an allen Schulen durchaus ein erster Schritt sein,

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD –
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Denn das sind alles Ganztagschulen. –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Und dazu gehören auch die Hochschulen. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

ein erster sehr effektiver Schritt sein, wenn wir mit den weiterführenden Schulen beginnen, so, wie es vorhin der Minister ausgeführt hat. Ich verstehe das durchaus als zusammenpassende Ansätze. Der gestiegene Bedarf im Bereich der Schulsozialarbeit ist unstrittig

(Harry Glawe, CDU:
Der Minister ist enttäuschend.)

und wir sind gemeinsam aufgefordert, mit unseren Anstrengungen hier im Landtag dieses Ziel anzupacken.

Jetzt möchte ich noch einmal kurz auf den Antrag der CDU in Gänze eingehen. Auf die finanziellen Mehrbelastungen beziehungsweise Nichtmehrbelastungen bin ich eingegangen.

(Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS: So ist es.)

Aber ich möchte auch noch auf einen anderen Punkt kurz eingehen. Frau Fiedler-Wilhelm, Sie haben in der Begründung Ihres Antrages von einem verbindlichen Rahmenplan gesprochen, den Sie praktisch hier einfordern. Allerdings muss ich dazu sagen ...

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:

Das haben wir aus Ihrem Antrag gelesen. Man muss das richtig lesen. Lesen Sie das richtig!)

Ja.

Deswegen, wenn es denn eine Verständnisfrage ist, will ich ganz kurz zur Aufklärung noch mit beitragen, denn wir haben in unserem Antrag von verbindlichen Rahmenbedingungen gesprochen und nicht von einem Rahmenplan. Das sind zwei sehr unterschiedliche Begrifflichkeiten.

(Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS: So ist es.)

Es können durchaus verbindliche Rahmenbedingungen auch einen Rahmenplan beinhalten, aber das haben wir an keiner Stelle in unserem Antrag geschrieben.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Also ich möchte Sie bitten, dass Sie Ihren Änderungsantrag zurückziehen. Das ist jetzt wirklich eine ganz ernsthafte Bitte, zu diesem Punkt, glaube ich, der sehr wichtig ist.

Wir haben am 24. Mai in Güstrow unsere Fachkonferenz durchgeführt und ich kann Ihnen sagen, dass wir dort in einem sehr breiten Kontext mit den Jugend- und Schulsozialarbeitern bestimmte Positionen herausgearbeitet haben, die uns sehr darin unterstützt haben, exakt in dem Sinne, wie wir es hier eben auch diskutiert haben, fortzufahren, dass also die, die letztendlich das Programm bei uns im Land so hervorragend umsetzen, nämlich die Jugend- und Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter, diese Ansätze mittragen. Und es sollte hier an dieser Stelle auch möglich sein, den Konsens, der eigentlich in der Gesellschaft da ist, auch hinzubekommen und das heute im Hohen Hause auf den Weg zu bringen, wenn wir dem Antrag der Regierungsfractionen zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bartels, Entschuldigung, Walther.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Das sind ja richtig Welten. –
Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Das Wort hat jetzt die Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Bildung ist Wissenserwerb und Persönlichkeitsentwicklung gleichermaßen. Schule und Jugendhilfe stehen hierbei als gleichberechtigte Institutionen mit eigenständigen Aufgaben eng zusammen. Im Interesse der Kinder und Jugendlichen im Lande ist deshalb eine enge Kooperation von Jugendhilfe und Schule unabdingbar. Sie wird praktiziert, sie wird weiterentwickelt. Ich unterstütze den im Antrag formulierten Ansatz einer engen Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule uneingeschränkt. Voraussetzung ist hierbei, dass jeder einzelne Partner immer wieder seine Aufgaben sehr umfassend verdeutlicht, die hierfür notwendigen Kompetenzen und Aktivitäten gleichermaßen entwickelt. Wie Schule hat auch Jugendhilfe bei der Erziehung und Bildung von Kindern einen grundgesetzlichen Auftrag. Sie soll die Eltern unterstützen,

um eine chancengleiche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen und ihre Erziehung zu Demokratie und Toleranz in einer offenen Gesellschaft zu ermöglichen. Jugendhilfe repräsentiert, Jugendhilfe vertritt Eltern und ihre Kinder, Jugendhilfe widerspiegelt also das breite Spektrum gesellschaftlicher Pluralität. Jugendhilfe steht somit als Partner neben der staatlich verfassten Schule. In den kinder- und jugendpolitischen Konzepten der Landesregierung wie dem Kinderjugendprogramm, das gestern hier vorgestellt wurde, oder dem Jugendhilfeorganisationsgesetz, dem Kindertagesförderungsgesetz oder dem Schulgesetz sind Schule und Jugendhilfe deshalb gleichberechtigt verankert.

Wichtig für die weitere Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule sind die zwischen unseren Häusern abgestimmten Konzepte. Ich darf sie noch einmal aus meiner Sicht benennen. Es geht inhaltlich um gut abgestimmte Konzepte von Schule und Jugendhilfe auf Landes-, aber eben vor allem auch auf kommunaler Ebene. Angesprochen sind hier die Jugendämter, die Sozialämter und die Schulämter, aber vor allem auch die Jugendhilfeausschüsse. Es geht um gut aufeinander abgestimmte Konzepte der inhaltlichen Arbeit, aber auch der Aus- und Weiterbildung von Akteuren der Schule und der Jugendhilfe, also von Lehrern und Sozialarbeitern sowie von Grundschullehrern und Horterziehern gleichermaßen. Hierbei steht auch der nahtlose Übergang der Kinder von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule im Blickpunkt. Hier sind auch weitergehende oder Weiterbildungskonzepte in Vorbereitung. Ihre Umsetzung ist in Vorbereitung. Und in diesem Sinne plädiere ich natürlich für das im Kinder- und Jugendprogramm verankerte Konzept der Weiterentwicklung der Jugendsozialarbeit und der Schulsozialarbeit. Unser Ziel ist die chancengleiche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und der Antrag gibt dazu einen guten Anstoß. Er unterstützt die bisherigen Arbeiten meines Hauses, aber auch des Bildungsministeriums und des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Ich hoffe deshalb, dass der Antrag Ihre Unterstützung findet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Voland von der Fraktion der SPD.

Angelika Voland, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Fiedler-Wilhelm,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja?!)

ich kenne auch die Broschüre von Professor Prüß.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Wirklich? Gut, Frau Voland.)

Ich kenne auch die gesetzlichen Grundlagen, die vorhanden sind, um so etwas zu tun. Aber ich kenne auch die Praxis und da, denke ich, hilft so ein Antrag möglicherweise, um über einige Dinge noch einmal genauer nachzudenken, wie wir es denn in der Praxis umsetzen sollten. Die Erfahrungen mit der Kooperation zwischen

Jugendhilfe und Schule machen deutlich, dass eine wirkliche Zusammenarbeit nur dann zustande kommt, wenn beide Bereiche sich sozialräumlich öffnen. Das heißt, auf Themen und Probleme der Kinder und Jugendlichen im Stadtteil einzugehen und diese nicht nur institutionell als Schüler oder als Klientel zu betrachten. Die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen, der Stadtteil und die Gemeinde sind Rahmenbedingungen für eine Öffnung von Schule und Jugendhilfe. Sozialräumliches Denken in der Schule bedeutet, Interessen der Kinder und Jugendlichen außerhalb von Schule am sozialen Leben zu entwickeln, an ihren Orten und Räumen eine Orientierung an den sozialen Themen und Problemen des Stadtteils zu haben, an der Kooperation mit außerschulischen Institutionen und so weiter. Dies geschieht erst, wenn sich in der Schule die Einsicht durchsetzt, dass die Herstellung des Sozialen über die reine Unterrichtsgestaltung auch zu ihrer Aufgabe gehört und die Einmischung in die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen langfristig zur Stabilisierung von Schule und der Verbesserung des Unterrichtes beiträgt. Der Herr Minister hat darüber schon gesprochen, es gibt Möglichkeiten. Da besteht die Grundlage für eine Kooperation. Schule sucht nicht nur nach Ausfallbürgern oder Reparaturbetrieben, sondern nach echten Partnern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Und daran hapert es manchmal. Für Kinder und Jugendliche gelingt eine Kooperation mit Schule nur dann, wenn die Schule als Lebensort von Kindern und Jugendlichen begriffen und Kooperation nicht nur kurzfristig zu einer Legitimation genutzt wird und zur Akquise neuer Zielgruppen.

Wenn sich Jugendliche sozialräumlich öffnen und Schule als einer der wichtigsten Lebensräume von Kindern und Jugendlichen verstanden wird, kann man dieses auch als Grundlage für eine Kooperationsform, die über die bestehenden institutionellen Formen des Miteinanders hinausgeht, betrachten. Nur über ein persönliches Engagement von handelnden Personen in Jugendhilfe und Schule zu einem bestimmten, sich verbindenden Thema wird eine Verbindung zwischen den beiden Bereichen hergestellt, die ohne dieses persönliche Engagement zunächst undenkbar gewesen wären. Das gemeinsame Thema schafft einen gemeinsamen Bezug. Darüber lassen sich Ziele, Projekte, Arbeitsschritte und so weiter definieren. Eine Absicherung gelingt durch die Einrichtung von Strukturen, zum Beispiel einem ständigen Arbeitskreis zur regelmäßigen Durchführung gemeinsamer Projekte und so weiter. So entstehen feste Strukturen zwischen Jugendhilfe und Schule, die nicht mehr unbedingt von einzelnen Personen abhängig sind. Über gemeinsame Fortbildung kann es uns gelingen, dass durch verschiedene Projekte die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule weiterentwickelt wird und zusätzliche Kooperationspartner, Teilnehmer/-innen und Fachfrauen angesprochen werden.

Gemeinsame Fortbildungen können auch große Bedeutung für die Stabilität der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule haben. Dieses gelingt dann, wenn die Fortbildung einen stark reflektierenden Charakter hat. Elemente wie Praxis, Replikation, Supervision, Zukunftswerkstatt, kollegiale Beratung, Projektaustausch und vieles andere gehören dazu. Wenn durch den Einsatz solcher Elemente ein gemeinsamer Fortbildungsprozess entsteht, wird insbesondere auf der persönlichen Ebene zwischen den Mitarbeitern von Jugendhilfe und Schule

eine Atmosphäre der Zusammenarbeit geschaffen durch den Abbau von Vorurteilen, persönliches Kennenlernen, Förderung von Partnerkontakten, gemeinsame Zielorientierung, Klärung von Kooperationsbegriffen, Sicherheit und Umgang miteinander.

Angesichts der Veränderung in den Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen und den daraus folgenden Problemen an den Schulen ist es erforderlich, die Kompetenz und das sozialpädagogische Verständnis von sozialpädagogischen Fachkräften vor Ort in allen Schulen zu nutzen. Angebote der Schulsozialarbeit sind deshalb in allen Schulen auszubauen. Und ich hoffe – wir haben hier vor drei Tagen eine Expertenkommission für Bildung verabschiedet –, dass auch sie sich diesem Thema widmet, und denke, das ist heute nur ein Anstoß. Es gibt viele andere Kooperationsmöglichkeiten zwischen Jugendhilfe und Schule. Ich denke zum Beispiel an einen besseren Übergang von dem Kita-Bereich zur Grundschule, von der Schule zum Ausbildungsbereich, von der Schule in das Leben hinein. Also all die Dinge müssen noch angegangen werden. Aber das ist vielleicht die Aufgabe der nächsten Legislaturperiode und ich denke, die Expertenkommission wird uns möglicherweise schon eine Richtung vorgeben.

Das, was hier in diesem Antrag steht, das habe ich vorhin schon gesagt, ist ein erster Ansatz, weil er uns die Chance bietet – und hier sage ich jetzt noch einmal ganz bewusst etwas zu dem ersten Satz, der dort steht, mit unserem neuen Schulgesetz bessere Bedingungen für unsere Kinder zu haben –, gleich von Anfang an zu versuchen,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Wir haben Ergebnisoffenheit vereinbart. Das wussten Sie.)

Schulsozialarbeit und Schule enger miteinander kooperieren zu lassen,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sie halten sich nicht an die Vereinbarungen!)

was durchaus nicht heißt, wenn wir uns hier für Schulsozialarbeit einsetzen, dass wir die Jugendsozialarbeit außen vor lassen. Wir können nicht gegeneinander ausspielen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Harry Glawe, CDU)

Aber, Frau Fiedler-Wilhelm, es ist schon ein großer Schritt, wie hier drinsteht, den wir gehen. Das wissen Sie auch. Er hat sehr viele Probleme, sehr viele Diskussionen hervorgerufen

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

und es wird auch weiterhin darüber diskutiert werden,

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

ich hoffe im positiven Sinne, sodass wir unsere Schule voranbringen können und nicht alles kaputtreden.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Sie wollen nicht, dass wir zustimmen. –
Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Pst! Ruhe!)

Ich wollte mich aber heute mit der letzten Rede nicht unbedingt mit Ihnen streiten.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU)

Ich möchte noch einmal Bezug nehmen auf den Antrag der CDU. Herr Walther hat schon einmal gesagt, wir verlangen keinen Rahmenplan, sondern wir wollen Rahmenbedingungen schaffen,

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Bravo! –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Gott sei Dank
finden Sie einen Grund, um ihn abzulehnen.)

die es ermöglichen, dass Menschen miteinander besser ins Gespräch kommen.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Und das ist immer so.)

Und, soviel ich weiß, wenn zwei sich unterhalten, kostet das erst einmal noch nichts.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS,
und Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS –
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Manchmal schon.)

Und auch wenn Sie das Internet benutzen, bekommt man das noch recht preisgünstig hin.

(Zuruf von Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Ich habe mir aber noch einmal ganz konkret unterstrichen, und das wird jetzt Ihre nächste Frage sein, wie denn die finanziellen Auswirkungen in den Kommunen sind.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Abgeordnete Voland, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Fiedler-Wilhelm?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Angelika Voland, SPD: Ich würde zuerst gern den Satz zu Ende bringen, dann erübrigt sich wahrscheinlich die Zwischenfrage.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU,
und Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Tut sie nicht. –
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Sie wissen ja noch gar nicht, was sie sagt.)

Es geht um die finanziellen Mehrbelastungen in den Kommunen, die in Ihrem Antrag stehen. Das sage ich Ihnen ganz konkret: Das, was wir heute tun mit diesem Antrag, ist, Möglichkeiten zu schaffen, um einmal eine Zielrichtung vorzugeben, wo es hingehen soll.

Ich sprach über die Expertenkommission, dass diese möglicherweise zu bestimmten Bedingungen kommt. Und wenn wir dann feststellen, dass wirklich finanzielle Auswirkungen auf die Kommunen zukommen, müssen Sie im nächsten Haushaltsjahr einfach besser aufpassen und die entsprechenden finanziellen Gelder dafür einstellen, wenn Sie es politisch so wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Die Frage
ist beantwortet. – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Also wollten Sie das nie die ganze Zeit,
oder was? Na gut. Die ist nicht beantwortet. –
Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gestatten Sie jetzt die Anfrage, Frau Voland? (Zustimmung)

Dann bitte, Frau Fiedler-Wilhelm.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Frau Voland, wenn Sie sich unseren Änderungsantrag einmal ansehen, stimmen Sie mir zu, dass in unserem Antragstext von Rahmenbedingungen gesprochen wird und nur in der Begründung, die ja nicht unbedingt der Antragstext ist, von einem Rahmenplan? Und brauchen Sie unbedingt eine Begründung, diesen Antrag ablehnen zu müssen, weil Sie sich zwischen Rahmenbedingungen und Rahmenplan hier ein bisschen aufreißer?

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sie lehnen unseren Antrag ja auch ab. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Woher wissen Sie eigentlich immer, was wir machen?

(Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Herr Walther hat vorhin auch schon einmal völlig falsch

...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Moment, Moment!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch zum Schluss der letzten Sitzung gilt die Geschäftsordnung.

(Beifall Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Frau Voland, bitte beantworten Sie die Frage.

Angelika Voland, SPD: Ich dachte, ich sollte antworten.

(Heiterkeit bei
Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS)

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Bitte sehr. Frau Gramkow unterbricht Sie doch dauernd.

Angelika Voland, SPD: Wenn Sie zwei unterschiedliche Begriffe benutzen, könnten Sie sich dann vielleicht auf einen einigen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Dr. Margret Seemann, SPD: Richtig.)

Entweder meinen Sie den Rahmenplan oder die Rahmenbedingungen.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Darf ich eine Zusatzfrage stellen? (Zustimmung)

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Das ist total verwirrend.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sehr verehrte Frau Kollegin Voland, stimmen Sie mir zu, dass das Wort „Rahmenbedingungen“ Bestandteil des Antragstextes ist und das Wort „Rahmenplan“ nur in der Begründung steht und dass wir hier über einen Antrag entscheiden, nicht über eine Begründung?

(Dr. Margret Seemann, SPD: Was ist
das denn für eine Begründung?)

Angelika Voland, SPD: Könnten Sie sich trotzdem dafür entscheiden, einen dieser Begriffe konkret zu benutzen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Darf ich eine weitere Frage stellen, Frau Voland? (Zustimmung)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte, Frau Fiedler-Wilhelm.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Frau Voland, wenn ich jetzt für unsere CDU mündlich diesen Antrag stellen würde, hier aus dem Wort „Rahmenplan“ in der Begründung das Wort „Rahmenbedingungen“ zu machen, würden Sie dann unserem Änderungsantrag zustimmen?

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Das möchte ich schriftlich haben. –
Dr. Margret Seemann, SPD:
Das wollen wir schriftlich haben.)

Angelika Voland, SPD: Nein, das würden wir nicht.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Keine weiteren Fragen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Voland.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Ja, Frau Voland hat es schon gesagt, sie hat ihre letzte Rede im Parlament gehalten.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Bravourös!)

Frau Voland kandidiert nicht wieder für den Landtag. Wir haben Frau Voland in den vier Jahren der Parlamentszugehörigkeit als engagierte Streiterin für die Kinder und Jugend in unserem Land und vor allen Dingen auch für die Migranten und für die Entwicklungspolitik kennen und schätzen gelernt. Vielen Dank, Frau Voland, für Ihre Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2353. Wer dem Änderungsantrag der CDU zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? –

(Zuruf von Harry Glawe, CDU –
Egbert Liskow, CDU: Von Herrn Borchert
kann man nichts anderes erwarten.)

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2353 abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU hat an der Abstimmung nicht teilgenommen und hat erklärt,

(Unruhe bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Heinz Müller, SPD: Er muss wie immer
das letzte Wort haben. – Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

dass er gemäß Paragraf 97 der Geschäftsordnung sein Abstimmungsverhalten erklären möchte. Bitte, Herr Renz.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:
Jetzt wird es ein Gedicht.)

Torsten Renz, CDU: Mir war es leider nicht möglich, an dieser Abstimmung teilzunehmen aufgrund ...

(Jörg Heydorn, SPD: Sie hätten doch nur die Hand heben müssen. – Heiterkeit bei Mathias Brodkorb, SPD – Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS: Sie werden doch Ihrem Antrag zugestimmt haben. – Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Lassen Sie ihn doch! – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir war es nicht möglich,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ihrem eigenen Antrag zuzustimmen?!)

aufgrund der Verdrehung der Tatsachen in der Öffentlichkeit, die Sie hier erzeugt haben –

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Was?!)

Sie haben der Öffentlichkeit ein verzerrtes Bild in der Thematik Schul- und Jugendsozialarbeiter vermittelt –,

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Sie haben uns verwirrt mit Ihrem Antrag.)

an der Abstimmung teilzunehmen.

(Heinz Müller, SPD: Das war doch die Abstimmung über den CDU-Antrag! – Zurufe von Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Begründung: Die PDS,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Die Linkspartei.PDS!)

die Linkspartei.PDS

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ja. – Heiterkeit bei Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Harry Glawe, CDU)

stellt in der Presse öffentlich am 27.06. als Erfolgsmeldung 1.100 neue Stellen dar. Der Minister Holter stellt am 24.05. 800 Stellen dar. Der Kinder- und Jugendbericht, den wir gestern debattiert haben, sagt deutlich aus: 193 Schulsozialarbeiter, 429 Jugendsozialarbeiter, das macht in der Summe 622 Stellen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Alle drei Zahlen stimmen.)

Das heißt, hier werden Tatsachen verdreht.

(Angelika Peters, SPD: Brauchen Sie jetzt Nachhilfe oder was machen Sie jetzt?)

Wenn wir die Ausführungen des Kollegen Walther betrachten,

(Angelika Peters, SPD: Ich denke, das soll eine persönliche Stellungnahme sein.)

der hier als Zielvorgabe Schulsozialarbeiter für alle Schulen in den Raum stellt und der Öffentlichkeit dieses Bild vermittelt,

(Bodo Krumbholz, SPD: Das ist aber keine persönliche Stellungnahme.)

zitiere ich aus dem Kinder- und Jugendprogramm Seite 30: „Die Landesinitiative Jugend- und Schul-

sozialarbeit wird mit dem Ganztagschulprogramm mit dem Ziel zusammengeführt, jede Ganztagschule durch eine Schulsozialarbeiterin/einen Schulsozialarbeiter aus der Landesinitiative zu unterstützen ...“

(Dr. Margret Seemann, SPD: Deswegen kann das doch hier jede Schule sein. – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Ich stelle hiermit öffentlich fest, dass wir 147 öffentliche Ganztagschulen haben und 32 in freier Trägerschaft. Das sind insgesamt 179 Ganztagschulen. Demzufolge widerspricht das hier den Ausführungen und dem vermittelten Bild, es wäre dann nur eine Zielstellung von 179 Schulsozialarbeitern,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Unsinn! – Zurufe von
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS,
und Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS)

die hier im Raum steht. Und wenn wir die tatsächliche Zahl der Schulsozialarbeiter von 192 hier noch einmal deutlich der Öffentlichkeit mitteilen,

(Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS:
Mathematik ist relativ. – Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

dann ist das die Tatsache, und ich kann so einem Verfahren nicht zustimmen.

(Zuruf von Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS)

Die letzte Tatsache, die ich zur Begründung anführen möchte, ist, dass wir im neu beschlossenen Haushalt in dieser Haushaltsposition als Landtag kein Geld eingestellt haben.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ach, das ist doch Unsinn! –
Zuruf von Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS)

Das macht mir die Zustimmung zu dieser Abstimmung unmöglich. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Rudolf Borchert, SPD: Sie haben im
verkehrten Haushaltstitel nachgesehen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag. Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/2311 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/2311 bei Zustimmung der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD, Gegenstimmen der Fraktion der CDU und Stimmenthaltung in der Fraktion der CDU angenommen.

Der Abgeordnete Herr Renz hat an der Abstimmung nicht teilgenommen. Herr Renz, möchten Sie Ihr Abstimmungsverhalten erklären?

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS:
Nicht noch mal! – Heinz Müller, SPD:
Noch mal bitte. Noch mal! Noch mal!)

Das scheint nicht der Fall zu sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind

damit am Schluss der heutigen Tagesordnung und am Schluss der letzten regulären Landtagsitzung in dieser Wahlperiode. Gestatten Sie mir, zum Abschluss der Wahlperiode ein kurzes Resümee zu ziehen:

Zwischenzeitlich können wir auf 16 Jahre Landtagsarbeit zurückblicken, die mit Sicherheit kontinuierlich dazu beigetragen haben, die Identität unseres Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern nach innen und außen zu entwickeln, weiter zu festigen und damit den Auftrag in der Präambel unserer Verfassung mit Leben zu erfüllen, in der es heißt, ich zitiere: „entschlossen, ein lebendiges, eigenständiges und gleichberechtigtes Glied der Bundesrepublik Deutschland in der europäischen Völkergemeinschaft zu sein“. Und lassen Sie mich hinzufügen, wir sind mittlerweile ein unverwechselbarer und im Bewusstsein der Menschen etablierter Teil der Bundesrepublik Deutschland mit allem, was dieses Land an Attraktivität auszeichnet.

Diese Wahlperiode war, auch wenn wir, was die Gesetzgebung angeht, nach den ersten Wahlperioden in der Wirklichkeit der alten Bundesländer angekommen sind, von einer intensiven parlamentarischen und insbesondere gesetzgeberischen Arbeit geprägt. Dies drückt sich auch in Zahlen aus: Wir haben 82 Plenarsitzungen, 1.009 Ausschusssitzungen und 143 Sitzungen des Ältestenrates durchgeführt und fast 2.400 Drucksachen erarbeitet, fast 100 Gesetze, wovon wir besonders wichtige gerade in den vergangenen Sitzungswochen verabschiedet haben, vor allem die Verfassungsänderung in dieser Woche und die Verwaltungsmodernisierung im April. Neben den ständigen Gremien hatten wir in dieser Wahlperiode zwei Sondergremien, die mit außergewöhnlich viel Arbeit belastet waren, den Sonderausschuss und den Untersuchungsausschuss.

Wir haben unsere überregionalen und internationalen Aktivitäten entsprechend dem Auftrag unserer Verfassung, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum zu fördern, intensiv vertieft und dort, wo wir mitarbeiten, den Sachverstand unseres Landes und seiner Experten aus Wissenschaft und Praxis eingebracht. Wir haben alle Möglichkeiten genutzt, um fachlich untersetzt Einfluss in der Ostseeregion und auf europäischer Ebene zu nehmen. Ich denke, dass es uns gelungen ist, das Ansehen und das Gewicht unseres Parlamentes im Konzert unserer Partner weiter zu steigern. Dies gilt sowohl für die Ostseeparlamentarierkonferenz, das Parlamentsforum Südliche Ostsee als auch die Mitarbeit bei HELCOM. Dieser Landtag war, denke ich, ein guter Gastgeber, sowohl für eine Reihe von nationalen Delegationen, die die Bundesrepublik Deutschland besucht haben, als auch für diejenigen, die an den von uns federführend durchgeführten Veranstaltungen teilgenommen haben.

Auch in dieser Wahlperiode haben wir alle intensiv, jeder mit seiner Überzeugung, und, ich gehe davon aus, nach bestem Wissen und Gewissen, um die aus unserer Sicht notwendigen Maßnahmen und Vorgehensweisen gerungen. Dabei besteht, und dies wird sich nie ganz ausschließen lassen, immer wieder die Gefahr, dass wir uns im Eifer des Gefechtes zu Emotionen hinreißen lassen, die manchmal der Würde und dem Ansehen dieses Hauses in der Wahrnehmung der Bevölkerung nicht förderlich sind. An dieser Stelle müssen wir uns und wird sich auch der kommende Landtag immer wieder darum bemühen, so zu arbeiten, dass das Ansehen dieses Parlamentes in der Öffentlichkeit gefördert wird.

Am Ende dieser Wahlperiode scheidet eine Reihe von

Abgeordneten aus dem Landtag aus, viele davon von Anfang an dabei, also Urgesteine dieses Parlamentes. Wir haben sie in den vergangenen Tagen jeweils im Einzelfall, denke ich, entsprechend gewürdigt und verabschiedet. In dieser Wahlperiode geht auch die Ära der kurzen Wahlperioden zu Ende. Der nächste Landtag wird entsprechend der in dieser Woche geänderten Verfassung für fünf Jahre zusammentreten.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, Ihnen allen, den Mitgliedern des Landtages, für Ihr intensives Engagement und die in dieser Wahlperiode geleistete Sacharbeit zu danken. Mein ganz besonderer Dank gilt den beiden Vizepräsidenten, dem gesamten Ältestenrat und den Schriftführern. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen und der Landtagsverwaltung für ihre engagierte Arbeit. Ich danke natürlich auch der Landesregierung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien und der übrigen Verwaltung, den Verbänden und den sonstigen Partnern für die gute Zusammenarbeit mit uns, mit dem Landtag und seinen Gremien.

Ich wünsche all denen, die ausscheiden, und auch all denen, die wiederkommen, für die Zukunft alles Gute. Ich wünsche Ihnen vor allen Dingen Gesundheit. Ich wünsche uns allen einen fairen Wahlkampf und was ich mir noch mehr wünsche, ist eine hohe Wahlbeteiligung. Ich wünsche uns, dass in den kommenden Landtag wieder nur Abgeordnete einziehen, die auf dem Boden unserer Landesverfassung stehen und ihre Werte aktiv verteidigen.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Ich wünsche den Mitgliedern des nächsten Landtages immer eine glückliche Hand, dass er die Entwicklung und das Wohl des Landes weiter für die Menschen, für die Bürgerinnen und Bürger in unserem schönen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern fördert.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Ich schließe die Sitzung und wünsche natürlich, dass wir heute gewinnen.

Schluss: 14.35 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Armin Jäger, Vincent Kokert, Frank Ronald Lohse, Heike Polzin, Udo Timm und Jörg Vierkant.